

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen 20 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Monatspreis: 1,10 Mark, monatlich 1,10 Mark, vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Russenparlament.

Der Gendarmenriedienst, den Preußen Russland leistet, muß jedem Preußen die Schamröte ins Gesicht treiben. (Waldeck im preussischen Abgeordnetenhaus 18. Febr. 1893.)

Das Reich Väterchens hat keinen Anlaß mehr, sich über den Mangel eines Parlaments zu beklagen. Zwar innerhalb seiner eignen Grenzen hält es das Wagnis für zu gefährlich, weil die gebildeten Russen am Ende leicht eine antiabsolutistische Politik treiben könnten. Darum verlegte es seine parlamentarische Vertretung ins benachbarte Preußen, wo es sicher ist, unter der Krante des Dreiklassenstems eine Kammer zu finden, die den ausschweifendsten Ansprüchen des Jazismus genügt. Hier, im preussischen Abgeordnetenhaus, sind Regierung und Parteien einig darin, die heiligsten Güter des Absolutismus gegen alle westeuropäische Rebellion zu verteidigen. Seiner Majestät des Jaren allgerneuesten Parlament — das ist das preussische Abgeordnetenhaus.

Die Reichstagsdebatten über die preussisch-russische Ausweisungsspiegel- und Schergenpolitik im Reichstag hatten der Reichsregierung eine der vernichtendsten Niederlagen bereitet. Unter der Wucht der sozialdemokratischen Anklagen hatten sich auch die bürgerlichen Parteien — das allgemeine Wahlrecht scharft die Gewissen! — zur Verurteilung der offiziellen Russenschande herbeigelassen; nur der Führer der Konservativen hatte sich einen Verlegenheitsfuß abgerungen. Die zunächst verantwortlichen preussischen Bundesratsmitglieder jedoch hätten es vorgezogen, in einem Nebenraum von Rat den Verhandlungen fern zu bleiben, weil ihnen die Klustel des allgemeinen Wahlrechts unbehaglich war; als die Herren noch Corpsstudenten waren, hatten sie das Verfahren, sich dem Gegner zu entziehen, „Anreisen“ genannt.

Die preussischen Minister der Justiz und des Innern, die Herren Schönstedt und Hammerstein sind doch so weit in der Intelligenz vorgeschritten, daß sie eingesehen haben, es sei vorteilhafter, Schlächten zu kämpfen, ohne daß sie durch Gegner in ihren Siegen gestört würden. Noch intelligenter war freilich der im Reich und in Preußen zugleich verantwortliche Reichszankler-Ministerpräsident, der weder im Reichstag noch im preussischen Abgeordnetenhaus erschien, um die vor der ganzen Kulturwelt gebrandmarkt offizielle preussische Protektion des russischen Spigelwesens und die selbst in der russischen Geschichte Preußens unerhörte Verfolgung eigener Staatsangehöriger zur höheren Ehre des Kasakentums zu verteidigen; das überläßt er seinen Handlangern.

Am Montag bei Gelegenheit des Justizetat ging die sorgfältig vorbereitete Protestdemonstration des preussisch-russischen Abgeordnetenhaus gegen den Reichstag in Szene. Es war von vornherein klar, daß die Mehrheit des Hauses mit Begeisterung die Gelegenheit wahrnehmen würde, ihre Väterchengesinnung zu beweisen. Das Ostelbiertum, das im Abgeordnetenhaus vorwiegt, fühlt ja durchaus russisch. Es würde mit Freuden eine Angliederung des Landes östlich der Elbe an Russland aufnehmen, und wenn unsre Junker einmal vor die Wahl gestellt würden, zwischen einer deutschen Demokratie und einer russischen Anexion zu wählen, so würden sie vor keinem Hochverrat zurückschrecken, um die Annullierung Ostelbiens an Russland zu bewirken, genau so, wie ihre Vorfahren einst die preussischen Festungen an Napoleon verraten haben. Das Verhalten der Konservativen war also selbstverständlich. Dagegen verblüffte, trotz aller trübten Erfahrungen, daß die sämmerische Würdelosigkeit der drei liberalen Parteien, insbesondere des Freisinn, Raum hatten die Minister Schönstedt und Hammerstein ihre russische Lektion ausgelagt, da betrat der Frankfurter Demokrat Deser, Redakteur der „Leitenden“ „Frankfurter Zeitung“, die Tribüne, um zu erklären, daß er nun seine Anschauungen völlig revidiert hätte; die Regierung hätte sich ganz korrekt verhalten. Dann kamen etliche Vorbehalte, die aber nicht hinderten, daß sowohl der konservativ Redner wie der Justizminister dem Demokraten hohes Lob zollten, in einer Angelegenheit, die gerade für die Demokratie eine Prinzipienfrage allerersten und allerernsten Ranges ist. Es scheint, als ob der Liberalismus auch in seiner demokratischen Spielart durch seine Wörternschmerzen vollständig erschöpft ist. Seitdem die frechen Japaner es gewagt, durch ihre kriegerische Aktion die Vörsenwerte zu erschüttern, ist auch die Demokratie russensfanatisch geworden und sie betrachtet offenbar jeden Russen, der durch seine Auflehnung gegen den Jazismus die „nationale Kraft schwächt“ für einen Umstürzler der Vörsenpapiere, für einen Terroristen der Spekulation und Anarchisten der Kurse.

Als Prologus in der sibirischen Protestposse fungierte der nationalliberale Professor Friedberg. Wie behauptet wird, hat er zuvor den Grafen Witlow besucht und sich dort die Inscenierungsmittel geholt. Er hat also in seiner bestellten „Anfrage“ so, als ob die im Reichstag erhobenen Anklagen gegen die preussischen Gendarmenrieden für Russland sein liberales Gewissen aufs Tiefste erschütterten hätten — natürlich nur zu dem Zweck, um nach den ministeriellen Aufforderungen beglückseligt zu kommen, nun könne er die Vortwürfe nicht mehr aufrecht erhalten, es sei alles in bester Ordnung, nur sozialdemokratische Verleumdungen hätten die Regierung veranlaßt.

Der Schönstedt, der Justizprophet des zwickelrei Rechts, hatte den Ehrgeiz, seine sich dem Ende zuneigende Laufbahn mit einer besonderen Leistung zu schließen. Er hatte sich mit seinem Kollegen Hammerstein die ehrenvolle Aufgabe in der Weise geteilt, daß er zum erstenmal Mittelungen über den Königsberger Hochverrats-Prozess machte, während es dem Minister des Innern vorbehalten war, die preussische Spigel- und Ausweisungspolitik zu verteidigen.

Der Justizminister teilte über die Vorgeschichte des Königsberger Prozesses mit, daß die preussische Regierung vor sich selbst aus, als ihr der „Schriftenschnuggel“ bekannt wurde, bei der russischen Behörde den Strafantrag nachgeschickt habe; wer die heimliche Regierung auf den ihr bis dahin unbekanntem Schriftenschnuggel aufmerksam gemacht, ließ der Minister im Dunkeln. Es ist also zu vermuten, daß es seine Freunde, die russischen Politisten, gewesen sind, die ihn über die Notwendigkeit aufklärten haben, dem Absolutismus einen Liebesdienst zu erweisen. Dann gab der Minister zum erstenmal Mitteilungen aus dem Königsberger Prozeßakten. Bis jetzt — ein ungeheuerliches Verfahren — wußten die Angeklagten und ihre Verteidiger überhaupt noch nicht, wodurch eigentlich gefündigt sein soll. Dafür hat nun der Justizminister öffentlich sich, vor dem ordentlichen Gerichtsverfahren, durch eine gesetzliche verbotene Mitteilung aus den Akten für die Schuld der Angeklagten verbürgt, offenbar, um die ostpreussischen Richter zu ermahnen, eine besonders tapfere Probe ihrer Unabhängigkeit zu liefern. Daß die Angeklagten, die russische Schriften verbreitet haben, irgendwie über den Inhalt etwas gewußt haben, das vermochte auch Herr Schönstedt nicht zu behaupten. Aber er bestritt, daß der Inhalt der Schriften so harmlos sei, wie im Reichstag dargestellt. Zwar gab er auch zu, daß der größte Teil der Schriften im öffentlichen sozialdemokratischen Geleise sich bewegten, aber es seien auch Schriften gefunden worden terroristischer Art, die zum Königsmord auffordern, und dann verlas er aus solchen Schriften ein paar Citate, die durchaus russisch-preussischer Spigelphantasie Ehre machen würden. Denn in irrlische Terroristen würden schwerlich ihre Propaganda der That mit solchen blutrünstigen Tiraden ankündigen. Es ist von unsrer Seite behauptet worden, daß es sich lediglich um Verbreitung sozialdemokratischer und liberaler Schriften gehandelt haben könnte; das hat der Minister für den größeren Teil zugestanden. Wenn sich nun wirklich auch ein paar Schriften jener Art vorgefunden haben sollten, so interessiert uns nur die Frage: wer diese Schriften unter die sozialdemokratischen geschmuggelt hat? Hier sind unsäuberer Spigelhände thätig. Wir wissen, daß die russischen Sozialdemokraten, die zu deutschen Sozialdemokraten Beziehungen unterhalten, jene Taktik verwerten, und deutsche Sozialdemokraten haben nicht die mindeste Neigung, jene thörichte Aufreufe zu verbreiten. Sind derartige Exemplare wirklich bei den Angeklagten aufgefunden, so würde gerade dieser Umstand beweisen, daß sie keine Abnung von dem Inhalt hatten und im Vertrauen auf die ihnen bekannten Anschauungen befreundeter sozialdemokratischer Russen auch die von Spigelhand eingeschmuggelten Schriften annahmen.

Aber man gewinnt aus dem Schluß der Rede Schönstedts den Eindruck, als ob die Aktion wirklich nicht nur um Aufklärung willen begonnen worden wäre, sondern daß es sich auch um einen echt russischen Aufschlag gegen die deutsche soziale und politische Freiheitsbewegung handelt. Denn nachdem Herr Schönstedt ein Schauergeräusch von der anarchisierenden Gefahr entworfen, versuchte er den Eindruck zu erwecken, als ob der geheime Oberer dieser thörichte anarchisierenden Verführung die — Centralleitung der deutschen Sozialdemokratie wäre. Es würde ein vergebliches Bemühen sein, in die Köpfe eines Schönstedt oder Hammerstein die fundamentalen Unterschiede zwischen Anarchismus und Sozialismus hineinzubringen. Auch dafür braucht ein preussischer Minister kein Verständnis zu haben, daß es die Pflicht auch jedes anständigen Liberalen sein müßte, die russischen Freiheitsschlüpfer zu unterziehen. Jeder Liberale, und selbstverständlich auch jeder Sozialdemokrat hat das Recht und die Kulturpflicht, Aufklärungsschriften, die in Deutschland erlaubt sind, wie immer zu verbreiten; auch die Vorstandsmitglieder der deutschen Sozialdemokratie könnten das thun. Um aber die anarchisierenden Wahnvorstellungen des Herrn Schönstedt, der offenbar unter der ewigen russischen Spigelreportage gelitten hat, ein für allemal zu zerstreuen, stellen wir fest, daß der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie bisher weder direkt noch indirekt etwas mit der Herstellung oder der Verbreitung russischer sozialdemokratischer Schriften zu thun gehabt hat. Er beansprucht an sich, wie wir wiederholen, das durchaus gesetzliche Recht, sich an der Aufklärung des russischen Volkes zu beteiligen, und nur um der Wahrheit willen ist die vorstehende nachdrückliche Erklärung abzugeben. Die Scharmacher, die einen blödsinnigen Anarchistenschreien zu inscenieren suchen, um Wucherzölle und Arbeiternebelung gegen das deutsche Proletariat durchzusetzen, werden also mit dem Schwindel russischer Spigel keine Geschäfte machen.

Auf Schönstedts russische Panfare gegen die deutsche Arbeiterbewegung folgte eine endlose Rede Hammersteins. Sie war auf der Tribüne nur schlecht zu verstehen, und wir werden uns mit ihr mit aller wünschenswerten Deutlichkeit beschäftigen, wenn das Stenogramm vorliegt. Für heute nur ein paar Bemerkungen. Herr v. Hammerstein unterstrich zunächst die nicht einmal bei wilden Völkern geltende Auffassung des Gastrechts, die im Reichstage Herr v. Nihilhofen vertrat, daß es das Recht der preussischen Behörde sei, Ausländer über die Grenze des Landes zu befähigen, die man für die richtige halte. Insbesondere stellte er fest, daß „Anarchisten“ stets über die Grenze des Landes gebracht würde, das ihre Heimat ist. Was unter einem Anarchisten zu verstehen sei — entscheidet die russische Polizei. Um dieses jeden Patrioten mit kleinstem Zorn erfüllende Geständnis noch zu überbieten, verteidigte Herr v. Hammerstein auch die russische Spigelwirtschaft im eignen Lande. Dann verles er Herr v. Hammerstein in einer langen Aufzählung die im Reichstage und in der sozialdemokratischen Presse vorgebrachten Einzelsfälle zu entkräften; ja, er hatte den Mut, den sozialdemokratischen Rednern im Reichstage Mätsch und Klunkerel vorzuwerfen — wohlweislich in Abwesenheit der also Geschmähten! Was es mit den Hammersteinschen Akten auf sich hat,

weiß man seit seiner Märzensammlung über die „Wißgriffe der Polizei“. Damals war es ihm gelungen, unter Aufgebot des gesamten Verwaltungsapparats ein Aktenmaterial zusammenzutragen, in dem fast jede Behauptung das Gegenteil der Wahrheit war. Selbst zu der Verbreitung der ärgsten Verdächtigung einer Frau mußten den unglücklichen Minister diese fatalen „Akten“ vorgelesen. Zudem wir und die näherer Auseinandersetzung vorbehalten, stellen wir schon heute fest, daß jede der von sozialdemokratischer Seite behaupteten Thatsachen durchaus richtig ist, und daß des Ministers Widerlegungversuche eben den Wert — Hammersteinscher Akten haben.

Troydem war, wie wir eingangs schon sagten, Herr Deser, der Demokrat, vollständig überzeugt. Um die geistige Höhe dieses Frankfurter Volksmannes aus der großen Eichenheimergasse zu ermessen, sei nur noch das Geständnis erwähnt: es habe einen tiefen Eindruck auf ihn gemacht, daß die Minister festgestellt hätten, daß niemals ein Russe sich über Rechtsverletzungen bei der preussischen Behörde beklagt habe: „Wer nicht sein Recht sucht, der verdient keine Unterstützung“. Welches Uebermaß von demokratischer Einfalt! Russen werden in Preußen angewiesen, bei den Beschäftigten der russischen Spigel Hilfe gegen sie zu suchen. Offenbar will Herr Deser den Russen in Preußen einen Weg zeigen, wie sie sich am sichersten — lästig machen können. Mit dem demokratischen Hospitanten der freisinnigen Volkspartei wetteiferte Herr Peltasohn von der freisinnigen Vereinigung, der in einer kurzen Erklärung das Bedürfnis fühlte, seinen Freund Schaber gegen das Mißverständnis zu verteidigen, als ob er im Reichstag liberale Anschauungen vertreten hätte. Daß der liberale Friedberg durchaus von den ministeriellen Erklärungen befriedigt war, versteht sich am Rande.

In die Coulissen des ganzen Anarchistenumwells führten dann aber der konservativ Hehdebrand von der Lasa, der mit wahrhaft orientalischem Feuer für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie suchte, und der unermüdliche freiservervative „Post“-Redlik. Gleichermachen forderten sie die preussische Regierung auf, die Konsequenzen zu ziehen aus ihrer „Feststellung“, daß zwischen Anarchisten, Terroristen und Sozialdemokraten kein Unterschied sei. Und damit ist ja der Zweck der Liebung verraten. Herr v. Redlik brachte es auch fertig, aus dem Umstand, daß in einer russischen Schrift vom Jaremorde aufgefordert wird, die Folgerung zu ziehen, daß man nun endlich mit der — Socialpolitik im Reiche aufhören müsse, die nur ein Schlußwinkel für die anarchisierende Sozialdemokratie sei. Herr v. Redlik ist zu gierig und unruhig, um ein guter Geschäftsmann zu sein. Er vertritt immer das Spiel. Wir verstehen übrigens nicht, warum gerade er sich immer über die Unzuverlässigkeit der sozialdemokratischen Presse beklagt. Der Honorar-Intendant der „Post“ hat doch die tödliche Unzuverlässigkeit der sozialdemokratischen Nachrichten am eignen Leibe veripirt. Es ist aber charakteristisch für die gesellschaftliche Toleranz der erstklassigen Deutschen, deren Geschäftsinteressen jener Redlik vertritt, daß sie anscheinend an seiner auf jedem Gebiete bethätigten Anarchismenlei Anstos nehmen.

Die deutsche Sozialdemokratie hat weder bisher durch ein Wort, noch durch eine That einen Anlaß zu der Profiloge der preussischen Russen gegeben. Ihre Beziehungen zum Anarchismus bestehen darin, daß sie dies Gespenst für immer aus Deutschland gescheucht haben. Dagegen haben wir jüngst einen grauenhaften Fall von Königsschlägerei wirklich erlebt — in Weigrad. Diese von Russland protegierten Königsmörder waren Offiziere. Will man also Schlußfolgerungen, wie sie im Abgeordnetenhaus versucht wurden, auf irgend wie reale Erscheinungen gründen, so verlange man unverzüglich ein Ausnahmegesetz gegen die „anarchistische Armee“.

Reiz, aber doch klüger als die andern, verhielt sich das Centrum. Es zog das Schweigen vor. Es will erst die Antwort — der Wahrheit abwarten, die im Russenparlament nicht zu finden hat, sondern in der deutschen Volkvertretung. Und diese Antwort wird gegeben werden, und die preussischen Minister werden sie hören, so sehr sie sich in die Rückenfausten russischer Uniformen verkrachten mögen.

### Zur Protest-Aktion der russischen Sozialisten gegen den Krieg.

Paris, 21. Februar. (Fig. Ver.) Die hiesige Gruppe der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands hat eine Protestversammlung gegen den ostasiatischen Krieg veranstaltet, die einen glänzenden Verlauf nahm. Den Vorsitz führte Genosse Leo Deutsch, der 1901 nach sechzehn Jahren Antorga und Verbannung aus Sibirien entlassene alte Revolutionär. Als Redner beteiligten sich die Genossen Pichanoff, der die Erlaubnis zu einem zweiwöchentlichen Aufenthalt in Paris erhalten, Bracke, Delegierter des Parteivorstandes der P. S. de R. Kubanowski (von der Partei der Sozialisten-Revolutionäre), Maximoff (vom sibirischen Arbeiterbunde), Krizchewsky, Keworoff, der bulgarische Genosse Katsowky und andre. Die Zeitgedanken der mit sibirischen und einmütigen Beifall aufgenommenen Reden sind in folgender per Reclamation votierten Resolution zusammengefaßt worden:

Gemäß der Resolution des Internationalen Kongresses von Braxelles 1901 ist der Krieg eine unvermeidliche Folge der Ausbeutung einer Klasse durch die andre, auf der die kapitalistische Gesellschaft beruht. Die Versammlung erblickt daher in der Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung und im Siege des Sozialismus die einzige feste Bürgschaft des Völkerr Friedens und verpflichtet sich, für diesen Sieg mit allen ihr zugänglichen Mitteln mitzuwirken.

Der infolge der erwähnten Ursache stets unsichere internationale Frieden wird noch unsicherer gemacht durch die Eroberungspolitik des russischen Zarenismus, die auch den gegenwärtigen Konflikt mit Japan verursacht hat.

Welches auch der Ausgang dieses Konfliktes sein mag, wird er in den beiden kriegführenden Ländern jedenfalls zur Erstarkung des Militarismus und des Chauvinismus führen, wobei sich daraus ergebenden schädlichen Folgen für ihr wirtschaftliches und ihr Kulturleben.

Der russische Zarenismus, der sich stets mit seiner militärischen Macht brüstete, hat sich unfähig gezeigt, das Land zu verteidigen, nachdem er es dem Ungemach des Krieges ausgeliefert hat durch seine eigne räuberische auswärtige Politik.

Indem die Versammlung gegen den gegenwärtigen Krieg protestiert in solidarischer Gesinnung mit den japanischen Genossen, die bereits ihrerseits gegen den japanischen Nationalismus protestiert haben und noch protestieren, — erachtet sie den Kampf gegen den Absolutismus für eine Pflicht jedes russischen Bürgers, dem die Kulturentwicklung seines Landes und die Interessen des Völkerefriedens teuer sind, und erklärt sich solidarisch mit den Befreiungsbewegungen des klaffenbewußten Proletariats von Rußland, in welchem sie die wichtigste revolutionäre Kraft erblickt, die im Stande ist, das Land von der Plage des Absolutismus zu befreien.

Jugleich spricht die Versammlung die feste Gewißheit aus, daß der gegenwärtige Krieg, welches auch sein Ausgang sein mag, der Zerlegung der zarischen Selbstherrschafft einen neuen Anstoß geben und dadurch auch den Vormarsch des internationalen Sozialismus beschleunigen wird.

Im Laufe der Versammlung verlas Genosse Plechanoff einen Brief aus Moskau, der die dortigen „patriotischen“ Kundgebungen als eine Polizeimache bezeichnet: „Entgegen den offiziellen Zeitungsver sicherungen, die von „Tausenden“ von Teilnehmern der Kundgebungen sprechen, beteiligten sich daran bisher ein durchaus geringfügiges Häuflein des städtischen Janhagels (200 bis 300 Mann) und umgekleideter Polizisten. Zuerst fanden die Kundgebungen nur des Abends statt, heute aber, den 31. Januar (alten Stils) am Tage. Da konnte man nun besonders deutlich den jämmerlichen Charakter der Mache und das verächtliche Verhalten aller Schichten der städtischen Bevölkerung zu derselben wahrnehmen. Nach allen Anzeichen wird das Ganze künstlich gefördert von der Polizei und den Verwaltungsbehörden. Was daraus werden mag, ist schwer zu sagen.“

### Ueber das Seegefecht bei Tschumulpo

liegt nunmehr ein Telegramm des Staatsrats Pawlow aus Shanghai vor, aus dem nur die Mitteilungen über die japanischen Verluste neu sind. Sie lauten:

„An dem Kampf hatten auf japanischer Seite teilgenommen die Kreuzer „Asama“, „Kantwa“, „Zakatschiko“, „Tschijoda“, „Alaschi“ und „Mitata“. Es wurde festgestellt, daß das Feuer der russischen Schiffe ein Torpedoboot zum Sinken brachte und den Kreuzer „Asama“ zwang, das Feuer im vorderen Drehturm einzustellen. Auf dem „Asama“ wurde auch die Kommandobrücke zerstört. Gegen Abend sank der „Zakatschiko“. Am nächsten Morgen gab auf der See der japanische Kreuzer „Asama“ 80 Tote und Verwundete an Bord eines Transportschiffes.“

### Die Lage in Port Arthur.

Das „Neuerische Bureau“ meldet aus Jinglau: Der Neuerische Korrespondent besuchte mit besonderer Erlaubnis des Generals Pflug unter offizieller Begleitung Port Arthur, wo, wie er berichtet, weniger als dreißig Prozent der Einwohner zurückgeblieben seien. Auch von den Zurückgebliebenen beabsichtigten noch viele fortzugehen. Die Verbesserung auf der Eisenbahn gehe sehr gut von statten. Die Brücken und Kanäle würden stark bewacht. Die Lebensbedingungen in Port Arthur seien dadurch gemildert, daß die Behörden die Preise für Nahrungsmittel festgesetzt hätten. Eine Menge Nahrungsmittel würde nach Port Arthur geschickt, welches nach Aussagen der Russen für zwei Jahre damit versorgt sei. Obwohl die Behörden die Linnungshäfen wieder geöffnet hätten, würden weitere Ankünfte nicht erwartet, da die Japaner den Meerbusen beherrschten und die Russen jeden Fremden als Spion behandelten. Das elfte Regiment habe am 16. d. Mts. Kutschowang verlassen und sei am 17. in Tschitschao angekommen. Wenn das zehnte Regiment in der Nähe von Kiaochau, das neunte in der Gegend von Loicheng und das zwölfte in Tiaojiang angelangt seien, beabsichtige man gleichzeitig den parallelen Aufmarsch gegen den Yalu vorzunehmen. Auch von Mulden aus schiebe General Pflug Truppen gegen den Yalu vor. Inzwischen bereite er alles vor, um die Eisenbahn und die nördliche Hälfte des Linnungsbauens in Verteidigungsbereitschaft zu setzen. Währenddessen würden eiligst Verstärkungen herangezogen. Wie es heiße, sei Artillerie in großer Zahl auf dem Wege von Rußland nach dem fernen Osten.

### China dankt für russische Polizeidienste.

Die japanische Regierung hat Nachrichten aus Beijing erhalten, wonach der Statthalter Alexejew während seines Aufenthaltes in Rußland die chinesischen Truppen aufforderte, die Eisenbahn zu bewachen, um eine Unterbrechung des Verkehrs zu verhindern. Die Chinesen weigerten sich und erbaten Instruktionen aus Beijing. Die chinesische Regierung lehnte dies ab und befahl Alexejew zu erklären, daß, da Rußland sich darauf berufen hätte, daß die Chinesen unfähig wären, die Eisenbahn in Friedenszeiten zu bewachen, Rußland nicht darauf rechnen könnte, daß China sie in Kriegszeiten bewache.

### Die Pariser Börsepanik.

Wie die Berliner hat nun auch die Pariser Börse ihren großen Krach gehabt. Nachdem schon am Donnerstag und Freitag voriger Woche sich verschiedene heftige Stöße bemerkbar gemacht hatten, kam am Sonnabend die langzurückgebrachte Angst vor dem Ausbruch eines allgemeinen Weltkrieges explosiv zum Ausbruch. Auf die Nachricht einer teilweisen Mobilisierung Spaniens und eines zwischen dieser Macht und England bestehenden Geheimvertrages ging die Menge zu einem wilden Angebot in den verschiedenen ausländischen Rentenpapieren vor, das, von der Waispekulation nach Kräften geschürt, bald zu einer Deroute führte, wie sie die Pariser Börse seit dem großen Krach der Union Générale am 19. Januar 1882 nicht mehr gesehen hat. Der Markt geriet derartig aus dem Gleichgewicht, daß bald kaum noch Käufer vorhanden waren und das Angebot ganz einseitig das Feld behauptete, so daß selbst relativ geringe Verkaufsorders in den besten Werten mehrprozentige Kursstürze bewirkten.

Am heftigsten wurden die Rentenwerte getroffen, daneben besonders französische Bank- und Eisenbahnaktien. Das Charakteristische aber ist, daß nicht nur die fremden, sondern selbst die französischen Rente weit stärker absielen, als die russischen. Denn während der Rückgang für französische Rente 1 1/2 Proz., für Italiener 2 1/4 Proz., für Spanier 5 1/2 Proz., für neue Türken 2 1/2 Proz., Portugiesen 2 1/4 Proz., Argentinier und Brasilianer 3 1/2 Proz. betrug, wichen die verschiedenen russischen Anleihen nur um etwa 1 Proz.; eine Thatsache, die sich daraus erklärt, daß die Großfinanz, die sich sonst sehr bei den Käufen zurückzieht, bei den russischen Werten mehrmals eingriff. Ein neues Zeichen dafür, wie sehr sie sich in den russischen Papieren engagiert fühlte.

Gestern, am Montag, eröffnete die Börse jedoch bereits wieder mit einer nicht unbeträchtlichen Erholung der Kurse, da das Syndikat der Kammer der Agents de change alle Verkäufe verhinderte, welche nicht von effektiven Titres begleitet waren oder zur Lösung bestehender Positionen dienten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Februar.

### Der Reichstag

erledigte in seiner heutigen Sitzung den Rest des Postetats vollständig. Zunächst wurde noch über eine Anzahl von Wünschen einzelner Abgeordneter verhandelt. So traten die freisinnigen Abgeordneten Eichhoff und Müller-Sagan für die Wünsche der höheren Beamten ein, in deren Namen sie so wichtige Forderungen stellten, wie die Erhebung des Titels „Rechnungsrat“ durch „Postrat“, während unser Genosse Singer Wünsche und Beschwerden der Unterbeamten vorbrachte. Er machte insbesondere auf die unbefriedigende Lage der Telephonisten, die viel unter Nervenerkrankungen zu leiden haben, und auf die mangelhafte Durchführung der Sonntagsruhe aufmerksam. Gleich ihm brachte Abg. v. Gerlach einige Beschwerden der Unterbeamten zur Sprache, während die Nationalliberalen, wie in ihrem Namen Dr. Pahlgren erklärte, sich als große Feinde von dergleichen Kleinigkeiten nicht kümmern wollen. Der Staatssekretär, der sich auch heute durchaus ablehnend verhielt, zeigte sich — natürlich ganz unfreiwillig — insofern von der besseren Seite, als er es für natürlich erklärte, daß die Postbeamten sich an den Genossen Singer als ihren „Züspracher“ wenden.

Eine lebhaftere Debatte setzte bei der Ostmarkenzulage und bei der Forderung einer Telegraphenverbindung in Ostafrika ein. Die Ostmarkenzulage war schon von der Budgetkommission gestrichen worden. Heute forderten die Konservativen ihre Wiedereinstellung. Die Debatte bewegte sich in den altbekannten Linien.

Genosse Singer stellte den Gebrauch der Muttersprache als ein heiliges Grundrecht jedes Volkes, also auch der Polen hin, und bezeichnete eine Politik, die im letzten Grunde die Polen hinanstreibe und vernichte, wolle, als ebenso brutal wie thöricht. Mit aller Deutlichkeit wies Singer die anmaßliche Forderung der Rechten, der Reichstag müsse dem Beispiel des preussischen Dreiklassenwahl-Parlaments in irgend einer Beziehung folgen, zurück. Im Gegenteil, gerade eine Demonstration gegen den durch das Wahlsystem gefälschten „Volkswillen“ des Landtags soll die Ablehnung der Regierungsvorlage durch den Reichstag sein.

Dieses Schicksal wurde ihr auch zu teil, trotzdem Herr Kraetke es noch mit der Harmlosigkeit versuchte, die widerwärtigen Ostmarkenzulagen „impolitisch“ zu verteidigen.

Bei den einmaligen Ausgaben unternahm Herr Dr. Spahn vom Centrum ein niedliches Ueberrumpelungsmanöver. Da die Budgetkommission eine für Ost Afrika geforderte Telegraphenlinie abgelehnt hatte, schlug er auf einmal in Uebereinstimmung mit der Regierung vor, eine andre Linie zu bewilligen. Aber der schlaue Plan mißlang. Die ganze Position muß noch einmal an die Budgetkommission zurückgehen. Glücklicher als Herr Spahn war Herr Kraetke. Er benutzte einen Augenblick schwächerer Besetzung des Hauses, um die Behauptung aufzustellen, daß der von unfrem Genossen Daase bei der Russen-Debatte vorgebrachte Fall der Verletzung des Briefgeheimnisses nicht auf Wahrheit beruhe. Die gebührende Antwort, die er so zunächst vermied, wird ihm nicht erspart bleiben.

Dann ging die Debatte des Postetats glatt zu Ende. — Morgen soll der Etat des Reichs-Eisenbahnnetzes in Angriff genommen werden.

### Die Geschäftslage des Reichstags.

Der Seniorenkonvent des Reichstags hatte Montag eine Besprechung bei dem Präsidenten, in der die Geschäftslage beraten wurde.

Es stehen vor den Osterferien dem Reichstage nur noch 27 Beratungstage zur Verfügung und in dieser Zeit sollen, abgesehen von den für die Generalabstimmung der dritten Beratung in Aussicht genommenen drei Tage familiäre noch ausstehenden Etats in zweiter Lesung erledigt werden. Der Präsident erklärte es bei dieser Geschäftslage für sehr zweifelhaft, ob der Etat bis zum 23. März — dem letzten Sitzungstage vor Ostern — fertig gestellt werden kann. Nach Meinung des Präsidenten könne dieses erstrebenswerte Ziel nur erreicht werden, wenn eine starke Einschränkung der Redelust eintritt. Um das zu erreichen, richtete der Präsident einen warmen Appell an den guten Willen aller Parteien.

Außer dem Etat soll vor Ostern nur noch das Gesetz betreffend den zeitweiligen Schutz von Erfindungen, Patenten, Mustern usw. in Beratung genommen werden.

Die Voreinlage sowie die Vorlage, welche eine Zinsgarantie für die Afrikaabahn verlangt, werden erst nach Ostern in Angriff genommen.

Von verschiedenen Seiten wurde auf die Ursachen der geschäftlichen Situation hingewiesen (späte Einbringung des Reichstages; Diätenlosigkeit; Einbringung der vielen Etatsresolutionen). Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß der Etat rechtzeitig fertig gestellt werden könnte — eine Versicherung dafür, daß die Etatsreden so eingeschränkt werden, um dieses Ziel zu erreichen — vermochte jedoch niemand zu geben. Der Präsident hatte für den Fall er nicht Gewißheit dafür bekäme, daß die Fraktionen sich rednerisch einschränken werden, davon gesprochen, den Reichszanzler von der event. Notwendigkeit der Einbringung eines Notgesetzes zu verständigen, um den Eintritt der Diätenlosigkeit am 1. April zu vermeiden. Mit einer nochmaligen Bitte, ihn in dem Bestreben, den Etat rechtzeitig fertigzustellen, zu unterstützen, wurde die Beratung des Seniorenkonvents geschlossen.

### Bayerische Wahlfragen.

München, 22. Februar. Kammer der Abgeordneten. Bei der fortgesetzten Beratung der Wahlreform-Vorlage erklärt Wagner, die liberale Partei bekämpft die Sozialdemokraten, welche früher jeden Kompromiß verspottet, sich aber dann mit der allerreaktionärsten Partei verbündet hätten. Die Sozialdemokraten hätten keine positive Arbeit geleistet, wohl aber dafür gesorgt, daß das Centrum im bayerischen Landtage die Majorität erziele. Die Liberalen dagegen hätten an allen großen freirechtlichen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gesetzen mitgewirkt. Der vorliegende Entwurf sichere dem Centrum unbedingt 83 von den vorgesehene 103 Sitzen, erülle auch sonst nicht alle freirechtlichen Hoffnungen, trotzdem gäben die Sozialdemokraten jetzt ihre früheren Forderungen auf und sicherten dem Centrum eine dauernde Mehrheit. Bleibt die relative Mehrheit im Gesetz, so gewinnt das Centrum zu jenen 83 Mandaten noch weitere 12 Sitze dauernd; wir bekämpfen die Wahl-eis-Einteilung nicht aus kleinlicher Mandats-habscherei, sondern weil wir die großen Gefahren einer dauernden Centrums-herrschaft kennen. Die Regierungserklärung wurde veranlaßt durch eine Centrumsdeputation beim Ministerpräsidenten; diese Regierungserklärung war eine Drohung gegen uns, sie war eine Kapitulation vor dem Centrum, eine Verleumdung unsrer Partei.

Die Forderungen der Liberalen bezüglich der Wahlkreis-Einteilung und der absoluten Mehrheit sind das Minimum dessen, was wir verlangen müssen. Ehrhart (Zoc.) bekämpft das Verhalten der Liberalen, deren Vorschläge zur Wahlkreis-Einteilung ungerecht seien. Was die Liberalen über die Wirkung des neuen Wahlgesezes voraussagen, sei unrichtig; seine Partei habe das Ministerium früher oft in schärfster Weise bekämpft, aber in der Wahlgesezfrage und in der Frage der Wahlkreiseinteilung lasse sie dem Ministerium Gerechtigkeit widerfahren und bedauere, daß der Mandats Hunger einer Partei das ganze Gesez zu Falle bringe. Die Liberalen haben in allen deutschen Bundesstaaten die schlechtesten Wahlsysteme verteidigt. In Bayern würden die Liberalen bei den nächsten Wahlen schlecht abschneiden. Das Volk werde die Liberalen verfluchen, weil sie ihm ein freirechtlicheres Wahlrecht vorenthielten.

Ministerpräsident Freiherr v. Podewils: Jetzt wird mir vorgelesen, daß ich bei einem Besuche, welchen mir einige Centrums-Abgeordnete gemacht haben, vor ihnen vollständig lapidariert und völlig vergessen hätte, daß Bayern ein monarchistischer Staat ist. Ich habe thätig eine Unterredung mit jenen Centrumsabgeordneten gehabt, aber an demselben Tage habe ich auch den Abg. Dr. Caselmann um eine Versprechung gebeten; das ist am Vorabend einer so wichtigen Beratung doch ganz natürlich. Der Minister betont ferner, daß die Regierungserklärung keine Drohung enthalte. Wenn das Wahlgesez falle, müssen die Wahlen nach dem alten Gesez stattfinden. Aber es sei nicht nötig, daß die alte Wahlkreiseinteilung bleibe; wir haben gerade bei den jetzigen Verhandlungen des Wahlgesezes so viele Erfahrungen über die Notwendigkeit einer Reform gemacht, daß die Regierung diese alleseitig gewünschten Verbesserungen wohl ihrerseits vornehmen muß. Die Regierung thut daher nur ihre Pflicht und geht dabei objektiv und gerecht vor. Von einer Bedrohung oder Verleumdung einer Partei durch unsere Erklärung kann keine Rede sein.

Abg. Rißler (fr. Bg.) legt dar, daß seine Partei das Gesez ablehne, da die ländliche Bevölkerung gegenüber den Städten nicht hinreichende Berücksichtigung fände. Den Vorteil von dem Gesez hätten hauptsächlich die Sozialdemokraten. Die Regierung beuge sich jetzt immer mehr vor dem Centrum. In protestantischen Kreisen sei eine wachsende Erbitterung wahrzunehmen.

Dienstag Weiterberatung.

Unser Münchener Korrespondent schreibt uns über die Aussichten der Wahlrechtsvorlage:

Zu welchem Resultat die Beratungen führen werden, läßt sich heute noch schwer sagen. Das Centrum und die Sozialdemokraten treten geschlossen für die Vorlage ein, auch der Demokrat Köhl und der Bauernbündler Luz werden dafür stimmen, so daß zur Erreichung der nötigen Zweidrittelmehrheit nur noch wenige Stimmen fehlen. Nur hat gestern auch der in der Pfalz gewählte liberale Landwirtbündler Erbhart erklärt, er werde wahrscheinlich dem Gesez zustimmen und einige weitere pfälzische liberale Abgeordnete sind hinreichend verdächtig, daß sie ihre Fraktion eventuell im Stiche lassen werden. Unter solchen Umständen steht die Entscheidung auf Spitz und Knopf und kann von einem Zufall abhängen.

Kommt die Wahlreform zu Fall, so haben wir mit einer neuen Wahlkreiseinteilung zu rechnen. Unser Genosse Segitz hat es gestern geradezu als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet, daß die Regierung unter solchen Umständen eine Neueinteilung vornimmt, die uns allzu große Vorteile nicht bringen, auf keinen Fall aber unsere bisherige Situation verschlechtern kann. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Gelegenheit nicht nur eine ganze Anzahl von Wahlkreisen, sondern namentlich auch von Unwahlbezirken verkleinert beziehungsweise reguliert wird. Dem wird einstweilen wenigstens der scandalöse Zustand beseitigt, daß in Arbeiterbezirken auf 7000 Seelen 3 Wahlmänner und in Villenvierteln auf 1200 Seelen 7 Wahlmänner kommen.

Müssen die nächsten Wahlen noch unter dem alten Gesez vollzogen werden, so befände sich der Liberalismus in der denkbar ungünstigsten Lage. Die wahlkreisgeometrischen Kunststücke, denen er so manches seiner Mandate zu verdanken hat, wären beseitigt und die Quittung dafür, daß er das Volk wieder um sein Wahlrecht geprellt habe, wird nicht ausbleiben. Die Liberalen haben sich gründlich in eine Sackgasse verrennt und finden keinen Ausweg mehr, bei dem sie nicht Haare lassen müssen. Daß sie darüber ein Nordseehai erheben, ist menschlich ganz begreiflich. Es erweckt aber nirgends Mitleid.

Friedensvorbereitung im Eisenbahnkrieg. Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten traten am Montag Vertreter der Reichs-Eisenbahnverwaltung und der Einzelstaaten zusammen, um über Vereinfachungen in der Leitung des Güterverkehrs zu beraten. Unter-Staatssekretär Fied führt aus:

„Man sage über zu weit getriebene Ausnutzung der eigenen Linien, über einen maßlosen Wettbewerb zwischen den Staatsbahnen, ja über eine Vergewaltigung der Schwächeren durch die Stärkeren. Wenn auch solche Vorstellungen der Wirklichkeit wenig entsprechen und übertrieben seien, so werde man doch bei objektiver Betrachtung der Verhältnisse nicht verfehlen können, daß sich eine Vereinfachung, ja auch eine Verbesserung auf diesem schwierigen Gebiete wohl erzielen lasse. Eine Nachprüfung der Vereinbarungen über die Leitung des Verkehrs, die zum Teil noch einer vergangenen Zeit mit andern Anschauungen angehören, erscheine daher wohl angezeigt. Der sachverständigen Prüfung der Verammlten werde es unterliegen, ob man nicht in der That mit der Ausnutzung der eignen Linien, mit der Aufnahme des Wettbewerbs hie und da zu weit gegangen, ob nicht auch ohne unangenehmen Gewinn Umwege gefahren werden, nicht aus Betriebs-, sondern lediglich aus Wettbewerbsrücksichten. Die Untersuchung werde darauf zu richten sein, ob sich nicht unter Einschränkung des Wettbewerbs, durch eine planmäßige Zusammenfassung des vielfach gesplitterten Verkehrs und durch die Auswahl der leistungsfähigsten Linie eine wirtschaftliche Betriebsführung im Interesse aller Beteiligten ermöglichen lasse.“

Zufüg in Oberschlesien. Gegen einen großpolnischen Preßhändler sprach das Landgericht in Beuthen, wie uns von dort berichtet wird, dieser Tage ein rechtlich ganz außerordentliches Urteil aus. Der verantwortliche Redakteur des „Gornoslagaz“ (Oberschlesier) Jietal und der Geschäftsleiter desselben Wlades Komalezki sollten einen wegen seiner politischen Thätigkeit sehr bekannten Centrumsgeistlichen, den Expropiert Schmidt beleidigt haben. Der Richter hatte eines Tages irrtümlich statt einer von einem polnischen Frauen-Bezirksleiter bestellten Messe eine Totenmesse gelesen, was die entrüsteten Polinnen als beabsichtigte Verhöhnung ihrer Bestrebungen ansahen. Herr Schmidt und mit ihm der Staatsanwalt fanden in der an dem Vorgange geübten Kritik des „Gornoslagaz“ den Vorwurf, der Geistliche habe aus politischem Haß Mißbrauch mit der „heiligen Messe“ getrieben. Dafür wollte der Staatsanwalt den „eigenlichen Redakteur“ Komalezki mit einem Jahre, den „Stichtreiber“ Jietal mit zwei Monaten Gefängnis bestrafen lassen. Vom Gericht wurde Jietal freigesprochen, weil er nicht die für einen Redakteur erforderlichen Fähigkeiten besitze. Das habe ein als Sachverständiger in Preßsachen gewiß sehr erfahrener Dolmetscher der polnischen Sprache begutachtet. Das Gericht nahm auch nicht als erwiesen an, daß der andre Angeklagte, Komalezki, Redakteur des Wlades war und die Aufnahme des Artikels veranlaßte, sah ihn jedoch als Verfasser und Verbreiter des Wlades an — R. ist geschäftlicher Leiter des genossenschaftlichen Unternehmens — und verurteilte ihn daher wegen Fahrlässigkeit nach § 21 des Preßgesetzes zu sechs Monaten Gefängnis! Den Antrag des Verteidigers, Beweise darüber zu erheben, daß zwei andre von ihm namhaft gemachte Redakteure des Wlades die Aufnahme des inkriminierten Artikels veranlaßten, lehnte das Gericht ab.

Leipzig, 22. Februar. Der kaiserliche Disciplinarhof hat die Berufung des Ober-Postpraktikanten Richard Wagner in Hanau verworfen, gegen den am 24. Dezember vorigen Jahres

von der Disziplinarkammer in Kassel auf Amtsentsetzung ohne Pension erkannt worden war, weil er in einer öffentlichen Versammlung ein Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht hatte.

Dieser Ausgang der Verurteilung war vorauszusetzen, und unter Parteigenossen Wagner beabsichtigte lediglich die ausdrückliche Feststellung, daß im Reichs-Postdienst wie in anderen Reichs- und Staatsverwaltungen Meinungsfreiheit nicht besteht, sondern die bestimmte politische Gesinnung der sogenannten „Staatsbehörden“ gefordert wird. Wagner ist bereits seit Monaten Mitglied der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“.

**Aus Hessen wird uns geschrieben:** In Mainz fand am 20. d. M. eine Versammlung von Vertretern „der an der Aufrechterhaltung der indirekten Abgaben auf Lebensmittel interessierten Stadtgemeinden“ statt. Die illustre Versammlung tagte unter dem Vorsitz des Dreidener Oberbürgermeisters Ventker. Es wurde beschlossen, eine Eingabe an den Bundesrat zu richten, in der um die Beseitigung des § 13 des Postgesetzes oder wenigstens um Verlängerung der Frist, während der Brot und Fleisch mit Steuer belegt werden dürfen, versucht werden soll. Derselbe Eingabe soll an den Reichstag gerichtet werden. Die Kavität, mit der dieselben Herren, die seiner Zeit gegen den agrarischen Lebensmittelmacher protestierten, jetzt die indirekte Besteuerung der Lebensmittel durch die Stadtverwaltungen weiter gefördert wissen wollen, ist geradezu rührend.

### Ein Panamino in Hessen.

Im hessischen Landtag kam es am 19. d. Mts. zu einem Zwischenfall, der allgemeines Interesse verdient und zweifellos noch unabsehbare Folgen haben wird. Steht da der nationalliberale Abg. Reichert auf und verliest eine von 13 weiteren Abgeordneten unterzeichnete „Anfrage“, in der es also heißt:

„Für die Eisenbahnlinie Buxb. — Vich ist seiner Zeit ein Staatsbeitrag von 20000 M. pro Kilometer bewilligt worden. Nach umlaufenden Gerüchten soll der Abgeordnete, der seiner Zeit für diese Linie lebhaft eingetreten ist, für die Paritätunterbringung nicht höfengängiger Prioritäten im Wert von circa 94 Proz. bei den beteiligten Gemeinden eine Provision von ca. 33000 M. von dem Betriebsunternehmer erhalten haben. — Wäre das Gerücht wahr, so würde das zeigen, daß der Staatszuschuß ohne Notwendigkeit bewilligt worden wäre. Wir fragen daher an, was der Großh. Regierung über diese Angelegenheit bekannt ist.“

Und siehe da! Während der Verlesung dieser Anfrage erhob sich der freisinnige antijüdische Abgeordnete Joug-Buxbach vom Sessel des Gesetzgebers und verschwand von der Bildfläche. Herr Joug war früher Bürgermeister von Buxbach und eine der stärksten Säulen des Freisinn-Eugen-Richter'scher Oberbau in Oberhessen. Er war freisinniger „Vertrauensmann“ für den Bezirk Buxbach und wäre für sein Leben gern Landtags-Abgeordneter geworden. Aber dazu hatte er wenig Aussichten, weil der Freisinn in Oberhessen dem Bankrott immer näher kam. Und Herr Joug wußte sich zu helfen. Geht's nicht mit der „Judenstange“, wie der Freisinn von den Antisemiten in Oberhessen genannt wurde, dann geht's vielleicht mit den Judenrestern. Und richtig, es ging. Herr Joug, der freisinnige Bürgermeister und Kaufmann, machte das Bahngeschäft mit den Antisemiten. So wurde er heftiger Gesetzgeber und — einflußreicher Mann. Vermutlich ist aber jetzt der Einfluß ein wenig durchloht.

## Partei-Nachrichten.

Als Reichstagskandidat für die am 18. März stattfindende Nachwahl im 20. sächsischen Reichstags-Wahlkreis an Stelle des verstorbenen Genossen Rosenow wurde in einer Parteiversammlung in Gelsenau am Sonntag Genosse Göhre aufgestellt. Die Aufstellung ging nicht ohne Widerspruch vor sich. Ueber diesen Teil der Versammlung, dem ein Vortrag des Vorsitzenden des Centralkomitees, Genossen Sindermann, über die bevorstehende Wahl vorausgegangen war, wird berichtet:

Der Vorsitzende Spinner-Häpöpn teilte mit, daß die Parteigenossen des 20. Wahlkreises fast einstimmig Göhre als Kandidaten vorgeschlagen hätten und daß der Kreisvorstand diese Kandidatur ebenfalls empfehle. Weiter gab er die Vorschläge des Agitationskomitees bekannt, das eine Anzahl anderer Parteigenossen für die Kandidatur empfohlen hatte.

Sindermann-Dresden ersuchte die Versammlung, von der Kandidatur Göhres abzusehen, da dieser durch die gänzlich überreife Niederlegung des Mandats für den 15. Kreis gezeigt habe, daß er noch nicht die nötige Festigkeit besitzt, und daß es ihm nützlich wäre, erst einige Jahre Truppendienst wie die anderen Parteigenossen thun zu müssen, ehe man ihn zu dem höchsten Amte berufe, das Partei und Volk zu vergeben haben. Der Parteivorstand habe sich gegen die Kandidatur Göhres erklärt, ebenso, und zwar einstimmig, das Centralkomitee und sämtliche Agitationskomitees Sachsens.

Zu berücksichtigen sei auch der allgemeine Unwille in der Partei darüber, daß jungen, kaum in die Partei hineingeschnittenen Akademikern Abgeordnetenmandate verschafft werden, obwohl es genug Parteigenossen giebt, die im Dienste für die Arbeiterbewegung egerat sind und in den schlimmsten Tagen treu für sie gekämpft und gelitten haben.

Von fast allen Rednern aus dem 20. Kreise wurde demgegenüber erklärt, daß man Göhre als Kandidaten haben wolle. (Wie mitgeteilt wurde, haben 20 Orte die Kandidatur Göhres verlangt.) Das einzige, was man Göhre vorhalte, sei die überreife Mandatsniederlegung. Dieser Fehler habe aber seinen Grund in dem hochentwickelten Ehrgefühl Göhres. Er werde den Fehler nicht zum zweitenmal begehen, diese Zusicherung habe man.

Göhre sei Parteigenosse, habe also auch die Rechte eines solchen, er habe das Vertrauen der Parteigenossen und der Volksmassen des Kreises und auch die Fähigkeit zum Abgeordneten. Nichts könne und werde die Parteigenossen des 20. Kreises hindern, ihn als Kandidaten aufzustellen.

Nach sehr langer Erörterung, wobei auch Genosse Sindermann wiederholt das Wort ergriff, um energisch den Standpunkt der leitenden Kreise der Partei geltend zu machen, wurde abgestimmt. Der Vorschlag des Vorstandes der Partei im 20. Kreise wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Damit waren die anderen Vorschläge gefallen.

**Von der Parteipresse.** Die „Pfälzische Post“ teilt mit: Unter dem Namen Gerisch u. Co. hat sich hier am Montag eine offene Handelsgesellschaft gebildet mit dem Zwecke, Buchdruckerei und Zeitungsverlag zu betreiben. Der Handelsgesellschaft gehören an: Die Genossen F. J. Ehrhart, Jakob Binder und Emil Gerisch von hier, sowie Genosse Alwin Gerisch von Berlin. Die Gesellschaft ist gestern ins Handelsregister eingetragen worden. Der Verlag unseres Organs, der „Pfälzischen Post“, ist in den Besitz der Gesellschaft übergegangen und erscheint heute bereits unter der neuen Firma. Mit der Errichtung dieser Handelsgesellschaft ist der erste Schritt zur völligen Abtrennung der „Pfälzischen Post“ von unserem Mannheimer Bruderverlag gethan. Wir hoffen, daß sich bis zu dem gesteckten Termin der gänzlichen Uebersiedelung in der Pfalz alles wie seither so auch bis zum Ende in gegenseitigem Einverständnis vollzieht, so daß die Pfälzer Genossen wie unsere Mannheimer Freunde auch beim endgültigen Scheiden mit Vergnügen auf die langjährige Bundes-treue zurückblicken können. Das feierliche Verhältnis des Gausvorstandes zu unserem Partei-Organ erfährt durch die angeführten Neuerungen keinerlei Veränderungen.

Verlag der „Pfälzischen Post“, Gerisch u. Co.

## Aus Industrie und Handel.

**Börse und Bankfinanz.** Die unsichere Haltung der Berliner Börse in letzter Zeit, die am Sonnabend einen neuen Kurssturz herbeiführte, hat die Leiter der hiesigen großen Banken veranlaßt,

sich gestern morgen in den Räumen der Deutschen Bank zu einer Konferenz einzufinden, um zu erwägen, in welcher Weise auf eine Verunsicherung des Marktes hingewirkt werden könne. Wie verlautet, wurde als eines der Mittel empfohlen, bei der Prolongierung der Engagements den Kunden gegenüber möglichst rückwärtsvoll zu verfahren. Ueber die weiteren Beschlüsse ist nichts bekannt, doch fiel heute mittag an der Börse auf, daß die Bankfinanz auf verschiedenen Gebieten durch ziemlich beträchtliche Käufe intervenierte. Die Haltung der Börse war demnach auch heute eine entschieden festere als am Sonnabend. Auf mehreren Märkten, vornehmlich dem Bankaktienmarkt traten keine Erholungen ein; nur auf dem Kassa-Industriemarkt überwiegen bei weitem die Kurdrückgänge.

Auf dem Getreidemarkt löst der ausgebrochene japanisch-russische Krieg eine anhaltende preissteigernde Wirkung aus. Getreide stiegen am hiesigen Produktmarkt die Preise für Weizen je nach Qualität wieder um 3 bis 5 M., für Roggen um 2 bis 3 M. pro Tonne, da die vorhandene Kaufkraft alles aufnahm, was im Lieferungsland an diesen Getreidearten angeboten wurde. Märktlicher Weizen per Mai stellte sich auf 185,50—186,50, per Juli auf 186,50—188,00 M., Roggen per Mai auf 145,50—146,50 M. Den hiesigen Konsumtionsfirmen waren aus der Provinz bedeutende Kaufaufträge zugegangen. Auch für russische Rechnung wurden Käufe vorgenommen.

**Ein neues Palladium in Bremen.** Nach bildet der eigenartige Fall des Hauses Fürman u. Sohn das allgemeine Tagesgespräch in Bremen und schon folgt ihr die Pleite einer andren bekannten Firma. Wie von Bremen gemeldet wird, hat heute dort die Getreidefirma Johann Rahusen Konkurs angemeldet. Der Inhaber ist zur Zeit abwesend. Den Aktiven von 200000 Mark sollen Passiven von 1 Million gegenüber stehen. Beteiligt sind hiesige, inländische und amerikanische Getreidefirmen sowie einige auswärtige Bankiers.

**Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft.** In der gestrigen Aufsichtsrats-Sitzung wurde der Rechnungabschluss für das letzte Jahr vorgelegt. Er ergibt einen Reingewinn von 2 942 268 M. Zu Abschreibungen werden 1 655 948 M. verwandt. Von dem verbleibenden Reingewinn von 1 286 319 M. werden dem Dispositionsfonds 25 600 M. und einem neu zu bildenden Unterhaltungs-fonds 100 000 M. überwiesen. Nach Abzug der Tantiemen an Aufsichtsrat, Beamte und Angestellte von 83 000 M. gelangen 14 Proz. (i. H. 6 Proz.) Dividenden zur Verteilung. 612 639 M. werden auf neue Rechnung vorgezogen.

**Zur russischen Finanzlage.** Die russische offiziöse Presse arbeitet mit aller Kraft daran, die Finanzlage Rußlands als recht günstig hinzustellen, und diese Sache findet in einem Teil der nicht-russischen Presse willige Unterfertigung. Einen viel denutzten Anlaß für diese Stimmungsmache liefert die Ersetzung des bisherigen Finanzministers Pleste durch den Reichssekretär Kolozow, dem bedeutendsten früheren Mitarbeiter Witkes. So schreibt z. B. die „Kow. Wremja“:

„Rußland ist in finanzieller Beziehung noch niemals so kriegsbereit gewesen wie jetzt. Bei den ungeheuren Goldvorräten, über die Rußland verfügt, liegt nicht die geringste Notwendigkeit vor, auswärts das Geld zum Kriege zu suchen. Unser Budget hat eine solche Elastizität gewonnen, daß es die Deckung großer militärischer Ausgaben aus den laufenden Mitteln ermöglicht hat. Im Laufe des letzten Jahrzehntes hat sich unser Budget mehr als verdoppelt. Die Ausgaben sind seit 1893 fast genau um eine Milliarde gestiegen. Neben den übrigen Ausgaben wachsen auch die militärischen, und zwar die des Kriegsministeriums von 237 auf 361, die des Marine-ministeriums von 51 auf 113 Millionen. Es verhält sich von selbst, daß von diesen ungeheuren Mitteln des Militärressorts nicht wenig zur Erhöhung unserer Kriegsbereitschaft verausgabt wurde. ... Außerdem kann man in diesem Budget eine sehr solide Reserve an freien Mitteln für die Bedürfnisse der Kriegszeit finden. Vor allem haben wir den freien Verbestand des Staatsschatzes, der sich am 1. November 1903 auf 312 Millionen Rubel belief. Im November und Dezember ist er infolge des Ueberschusses der Einnahmen über die budgetmäßige Veranschlagung noch um wenigstens 20 Millionen Rubel gewachsen (in den ersten zehn Monaten betrug dieser Ueberschuß 121/2 Millionen Rubel). Zu Beginn dieses Jahres betrug der freie Verbestand des Staatsschatzes folglich 332 Millionen Rubel. Hieron sind allerdings für die außerordentlichen Ausgaben dieses Jahres, das heißt ausschließlich für den Eisenbahnbau, 196 Millionen Rubel bestimmt, in der Kriegszeit muß aber ohne Zweifel der Bau neuer Bahnen auf Rechnung des Staates eingestellt werden, wodurch im außerordentlichen Budget gegen 75 Millionen Rubel erspart werden. Außerdem kann auch die Verwendung der bereits im Bau begriffenen Bahnen, mit Ausnahme der strategischen, sozusagen verzögert werden, was die Möglichkeit eröffnet würde, die hierzu ausgeworfenen Kredite ungefähr um die Hälfte zu kürzen. Ohne unbedeutendere Kürzungen in Betracht zu ziehen, die am außerordentlichen Budget noch vorgenommen werden könnten, hätten wir also 100 Millionen Rubel, die dem freien Verbestande zugeführt werden könnten, so daß dieser auf 236 Millionen Rubel stiege.“

Der neue stellvertretende Finanzminister Kolozow hat damit sein Amt begonnen, überall mögliche Einschränkung der Ausgaben, soweit diese nicht Kriegszwecken dienen, anzuordnen. Nach der „Wsch. Wedomosti“ soll die Erteilung von Darlehen an private Bahnen, wofür im letzten Budget 63 Millionen Rubel ausgeworfen waren, eingestellt werden. Gleichzeitig arbeitet die Reichskontrolle an einer Durchsicht sämtlicher Ausgabe-Etats, um zu prüfen, wo Einschränkungen stattfinden können.

**Lohnrückerei des Stahltruffs.** Bekanntlich hat der amerikanische Stahltruff die Löhne seiner Arbeiter in den letzten Monaten mehrfach herabgesetzt, zum Teil um 25 Proz.; nur den Arbeitern, die dem Verbands der Vereinigten Eisen-, Stahl- und Zinn-Arbeiter angehören, konnten keine Abzüge gemacht werden, da der Truff mit diesem Verbands einen ihn bindenden Lohnkontrakt abgeschlossen hat, der noch bis Ende Juli dieses Jahres läuft. Wie die „New Yorker Handelszeitung“ meldet, ist jedoch jetzt die Geschäftsleitung der Stahltruffcorporation zu dem Entschlusse gelangt, von dem Verbands sich gänzlich loszusagen. Mit dem 30. Juni er. läuft das Jahr ab, für welches mit dem genannten Verbands für einen Teil der Stahltruff-Fabriken bestimmte Lohnraten vereinbart sind, und beabsichtigt die Geschäftsleitung der Gesellschaft dann, die Vereinbarung nicht wieder zu erneuern. Zur Ausführung dieses Planes wurden von der Geschäftsleitung schon seit Anfang dieses Jahres Vorbereitungen getroffen und in den Waternmagazinen große Vorräte von fertiger Ware aufgehäuft, um die Konsumenten mit solcher auch während der Zeit versorgen zu können, während welcher sich der voraussichtliche Kampf mit den organisierten Arbeitern abspielen wird. In der Hauptsache sind es Arbeiter der Weich- und Stahlblechfabriken des Stahltruffs, welche dem Verbands angehören.

## Soziales.

### Kerzte und Krankenkassen.

In Köln fand am Sonntag im Saale des „Kolosseums“ eine Volksversammlung statt, die sich mit den Maßnahmen der Regierung und den Reden des Abgeordneten Trimborn und des Handelsministers Müller im preussischen Abgeordnetenhaus in Sachen des Kölner Kerzestreichs befaßte. Es wird uns dazu geschrieben: Herr Trimborn, der Sozialpolitiker des Centrums, hat sich am Freitag im Abgeordnetenhaus mit nicht nennenswerten Einschränkungen auf die Seite der Kölner Regierung gestellt und deren Eingreifen für „formell und materiell berechtigt“ erklärt. Man kann nur annehmen, daß Herr Trimborn in größtlicher Verkennung seiner Pflicht als Volksvertreter sich über die wirkliche Sachlage in Köln gar nicht oder nur durch die Kerzte hat informieren lassen, was um so schlimmer ist, als Herr Trimborn der Vertreter von Köln ist und dort seinen Wohnsitz hat. Nicht einmal Handelsminister Müller, der doch wegen seiner arbeitserfreundlichen und scharfmacherischen Neigungen bekannt ist, ist in seiner Rede so weit gegangen, wie der ultramontane „Socialpolitiker“ und „Ar-

betterfreund“. Minister Müller hat erklärt, er „verkenne nicht, daß bei dem Kölner Kerzestreich gewisse Härten vorgekommen sind“. Und in dem Erlaß, den Herr Müller am Sonnabend an die preussische Regierungspräsidenten verfaßt hat, hat er ausdrücklich in Bezug auf die Vorgänge in Mühlhausen (Thüringen) und Köln geschrieben: „Die Kassen, die sich über das Eingreifen der Behörden bei mir beschwert haben, haben nicht mit Unrecht darauf hingewiesen, daß zu dem Zeitpunkt, wo die zwangswise Anstellung weiterer Kassenärzte angedroht worden sei, durch die inzwischen eingetretene Vermehrung der Krankenärzte der Notstand in der ärztlichen Behandlung der erkrankten Kassenmitglieder in der Hauptsache gehoben, jedenfalls aber gegenüber dem Tage, an dem die bisherigen Kerzte ihre Thätigkeit eingestellt hätten, wesentlich abgemildert gewesen sei. Auch sei die gestellte Frist so kurz bemessen worden, daß jede Möglichkeit zur Gewinnung weiterer Kerzte von vornherein ausgeschlossen gewesen sei.“ Der Minister giebt hier offen zu, daß zur Zeit der Androhung, erst recht also zur Zeit der Durchführung der Regierungsmassnahmen, das heißt der völligen Auslieferung der Kölner Kassen an den Kerzestreich, ein ärztlicher Notstand für die Mitglieder nicht mehr bestand, daß er „in der Hauptsache gehoben“ war. Damit sind die Maßnahmen der Kölner Regierung als total unzulässig anerkannt. Herr Müller hat dann weiter ausgesprochen, er hoffe, daß „die erregten Wogen der öffentlichen Meinung in Köln sich wieder beruhigen werden“. Das werden sie, Herr Minister, nicht eher thun, als bis die Bergewaltigung rückgängig gemacht und den Kassen das volle Selbstverwaltungsrecht wiedergegeben ist. Das ist nach dem Verlauf der Kölner Versammlung vom Sonntag klarer als je. Die Kassenmitglieder sind entschlossen, den Kampf für ihr Recht noch weit energischer und vor allem systematischer als bisher zu führen. Das war der Grundton aller Reden.

Die weiteren Ausführungen des Ministers zeigen, daß er falsch unterrichtet worden ist. Er sagte: „Die Sätze, die in dem Vertrage den Kerzten durch den Regierungspräsidenten von Köln zugestimmt worden sind, erscheinen im ersten Augenblick sehr hoch. Sie sind mir auch sehr hoch erschienen: Sätze von 5 M. für das Einzelmitglied und von 15 M. für die Familie. Aber es ist wohl zu berücksichtigen, daß die früheren Sätze naturgemäß eine weitere Steigerung erfahren mußten, nachdem die Mehrleistungen, die in der vorjährigen Krankenkassen-Konvention bewilligt wurden, beschlossen waren.“ Der Minister wies ebenfalls auf die Erhöhung der Unterstützungsdauer von 13 auf 20 Wochen hin, die auch die ärztlichen Leistungen entsprechend erhöhe. Demgegenüber ist festzustellen, daß die 20wöchige Unterstützungsdauer fast durchweg bei den in Betracht kommenden Kassen schon längst vorhanden ist, eine Erhöhung der ärztlichen Leistungen also nicht eintritt.

Die Resolution, die die Kölner Versammlung mit allen gegen eine Stimme beschloß, hat diesen Wortlaut:

„Die von der Kartellkommission der Gewerkschaften Kölns einberufene Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Die Versammlung erblickt in den von den Behörden gegen die Krankenkassen Kölns verübten Maßnahmen eine fortlaufende Reihe von Ungerechtigkeiten. Es trifft nicht zu, daß zu der Zeit, als die Regierung eingriff, für die Kölner Krankenkassen im allgemeinen ein Kerzestrom bestand; die Krisis-Krankenkassen waren zu dieser Zeit genügend mit Kerzten versehen. Diese Thatsache wird von den Kölner Kerzten und Behörden gestillt übergegangen; auch Abgeordneter Trimborn und Handelsminister Müller erwähnen sie in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. Februar nicht, ein Beweis, daß sie über die Sachlage nur ungenügend unterrichtet worden sind. Die Regierung hatte infolgedessen kein Recht, den Krisis-Krankenkassen die Bedingungen der Kölner Kerzte aufzuzwingen; sie hatte zweitens kein Recht, die von den Ortskassen mit den neuen Kerzten geschlossenen Verträge aufzuheben, und sie hatte drittens kein Recht, den Apotheken die Aufsertigung der von den neuen Kerzten verordneten Rezepte zu unterlagern. Die Versammlung erblickt in dem Vorgehen der Regierung gegen die Krankenkassen eine Parteivahme zu Gunsten der Kölner Kerzte, die um so weniger gerechtfertigt ist, da die Kerzte jedes Entgegenkommen seitens der Krankenkassen beharrlich abgelehnt und zum Teil, soweit sie von den Kassen bis über den 1. Januar verpflichtet waren, ihren Kontrakt gebrochen haben, also gerade sie bestraft gewesen sind, unter Vertragsbruch einen Notstand herbeizuführen. Die Maßnahmen der Behörden bedeuten für die Kölner Krankenkassen eine jährliche Mehrbelastung von 200000 M. und die völlige Vernichtung des Selbstverwaltungsrechtes auf fünf Jahre hinaus. Aus Gründen der Gerechtigkeit, aus Achtung vor dem Gesetz und im Interesse der Krankenkassen protestiert die Versammlung auf das entschiedenste gegen das Vorgehen der Regierung; sie begrüßt es, daß die behördlichen Maßnahmen im Verwaltungsrecht-Verfahren angefochten werden sollen.“

In Magdeburg finden gegenwärtig Einigungsverhandlungen vor dem Regierungspräsidenten statt. Der Regierungspräsident wies darauf hin, daß die Entlassung des Mandanten Wendland nicht in Frage kommen könne, weil sein Vertrag das aus den von den Kerzten geltend gemachten Gründen nicht gelatte. Die Kerzte verlangen deshalb, daß die Beleidigungen, die Wendland ihnen zugefügt habe, als „Amtsvergehen“ protokolllarisch festgestellt werden, damit bei einer Wiederholung die ordnungsmäßige Entlassung möglich werde. Die Stellungnahme des Kassenvorstandes zu diesem Verlangen ist noch nicht bekannt.

Die Kasse sucht sich der ärztlichen Forderungen dadurch zu erwehren, daß sie die Mitglieder anweist, nur 40 der bisherigen 120 Kerzte zu konsultieren, wodurch die andren 80 natürlich von dem Segen der freien Arztwahl ausgeschlossen werden.

Dieses Mittel wird auch in Berliner Kassenkreisen erwoogen für den Fall, daß der Kampf hier akut werden sollte.

**Schulfeiern und Schulunterricht.** Am Schulfest der Stadtschule in Reichen, das im Stadtwalde stattfand, hatte ein Herr Komarowski seine fünf schulpflichtigen Kinder nicht teilnehmen lassen. Er wurde deshalb wegen Uebertretung einer Regierungs-Polizeiverordnung vom 15. Juni 1899 zu Geldstrafen verurteilt. Die Verordnung bedroht die Eltern mit Strafe, die nicht für den regelmäßigen Besuch der Schule durch ihre Kinder sorgen. Das Landgericht als Berufungsinstanz beauftragte die Verurteilung und ging davon aus, daß unter dem Begriff der Schule auch Schulfeiern und Schulfeste fieslen. — Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelezte Revision mit folgender Begründung: Schulfeiern, die einen erzieherischen Charakter haben, seien dem Schulunterricht gleich zu achten. Da nun hier feststehe, daß unter den im Walde arrangierten Spielen sich auch Turnspiele befanden, so hätte der Angeklagte die Kinder nicht zurückhalten dürfen, sondern sie zu dem Schulfest schicken müssen. Er sei somit zu Recht bestraft.

## Gerichts-Zeitung.

Einen Kindesunterstehungs-Prozess hat jetzt auch Königsberg gehabt. Vor der dortigen Strafkammer stand am Sonnabend die 41 Jahre alte Arbeiterfrau D., angeklagt der Kindesunterstehung in zwei Fällen. Nach ihrem Eignen, im vollen Umfange abgelegten Geständnis wurde sie von ihrem 29 Jahre alten Ehemann deshalb schlecht behandelt, weil ihre Ehe kinderlos war. Nur um den ehelichen Frieden herzustellen, besorgte sie sich im Juli 1902 aus dem Enbindungsanstalt ein neugeborenes uneheliches Kind, um, wie sie dort angab, es als ihr eigenes zu erziehen. Der Mutter des Kindes gab sie einen solchen Namen und eine falsche Adresse an. Das Kind gab die Frau ihrem Manne gegenüber für ihr eheliches aus. Der Ehemann glaubte das auch, meldete das Kind als sein eigenes auf dem Standesamt an und ließ es auch später taufen. Nach drei Monaten starb das kleine Wesen eines natürlichen Todes, ohne daß die richtige Mutter des Kindes seinen Aufenthaltsort erfahren hatte. Die Angeklagte beschloß, nun wieder Erlaß zu schaffen. Durch ein Inzerat suchte sie ein Kind als ihr eigenes anzunehmen. Von einem unverehelichten Mädchen, dem sie auch wieder einen falschen

Namen nannte, erhielt sie am 22. April 1903 ein 14 Tage altes Kind, welches sie sofort mit nach Hause nahm. Dort versetzte sie es vor ihrem Manne bis zum andern Abend. Als ihr Mann von der Arbeit kam, erzählte sie ihm, daß sie im Laufe des Tages ein Kind geboren habe. Der Mann glaubte das wieder. Er besorgte die Anmeldung auf dem Standesamt und ließ das Kind auch wieder prompt in der Kirche taufen. Da traf eines Tages die Mutter des Kindes, welche es lange vergebens gesucht hatte, die Angestellte und stellte sie zur Rede. Anfangs leugnete sie. Später jedoch gestand sie auf der Polizei den Besitz des Kindes ein. Dabei kam denn auch die erste Kindesuntersuchung ans Licht.

Diese zweite Manipulation hätte übrigens für die Mutter des zweiten Kindes sehr leicht verhängnisvoll werden können. Bald darauf, als sie ihr Kind der Angestellten gegeben hatte, wurde ein totes neugeborenes Kind im Bestattungsbegraben gefunden. Weils das Mädchen den Aufenthalt ihres Kindes nicht angeben konnte und weil man ihr begriffschwermüde nicht glaubte, daß jemand ein Kind annehmen würde, ohne seine richtige Adresse zu nennen, kam das Mädchen in den Verdacht des Kindesmordes. Unter diesem Verdacht hat es vier Tage in Untersuchung gesessen. Die ärztliche Untersuchung des aufgefundenen Kindes hob den Verdacht dann auf. Die Angestellte wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Wie es ihr gelungen war, ihrem Manne sowie ihrer ganzen Umgebung eine nicht vorhandene Schwangerschaft vorzutäuschen, blieb unaufgeklärt.

Ein Nachspiel vom Metallarbeiterstreik. Zur Zeit des Metallarbeiterstreiks im November v. J. arbeiteten die Schlosser Jungblut und Hönich aus Niddorf in der von den Arbeitern gesperrten Stabernschen Fabrik in Tempelhof. Eines Tages beschwerten sich die Genannten bei ihrem Arbeitgeber, daß sie sorglos von Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes, die in der nahen Pulschschen Fabrik beschäftigt waren, sowohl auf der Eisenbahnfahrt von und nach Niddorf, wie auch vor dem Fabrikzugang durch angelegte Redensarten beleidigt wurden. Auf eine Anzeige des Fabrikherrn traf am Abend des 24. November ein Polizeibeamter in Zivil auf dem Tempelhofer Bahnhof ein und setzte sich mit Jungblut und Hönich in ein Coupé, in welchem der Kunstschlosser Gustav Fischer mit mehreren Kollegen schon vorher Platz genommen hatte. Die Fahrt ging ohne jede Belästigung der „Arbeitswilligen“ von Station. Bei Ankunft auf Bahnhof Hermannstraße verließ der Beamte den Zug und ihm folgten seine Schützlinge auf dem Fuße, als plötzliches Jungblut, schon auf dem Trittbrett stehend, den Beamten zurückdrückte und die Festhaltung Fischers verlangte, weil dieser ihm beim Aussteigen die Worte „Lump“ und „Strolch“ nachgerufen habe. Obgleich keiner der übrigen Fabrikanten die beleidigenden Worte gehört hatte, wurde Fischer doch wegen Beleidigung angeklagt und in der letzten Sitzung des Niddorfer Schöffengerichtes zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Wegen thätlicher Beleidigung seines Dienstmädchens stand gestern der Fabrikbesitzer Hermann Cohn in Deutsch-Wilmersdorf vor der Strafkammer des Landgerichts II. Das Schöffengericht hatte ihn am 4. Dezember zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil es für erwiesen hielt, daß er in der Nacht vom 6. zum 7. Juli sein noch nicht 16 Jahre altes Dienstmädchen mit unanständigen Zumutungen belästigt und es unfittlich berührt habe. Das Mädchen ist am nächsten Tage aus dem Dienst gegangen und seine Eltern haben den Strafbescheid angefochten. Der Angeklagte hatte die That bestritten, der Gerichtshof hielt aber seine Schuld für erwiesen, da drei andere ehemalige Dienstmädchen des Angeklagten bekundeten, daß sie ganz gleiche Attaden von diesem auszuhalten gehabt hätten. In der gestrigen Verhandlung in der Berufungsinstanz berief sich Rechtsanwalt Dr. Werhauer auf mehrere Entlassungszeugen, namentlich auch zum Beweise dafür, daß das Mädchen nicht ohne weiteres glaubwürdig sei. Das Gericht hatte nach nochmaliger umfangreicher Beweisaufnahme keinen Zweifel an der Schuld des Angeklagten und hielt eine schwere Strafe für geboten, da das Mädchen noch nicht 16 Jahre alt sei und es sich hier um den Dienstherrn handle, der zur Aufrechterhaltung der Sittlichkeit und Ehre seines Hauses besonders berufen sei. Die Berufung wurde daher verworfen.

Sieben Wochen unerschuldigt in Untersuchungshaft hat der Hotel-Gaushilfsarbeiter Emil Fischer zubringen müssen. Durch eine eigentümliche Verkettung von Umständen war der Angeklagte, welcher gestern der Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, in den Verdacht des schweren Diebstahls geraten. Wie der 16jährige Milchjunge Thiel, der als Belastungszeuge auftrat, bekundete, war er am 30. Januar des Morgens früh nach dem Geschäft gegangen. Als er die Kellertreppe passierte, habe er schon in einiger Entfernung bemerkt, daß zwei Männer sich an der Ladentür des Schlächtermeisters Böhringer zu schaffen machten. Einer von ihnen habe ein Gitter, welches vor der Ladentür lag, hochgehoben, sei durch die entstandene Öffnung in den Keller hinabgestiegen und nach einigen Minuten mit einem Arm voll Würste wieder emporgeklommen. Der andere habe sich dabei so vor die Gitteröffnung gestellt, daß er den Eingestiegenen bedeckte. Als der Junge den Thortort erreicht hatte, seien die beiden Männer schleunigst davongegangen. Er sei ihnen gefolgt, um sie einem Schuttmann zu übergeben, sobald sich Gelegenheit dazu bot. Bald darauf sei ein Schuttmann durch eine Seitentreppe gekommen, er habe ihn herangewinkt, auf die beiden vor ihm gehenden Männer gezeigt und von dem Diebstahl erzählt, den sie ausgeführt. Der Schuttmann sei hinter den beiden Männern hergelaufen. Als diese sahen, daß sie verfolgt wurden, sei derjenige, der die Wurst trug, davonlaufen, der Angeklagte habe sich ruhig feiernehmen lassen. Der letztere versicherte im Termin seine völlige Unschuld und gab eine ganz andre Schilderung des Sachverhalts. Auch er sei des Weges gekommen und habe bemerkt, daß ein Mann sich in auffälliger Weise an dem Gitter vor der Thür zu schaffen machte und dann in den Keller hinunterstieg. Er habe sich dann allerdings in gebührender Stellung vor die Öffnung gestellt, um zu sehen, was der Mann da unten machte. Er bemerkte, daß dieser mittels eines mit einem Haken versehenen Stockes eine Wurst nach der andern von einer der Euerleuten abhol und sie neben sich legte. Er habe nun heruntergerufen: „Hier gibt es wohl billige Würste, kann man nicht welche abfragen?“ Der Mann im Keller habe mit dem Stock nach ihm geschlagen und droht: „Machen Sie das hier fortkommen, sonst!“ Gleich darauf sei der Dieb mit einer Anzahl Würste emporgetrohen und er sei ihm auf den Herzen gefolgt, um ihn einem Schuttmann zu übergeben. Anstatt des Thäters sei er nun verhaftet worden.

Nach der umfangreichen Beweisaufnahme führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, aus, daß hier Aussage gegen Aussage stehe, es liege keine Veranlassung vor, dem unbescholtenen Angeklagten weniger Glauben zu schenken, als den vielleicht unsicheren Wahrnehmungen des 16jährigen Jungen; er meine nicht, daß auf dessen Aussage hin eine Verurteilung werde erfolgen können. Der Gerichtshof schloß sich diesen Ausführungen an und fällte ein freisprechendes Urteil.

## Gewerkchaftliches.

### Kirche und Streik.

Das Verhalten der Geistlichen in Crimmitschau gelegentlich der dortigen Aussperrung hat innerhalb der Kirche einen Meinungsstreit darüber entfacht, wie die Geistlichkeit bei den Lohnkämpfen der Arbeiter gegenüber zu verhalten hat. Die Antwort der Crimmitschauer Arbeiter auf das Verbot der Weihnachtstriebe durch Austritt aus der Landeskirche hat offenbar auf die Gemüter der Geistlichkeit erquickend gewirkt. Man fürchtet in den Kreisen, welche sich noch nicht zu der Anschauung durchgerungen haben, daß die Kirche ein Institut des Klassenstaates sein soll, daß die Arbeiter sich ihr abwenden werde, und diese Furcht veranlaßt einen Teil der Geistlichkeit, die Forderungen der Arbeiter und ihre Kampfmittel objektiv zu erklären.

Eine der ersten Antworten aus kirchlichen Kreisen auf den Brief des Herrn Farrer Schink in der „Christlichen Welt“ war die von 12 Personen, meist Geistlichen, in Glauchau angenommene Resolution, in der erklärt wurde, daß die Auffassung dieses geistlichen Herrn keineswegs in allen evangelisch-kirchlichen Kreisen Sachsens geteilt werde.

Jetzt hat sich in der „Meeraner Zeitung“ der dortige Pastor Sammler über die Frage des Streiks ausgelassen. Er sagt darüber:

„Um was handelt sich's in einem Streik? Um Güter verziehung bei den Angriffstreiks um besseren Lohn, Verfürzung der Arbeitszeit oder um die Forderung der Arbeiter, in gewissen Fabrikverwaltungen mitsprechen zu dürfen; bei den Abwehrstreiks handelt sich's darum, eine Verringerung des Lohnes bezw. eine Verlängerung der Arbeitszeit zu hindern oder um das Koalitionsrecht der Arbeiter und die Arbeiter zu schützen. Möglich sind Streiks aus andren Anlässen, die ich nicht kenne.“

Was läßt sich vom christlichen Standpunkt zu diesen Forderungen sagen? Erstlich: eine Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage ist jedem zu gönnen. Jeder sucht sein Einkommen zu erhöhen, der Fürst sowohl wie der Minister, der Beamte und der Geschäftsmann. Sollte beim Industrie-Arbeiter dieses Streben allein zu tadeln sein? Aber man sagt: Ja, eben dieses Streben nach Geld ist zu verwerfen. Aber dann verurteile man dies Streben bei allen. Aber kann dies Streben nach höherem Einkommen nicht auch andren Gründen entspringen? J. A. der Fürsorge für die Familie, dem Streben nach besserer Bildung und andern? Dann wäre dieses Streben sittliche Pflicht, und ein Unterlassen dieser Pflicht wäre sittlich zu tadeln.

Auch das Streben nach Verfürzung der Arbeitszeit ist nicht ohne weiteres zu verwerfen. Neben den Arbeitern, die doch am besten wissen müssen, wo sie der Schuß drückt, dürfen wir doch auch den Hygienikern einigen Glauben schenken, die behaupten, daß in gewissen Betrieben überlange Arbeitszeit an der Maschine gesundheitsschädliche Folgen hat. Die Arbeiter aber weisen uns darauf hin, wie durch die Industrie vielfach das Familienleben geschädigt worden ist. Was für Hausfrauen können aus Mädchen werden, die vom 14. Lebensjahre ab in die Fabrik gehen? Was wird aus den Kindern, deren Mütter in die Fabrik gehen müssen?

Ferner, wenn bei manchen Streiks Forderungen nach Mitbeteiligung an gewissen Fabrikverwaltungsfragen erhoben werden, so ist das vom Standpunkt vieler Arbeitgeber eine Unverschämtheit, nach dem Sage vom Herr bleiben wollen im eignen Hause. Aber manche Fabrikanten haben ein gewissermaßen konstitutionelles System in ihren Betrieben eingeführt, in Deutschland sowohl als besonders in Amerika, und haben meist keine schlechten Erfahrungen dabei gemacht. Und wenn Fürsten herabsteigen mühten von der Höhe ihres Absolutismus und Parlamente neben sich haben, wenn Pastoren Kirchenvorstände neben sich ersuchen sehen, warum soll allein in der Industrie das absolute Regiment dauern?

Ueber die Gründe der Abwehrstreiks kann ich mich kürzer fassen. Ist das Streben nach höherem Lohn und nach Verfürzung der Arbeitszeit unter gewissen Voraussetzungen sittlich zu rechtfertigen, so ist es natürlich umgekehrt auch, wenn Arbeiter sich einer Verminderung des Lohnes und einer Verfürzung der Arbeitszeit zu widersetzen suchen.

Was aber das Eintreten der Arbeiter für ihr Koalitionsrecht und für ihre Führer betrifft, so muß ich sagen: Christlich ist es, dem Bruder in der Not beizustehen. Wenn Arbeiter das einsehen und zusammenstehen, so ist das christlich, sie mögen es einsehen oder nicht. Und wenn sie einsehen für ihre Führer, so ist solches Recht zu achten. Unfittlich wäre es, wenn sie ihre Führer in der Not verlassen wollten; es wäre so ehrlos, wie der Soldat, der im Kampfe seinen Offizier verläßt, gleichviel ob dieser Offizier ein Ehrenmann ist oder das Gegenteil. Im Kampfe gilt allein Treue.

Wie kommen zur zweiten Frage: Ist der Streik das richtige Mittel, um im allgemeinen richtige Forderungen durchzusetzen?

Streik ist offener Kampf, Unterbrechung des friedlichen Zusammenarbeitens zusammengehöriger Teile eines Ganzen. Christliche Sittlichkeit aber hat nur ein Ideal: Friedliches Zusammenarbeiten aller Kräfte im Organismus der Menschheit. Von diesem letzten Ziele aus betrachtet ist der Streik ein Uebel, das überwunden werden muß. Solange wir aber noch unvollkommene und werdende Menschen sind, werden Streiks so gut wie Kriege dauern. Aber hinarbeiten müssen wir auf dieses Ziel friedlichen Zusammenarbeitens.

Und hier muß die Thätigkeit der Kirche vor allem einsehen. Denn sie ist die Gemeinschaft, die über den Parteien steht und der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer angehören.

Die Vorschläge, Streiks zu verhüten, sind die bekannten: Rührung zum Nachgeben bei den Unternehmern und zum Nachhalten in den Forderungen bei den Arbeitern.

Es gehört ein nicht zu gering zu veranschlagender Mut dazu, in Deutschland als Geistlicher mit solchen Anschauungen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Spuren erschrecken. Bisher ist es in Deutschland noch keinem ehrlichen Geistlichen gelungen, erfolgreich wider den Stachel zu setzen, der immer wieder antreibt, den Kirchenforren im Geleise des Kapitalismus zu bewegen. Und die Crimmitschauer und Meeraner Fabrikanten sind wohlfeil die letzten, die irgend jemandem, ob Geistlicher oder Arbeiter, eine eigne Meinung gestatten. Gegen die Geistlichen, welche die Glauchauer Resolution unterschrieben, soll auf Veranlassung der Crimmitschauer Fabrikanten vom Kultusministerium ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sein.

Das heißt doch rund und nett: Vom christlichen Standpunkt mögen die Forderungen der Arbeiterschaft berechtigt sein, vom Standpunkt der Landeskirche sind sie es nicht! — Und da wundert man sich, wenn die Arbeiter der Kirche den Rücken kehren!

### Berlin und Umgegend.

Die Dautsicher in Weiskow reichten gestern ihren Meistern einen Kettotarif ein.

### Deutsches Reich.

Der 8. Verbandstag des Hausarbeiter-Verbandes begann am gestrigen Montag in Hamburg. Nach dem Bericht des Vorstandes, der gedruckt vorlag, waren am Schlusse 1901 vorhanden 14 500 Mitglieder gegen 16 481 am Schlusse 1903, oder unter statistisch zulässiger Zugählung der mit Beiträgen rückständigen 19 777. Neugegründet resp. errichtet wurden 15 Mitgliedschaften; übergetreten sind die bisher lokalorganisierten Winnen-schiffer (Matrosen) am Rhein und die Bretterträger Berlins. Aufgekauft haben sich drei Mitgliedschaften. Die Schauerleute in Lübeck haben einen Lokalverein gegründet, was um so mehr bedauernd wird, als es sich um eine der ältesten Mitgliedschaften handelt. Im Rheingebiet und Oberdistrikt wird der Verband von den Kriegervereinen bekämpft. Das System der Bezirksleiter für die Winnen-schiffer hat sich behauptet, weniger die Agitationskommissionen, was an der Ueberlastung und Abhängigkeit der Beteiligten liegt. Die Zahl der Streiks betrug in den beiden Berichtsjahren 13, beteiligt waren daran 4200 Personen. Interessant war besonders der Streik der Reife-schüler, an sich ein Unikum, weil die beteiligten 1150 Personen in 120 verschiedenen Ortschaften der Provinzen Posen, Brandenburg, Preußen wohnen. Er endete erfolgreich mit dem Abschluß eines Tarifvertrages auf drei Jahre. Die Aussperrung in Bremerhaven ist noch in aller Gedächtnis. In einer Reihe von Mitgliedschaften ist es gelungen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, neue Verträge abzuschließen, Maßregelungen zu verhüten usw., ohne daß es des Streiks bedurfte. Die Bureau-Arbeiten des Hauptverbandes vermehren sich erheblich, um 63 Proz. Der Bericht der Hauptkasse zeigt für 1902 eine Bilanz von 199 199,85 M., für 1903 eine solche von 255 292,28 M., der der Mitgliedschaften eine solche von 68 328,92 M. bezw. 78 145,51 M. Die Hauptkasse hatte am Berichtschlusse 80 081,33 M., die Mitgliedschaften 27 233,03 M. Kassenbestand. An Kranken-Unterstützung zahlte die Hauptkasse 82 728,45 M., dazu die Mitgliedschaften 4354,43 M. An Unterstützungen aller Art

wurden aus zentralen und lokalen Mitteln 22 702,95 M. gewährt. Das Verbandsorgan kostete 8440,36 M. An Gehältern wurden gezahlt 18 695,80 M. Für Agitation wurden 15 494,83 M. aufgewandt. Die Revisoren berichten, daß Bücher, Kasse und Belege bei jeder Gelegenheit in bester Ordnung befunden wurden.

Dem Verbandstage liegen 91 Abänderungsanträge zum Statut, zum Streit- und Rechtschlichtungsreglement und 88 allgemeine Anträge vor. Unter letzteren sei hervorgehoben ein solcher, welcher den Zusammenschluß mit dem Transportarbeiter-Verbande bezweckt.

### Budde will es!

Zweihundertachtundsechzig Eisenbahn-Vereine der preussisch-preussischen Staatsbahnen mit 170 000 Mitgliedern haben sich am Sonnabend in Kassel zu einem Verbandsvereinigt, der neben der Pflege der Zusammengehörigkeit der Eisenbahn-Vereine und ihrer Mitglieder sich die Aufgabe stellt, zur Ergänzung der Pensionsbezüge, der Alters- und Invalidenrenten, der Krankengelder sowie der Witwen- und Waisenbezüge besondere Hilfsklassen zu errichten.

Der neu gegründete Verband telegraphierte an den Staatsminister Budde und an den Kaiser.

Der Streik der Thüringer Gipsarbeiter hat nun auch nach Nieder-sachsen übergegriffen. Es stehen in zehn Werken ungefähr 450 Arbeiter aus. Aus dem ganzen Kreise ist Gendarmerie zusammengezogen, die jedoch nichts zu thun findet.

Die Ursache des Streiks ist nach der „Thüringer Tribüne“ folgende:

Vor ungefähr sieben Monaten unternahm der Gauleiter der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Martini die Agitation unter obengenannten Arbeitern, dieselbe gestaltete sich so, daß heute 95 Proz. dem Verbande angehören. Infolge dieser regen Entwidlung traten die Arbeitgeber ihrerseits zusammen und gründeten ebenfalls einen Verband unter der Firma Arbeitgeberverband der Harzer Gipswerke, Ulrich und Umgegend“. Bis dato hatten noch keine Maßregelungen seitens der Unternehmer stattgefunden; dieses änderte sich aber mit der Gründung des Unternehmerverbandes, indem fortgesetzt Entlassungen einzelner Arbeiter auf Grund der Zugehörigkeit zum Verbande vorgenommen wurden. Der Verband ließ sich dadurch nicht provozieren, sondern unterstützte die Betroffenen, ruhig abwartend, bis er glaubte, geeignete Maßregeln treffen zu können. Dies schien den Herren Unternehmern zu lange zu dauern. Der Besitzer der Julius-Hütte, Julius Bergmann, verlangte von seinen Arbeitern, daß dieselben, seit ungefähr 14 Tagen bis drei Wochen, bis abends 10 Uhr arbeiten sollten. Wer die schwere, sowie schmutzige, allen hygienischen Anforderungen entsprechende Beschäftigung liebt, wird wissen, was dieses für die Arbeiter bei einem Stundenlohn von, sage und schreibe, 10 bis 23 Pf. bedeutet. Auch dieses wurde noch hingeworfen. Da wurde am Sonnabend, den 13. d. M., verlangt, bis 11 und 12 Uhr nachts zu arbeiten. Darauf beiprachen sich die Arbeiter, daß eine derartige Forderung an ihre Kräfte denn doch zu weit gehe. Es wurden zwei Mann beauftragt, mit der Firma Rücksprache um Abschaffung der überaus langen Arbeitszeit zu nehmen, und diese erhielten die lakonische Antwort: „Wenn es Euch nicht paßt, könnt Ihr gehen!“ und beide erhielten die Entlassung. Dies schlug allerdings dem Hahn den Boden aus. Jetzt verlangten die Arbeiter des genannten Werkes Wiedereinstellung der zwei Entlassenen. Die Antwort war: „Wer's nicht paßt, kann gehen, Ihr könnt alle gehen“. Wollten die Arbeiter sich nicht blamieren, mußten sie sich mit den Entlassenen solidarisch erklären und die Arbeit niederlegen. Um diesem Spiel der Arbeitgeber ein Ende zu machen, wurde am Sonntag, den 14. Februar, die Forderung formuliert und am Montagmorgen den gesamten Unternehmer unterbreitet mit der Bitte, bis Mittwochmittag 12 Uhr sich zu erklären. Zwei weitere Firmen stellten ihre Arbeiter vor die Alternative, entweder zu streiken zu kriechen oder ebenfalls zu gehen; letzteres geschah. In den übrigen Werken ist noch keine Erklärung erfolgt.

Zugung von Damenschneidern ist von Mannhe im fernzuhalten. Besonders wird gewarnt vor der Firma Ott, die in auswärtigen Blättern Arbeiter angulodet sucht.

### Rusland.

#### Die Aussperrung in der Diamantindustrie.

Von den Mitgliedern des Allgemeinen Niederländischen Diamantarbeiter-Verbandes sind, wie am Freitag vorgenommene Zählung ergeben hat, 5000 ausgesperrt. Die viele von den Mitgliedern der Bruderorganisation ausgesperrt sind, darüber liegt noch keine genaue Mitteilung vor. Durch bürgerliche Blätter wird gemeldet, daß von den unorganisierten Arbeitern der Firma Köcher etwa 20 Lehrlinge angenommen worden seien. Ob das wirklich der Fall ist, konnte jedoch nicht festgestellt werden.

In Antwerpen stehen jetzt 430 Mühlen zu den Bedingungen des Antwerpener Diamantarbeiter-Verbandes zur Verfügung. Diese Mühlen sind fast alle besetzt. Wahrscheinlich wird es notwendig werden, Tag- und Nachtschicht einzuführen. In den Fabriken, wo weiter gearbeitet wird, ist noch eine, die 65 Mann beschäftigt, hinzugekommen. Mit mehreren andern Fabrikannten wird über Wiedereöffnung der Fabriken verhandelt. — Die Haltung der Streikenden ist musterhaft. Mit der Auszahlung von Unterstützung soll in dieser Woche begonnen werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Unterhand.

London, 22. Februar. (B. T. N.) Unterstaatssekretär des Aeußern Carl Berch erklärt heute nochmals aufs nachdrücklichste das Gerücht für falsch, daß die Japaner Weichaiwei als Operationsbasis benutzt hätten. Der englische Admiral auf der chinesischen Station habe der Regierung berichtet, daß die japanischen Kriegsschiffe bei ihrer Fahrt nach Port Arthur in Weichaiwei nicht einmal gestoppt wurden und daß seit dem August vorigen Jahres, wo zwei japanische Fahrzeuge einen Höflichkeitbesuch von kurzer Dauer in Weichaiwei abhielten, keine japanischen Kriegsschiffe mehr den Platz aufsuchten.

Moskau, 22. Februar. (B. T. N.) Heute begann hier die Verhandlung von fünf noch unerledigten Anträgen im Zusammenhang mit den Ausschreitungen gegen die Juden im April vorigen Jahres.

### Italienische Deputiertenkammer.

Rom, 22. Februar. (B. T. N.) Santini bringt eine Interpellation ein, welches Vorgehen die Regierung bei dem russisch-japanischen Kampfe eingeschlagen habe oder einzuschlagen beabsichtige im höheren Interesse des Friedens, zum Schutze der italienischen Unterthanen und des italienischen Handels und zur Verteidigung des berechtigten Einflusses Italiens auf die internationale Politik. — Minister des Aeußern Tittoni erklärt darauf, er könne nur auf die Neutralitäts-Erklärung Italiens verweisen; der Minister legt entscheidende Verwahrung gegen Aeußerungen Santinis ein, die nicht im Einklang mit den zwischen Italien und Rußland bestehenden Beziehungen ständen, die die freundschaftlichen seien und welche Italien unverändert erhalten wolle. (Weisf.)

Magdeburg, 22. Februar. (B. G.) Der hiesige Arbeiterstreik ist beendet. Die Kassenärzte nehmen morgen ihre Thätigkeit als solche wieder auf.

Tientsin, 22. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Bis jetzt ist die angekündigte Entsendung kaiserlich chinesischer Truppen von hier nach der Grenze nicht erfolgt. Als wahrscheinlicher Grund wird angesehen, daß Rußland sich weigere, Gewächse zu leisten, daß die Gegend am Liau-Flusse, falls es dort zu Feindseligkeiten kommt, als neutral angesehen werde.

Reichstag.

80. Sitzung. Montag, 22. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kraetke. Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abgeordneten Krösel (Antif.), Fusangel (C.) und Gerstenberger (C.) wegen Uebertretung der preussischen Verordnung über das Vereins- und Versammlungsrecht und Beleidigung wird nicht erteilt. Darauf wird die zweite Beratung des Reichshaushalts-Etats beim Etat der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung fortgesetzt.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) verlangt für die Geheimen expedierenden Sekretäre den Titel „Postrat“. Der jetzige Titel „Rechnungsrat“ sei angelehnt an die höhere Vorbildung dieser Beamten irreführend. Ferner fragt Abg. Eichhoff an, was mit den auf Postpaket-Adressen befindlichen, zum Teil recht wertvollen Marken geschieht.

Staatssekretär Kraetke erwidert, daß sie zum Zwecke der Vervollständigung des Postmuseums verwendet werden. Die nächsten aufgerufenen Redner Krösel (Antif.), Werner (Antif.) und Dasbach (C.) sind nicht antwortend. (Heiterkeit.)

Abg. Bahig, der mit dem Rufe „ist auch nicht da“ empfangen wird, verzichtet aufs Wort.

Die Abgg. Eichhoff und Müller-Sagan (fr. Sp.) verlangen bessere Wohnungen und höhere Entschädigungen für die in den Kolonien beschäftigten Telegraphenbeamten.

Staatssekretär Kraetke: Ich weiß nicht, ob die Vorredner mit dem Hinweis auf die zerrüttete Gesundheit der in den Tropen beschäftigt gewesenen Beamten auf meine eigne Abdrucksbedürftigkeit hinweisen wollten. (Heiterkeit.) Jedenfalls freue ich mich, daß gerade ein Mitglied dieser Partei für Erhöhung der Kolonialaufgaben eintritt. (Heiterkeit.)

Bei dem Titel: Post- und Telegraphengehilfen weist Abg. Singer (Soc.) auf die schon im Vorjahr von ihm gerügte übermäßig lange Arbeitszeit dieser Beamten hin, die zu schweren Krankheiten, insbesondere der Nerven führe, und verlangt statistische Auskunft über diese Verhältnisse. Dabei hätte in einem Falle von achtzehn angestellten Damen nur eine Entschädigung für die Zeit der Krankheit erhalten, viele wurden einfach entlassen. Selbst acht Stunden Dienstreit seien bei so nervenzerrüttender Arbeit zu viel. Auch sei es peinlich für die Damen, daß sie, wenn sie ihren Platz verließen, den Grund dafür auf einen Zettel schreiben mußten.

Unterstaatssekretär Sydow verteidigt die Verwaltungspraxis. Seien die Damen nicht entschädigt worden, so seien sie nur für den Telegraphendienst unbrauchbar, sonst aber in ihrer Erwerbsfähigkeit nicht beeinträchtigt. Man werde dahin streben, nach einer kurzen Probezeit die Damen mit Anspruch auf Unfall- und Krankheitsentschädigung fest anzustellen. Die Arbeitszeit betrage durchschnittlich knapp sieben Stunden.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) verlangt Vereinfachungen im Telefonanruf, um den Dienst der Telefonstationen zu erleichtern. Aus dem Schweigen des Staatssekretärs über den Titel „Rechnungsrat“ schließe ich, daß er unierer Anregung zustimmt.

Staatssekretär Kraetke bittet, aus seinem Schweigen keine Schlüsse zu ziehen. (Heiterkeit.)

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.) bringt Beschwerden der Postapparat-Schaffner darüber vor, daß sie nicht zu den gehobenen Stellen zugelassen werden.

Abg. Singer (Soc.) teilt mit, daß ihm von sehr vielen Beamten das als Maximum der Sonntagsruhe bezeichnet worden sei, was der Staatssekretär als Minimum bezeichnet habe, namentlich die Freigabe jedes vierten Sonntags. Unter Hinweis auf das Berliner Postamt 19 ersucht Redner den Staatssekretär, sich von der Durchführung seiner allgemeinen Vorschriften zu überzeugen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) bittet auch die Diensträume und Wohnungen der Beamten bei allen neuen Postbauten in die Centralheizung einzubeziehen. Redner regt an, allen Unterbeamten kostenlose ärztliche Behandlung zu teil werden zu lassen.

Staatssekretär Kraetke: Ich wünschte, ich hätte keine Centralheizung; aber im allgemeinen werden jetzt auch die Dienstwohnungen damit versehen. Daß die Abgg. v. Gerlach und Singer Briefe der Postbeamten bekommen, wundert mich nicht; bei jeder Kleinigkeit denken sich eben gewisse Beamte, wir haben im Reichstage Fürsprecher. Bei den Bestimmungen über Sonntagsruhe und Arbeitszeit darf man nicht schematisieren.

Abg. Böcker (Antif.) begrüßt die Erhöhung der Gehälter der Landbriefträger, will aber von vornherein Einspruch dagegen erheben, daß bei einer späteren allgemeinen Gehaltserhöhung der Postbeamten die Landbriefträger übergangen würden. Besonders im Osten bildeten die Landbriefträger einen wichtigen Kulturfaktor, der Dienst sei äußerst schwierig.

Abg. Dr. Bahig (natl.) erklärt, daß seine Freunde auf die Geltendmachung einzelner Beamtenwünsche verzichteten, weil daraus auf die Bedrohung einer Beamtenkategorie von der anderen geschlossen werden könne. Hoffentlich würde diese Zurückhaltung im Lande nicht mißverstanden werden.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Ich möchte bitten, im nächsten Jahre die Stellenzulagen für Assistenten entsprechend der Vermehrung dieser Beamten zu vermehren, damit diese Beamtenklasse wieder auf den Stand von 1890 komme, wo auf jeden Assistenten durchschnittlich ein Betrag von 10,29 M. entfiel. Auch für die Bureau- und Rechnungsbeamten II. Klasse müßten die Stellenzulagen vermehrt werden.

Titel 29b: Zu widerruflichen, nichtpensionsfähigen Gehaltszulagen an die in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen Westpreußen angestellten mittleren Kanzlei- und Unterbeamten sowie zu widerruflichen Pensionszulagen für die in diesen Landesteilen angestellt gewesenen und dort verbleibenden Beamten dieser Kategorien 680 100 M. („Ostmarkenzulagen“) und Titel 29c: Zu Erziehungsbeihilfen an höhere Beamte in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen 6000 M. beantragt die Kommission zu streichen.

Ein Antrag v. Romann (l.) will die Regierungsvorlage wieder herstellen und die Titel 29b und 29c bewilligen.

Abg. v. Tiedemann (Rp.): Es handelt sich hier um keine politische Frage, sondern um eine Frage der ausgleichenden Gerechtigkeit. Sämtliche Regierungs-, Gerichts-, Steuer- und Eisenbahnbeamte in Posen und Westpreußen erhalten die Zulagen, nur die Postbeamten nicht. Das ist auf die Dauer nicht haltbar, zumal gerade die Postbeamten am meisten unter der Ungunst der Verhältnisse im Osten zu leiden haben. Eine korruptierende Wirkung der Ostmarkenzulagen vermag ich nicht einzusehen. Es liegt und ein Antrag Liebermann v. Sonnenberg auf Streichung des Wortes „widerruflichen“ vor. Ich selbst hatte die Absicht, einen solchen Antrag einzubringen, habe aber davon abgesehen, weil meine politischen Freunde wie auch die Deutschamerikanischen Bedenken in der Richtung hatten, daß durch diesen Antrag die Disparität zwischen Reichs- und preussischen Beamten, auf einem andern Gebiete wieder hergestellt würde. Ich werde deshalb mit meinen politischen Freunden gegen den Antrag Liebermann stimmen. Sollten die Titel abgelehnt werden, so bitte ich den Reichskanzler, sich mit dem preussischen Ministerpräsidenten dahin zu verständigen, daß bei der Vorlegung des nächsten preussischen Etats die Zulagen der Postbeamten und der übrigen Reichsbeamten auf den preussischen Etat übernommen werden. Das ist nichts so Außergewöhnliches: im vorigen preussischen Etat wurden für die erste Einrichtung der Garnisonen Briesen und Schrimm 2 900 000 M. bewilligt. Ich bitte um Wiederherstellung der Regierungsvorlage. (Beifall rechts.)

Abg. Friese-Düffelhof (C.): Ich bitte den Reichskanzler, diesem Wunsch des Herrn v. Tiedemann nicht zu entsprechen. Daburch

würde eine Diskrepanz zwischen Reichstag und preussischem Landtag hervorgerufen werden, die sehr nachteilig wirken müßte. Meine politischen Freunde werden, wie in der Kommission, so auch jetzt für den Kommissionsantrag stimmen. Wir sehen in diesen Zulagen nur ein Glied in der Kette der preussischen Polenpolitik, die wir stets bekämpft haben. Die im Osten betriebene Schulpolitik hat die bisher königstreue oberklassige Bevölkerung grotzentheils in das polnische Lager getrieben. Auch die Anstufungspolitik im Osten bekämpfen wir. Die Widersprüchlichkeit der Zulagen würde für die Beamten eine stete Quelle der Angst sein. Aber auch wenn die Widersprüchlichkeit der Zulagen gestrichen würde, so würden wir trotzdem gegen die Zulagen stimmen.

Abg. v. Staudy (l.): Wenn das erfüllt würde, was Herr Friese von den Polen verlangt, dann gäbe es keinen Kampf in den östlichen Provinzen mehr. Soll ich aber Herrn Friese daran erinnern, daß die polnische Agitation sich auf Oberschlesien gestützt hat, ja, sogar auf das evangelische, königstreue Masuren? Die öffentliche Ordnung, die durch die polnische Agitation gefährdet wird, muß aufrecht erhalten werden. Die vorliegende Forderung aber ist keine politische, sondern eine sachlich-finanzielle. In Preußen waren die Ostmarkenzulagen eine politische Forderung (Wah! bei den Polen), die Forderung für die Postbeamten hier im Reichstag bildet nur die finanzielle Konsequenz davon. Herr Friese sprach von einer „Diskrepanz“ zwischen Landtag und Reichstag, die durch die Uebernahme der Zulagen für die Postbeamten auf den preussischen Etat entstehen würde. Besteht aber denn keine Diskrepanz, wenn, wie jetzt, der Reichstag den Versuch macht, den Landtag zu desavouieren? (Große Unruhe und Widerspruch im Centrum und links.)

Wir wissen alle, wohin die polnische Bewegung zielt. Das Centrum beschuldigt die heutige Polenpolitik der Härte. Ist aber je ein größerer Mißerfolg erzielt worden als im das Centrum mit seiner polenfreundlichen Haltung erzielt hat. Ein polnisches Blatt hat die Wahl Korantys in Schrimm-Schroda als künftigen Faustschlag ins Gesicht des Centrum bezeichnet. (Unruhe im Centrum.) Aufhebende Strafen ohne Inhalt und schwere Beleidigungen jedes preussischen Gefühls haben zu der völligen Einigkeit meiner Fraktion in dieser Frage geführt. Wir wollen im Osten ein starkes Deutschland, an das keine Agitation herankommen kann. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Kraetke: Ich kann mich dem warmen Appell des Vorredners nur anschließen. Von allen Parteien ist anerkannt worden, daß die Beamten in den östlichen Provinzen sich in einer schwierigen Lage befinden, und daß es notwendig ist, dort vorzügliches Personal zu verwenden. Bei den Post- und Telegraphenbeamten handelt es sich doch wirklich nicht um politische Beamte. Ihre Lage ist schwieriger als die der preussischen Beamten, weil sie auf mehr kleine Ortschaften verteilt sind, weil die preussischen Beamten die Zulage beziehen und weil es gar nicht anders möglich ist, als daß daraufhin höhere Preise gefordert werden. In manchen Gegenden ist der Einkauf von Lebensmitteln und das Warten von Wohnungen ihnen ohne Kenntnis der polnischen Sprache geradezu unmöglich. Dabei beschäftigen wir jetzt zahlreiche Assistenten, die auf Mietwohnungen angewiesen sind. Sie haben in den letzten Tagen so vielfach Ihr warmes Herz für die Post- und Telegraphenbeamten bezeugt. Trotzdem die Zulage nur widerruflich sein soll, bitten die Postbeamten um sie. Sie sehen also keine Gefahr in der Widerruflichkeit dieser Zulage.

Abg. v. Jazdzewski (Pole): Ich wundere mich, daß die konservative Fraktion gerade den Abg. v. Staudy zum Redner bestimmt hat; sein Mund überschreit von Freundschaft, aber seine Zeh ist zu jeder Unterdrückung der Polen jederzeit bereit. Die preussische Regierung war nie schwankend in der Polenpolitik: Trotz aller Widersprüche in den Mitteln war ihr Ziel immer dasselbe. Um so sonderbarer berührt es, wenn man diese Ostmarkenzulage als unpolitisch hinstellen will. Im Vorjahre hat im Landtag die freikonservative Partei ebenso wie die Regierung diese Zulagen als politisch bezeichnet; jetzt im Reichstage will man entgegen den amtlichen Motiven diesen Charakter verwischen. Der Staatssekretär kann doch nicht verlangen, daß der Reichstag die Konsequenzen einer Politik zieht, die er in seiner Mehrheit als ganz verfehlt und unheilvoll betrachtet.

Abg. Singer (Soc.): Die Polenpolitik der preussischen Regierung erstreckt in ihrer neuesten Entwicklungsphase nicht mehr und nicht weniger, als die Polen aus dem Lande hinauszuerwerfen. Das jetzt im preussischen Abgeordnetenhause eingegangene Anstufungsgesetz trägt diesen Stempel einer Ausnahmemaßnahme in schärfster Weise. Aber diese Politik wird nicht eher ein Ende nehmen, als bis sich die preussische Regierung von der Dummheit dieser Politik überzeugt hat.

Diese Politik muß immer mehr die Erbitterung der Polen erregen. Herr v. Tiedemann suchte Angerufen die Frage der Ostmarkenzulagen des politischen Charakters zu entkleiden. Aber jedermann hier im Hause sieht doch ein, daß die Zulagen eine politische Tendenz haben. Die Unterbeamten sollen durch widerruflich gegebene Zulagen in den Dienst einer bestimmten politischen Richtung gezwungen werden. Der dem Wunsche der Regierung in Bezug auf die Behandlung des polnischen Publikums nicht nachkommend, setzt sich der Gefahr aus, daß ihm die Zulage wieder entzogen wird. In dieser Widerruflichkeit liegt ein ganz raffiniertes System (Sehr richtig!) bei den Socialdemokraten., das noch viel schlimmer ist, als die Zulage an sich. Dadurch bringen Sie in das Beamtenkorps den Geist der Korruption hinein. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Beamten werden zu der Auffassung erregt, daß sie nicht nur ihre Pflicht zu erfüllen, sondern auch die jeweilige Politik der Regierung zu unterstützen haben. Das ist eine Vorlage mit solcher Tendenz und solcher Wirkung von uns nicht gebilligt werden kann, versteht sich ganz von selbst. Der Staatssekretär verteidigte die Zulagen damit, daß die den preussischen Beamten bereits gewährten Ostmarkenzulagen die Preise der Lebensmittel und der Wohnungen verteuert hätten. Wenn das die Wirkung einer Zulage wäre (Zuruf rechts: Hat er garnicht gesagt!), so dürften wir niemals einem Beamten eine Zulage gewähren, denn dann hätten die Beamten nichts davon. Das, was der Staatssekretär über die wirtschaftliche Lage der Beamten in den östlichen Provinzen gesagt hat, trifft auf alle Beamten zu und müßte konsequenterweise dazu führen, daß der Staatssekretär beim Reichshaussekretär Zulagen für sämtliche Unterbeamte der Post durchsetzte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir werden stets bereit sein, den Unterbeamten Zulagen für das zu gewähren, was sie dienlich zu leisten haben und ihr Einkommen in ein gerechtes Verhältnis zu dem zu setzen, was sie für ihre Familie brauchen, aber Zulagen, die der Würde der Beamten selbst widersprechen, können wir nicht billigen. Nach den Worten des Herrn v. Tiedemann müßte der Reichstag alles das nachmachen, was Preußen ihm vormacht. (Zuruf: Diäten! Heiterkeit.) Ja, bei den Diäten haben die Herren Konservativen es keineswegs so eilig, Preußen zu folgen.

Wie viele Bestrebungen, die Lage der Reichsbeamten aufzubessern, sind nicht schon an der Verunsicherung auf Preußen gescheitert! Und wenn man uns droht mit einer Diskrepanz zwischen Reichstag und Landtag, so kann sich der Reichstag eines solchen Verbrechens ruhig schuldig machen. Ja, gerade der Zweck dieser Ablehnung besteht darin, den Landtag zu desavouieren, ihm zu zeigen, daß die Mehrheit dieses Hauses mit der ostländischen Polenpolitik des preussischen Landtages und der preussischen Regierung nicht einverstanden ist. (Beifall bei den Socialdemokraten.) Wenn die verbündeten Regierungen darin willigten, daß die Ausgaben, die der Reichstag ausdrücklich abgelehnt hat, in den preussischen Etat eingestellt werden, würden sie sich einer illegalen Handlung schuldig machen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Daß die

Rechte dieses Hauses die Regierung zu einer illegalen Handlung aufzureizen will, kann ich mir nicht denken. Jedenfalls werden wir uns wegen dieser Verspottung nicht einen Augenblick bedenken, die Forderung abzulehnen. Gegen diese Bewilligung durch den Landtag würde sich ein Sturm der Entrüstung erheben. Wenn wir eine Politik der Bosheit betreiben, können wir nur die Annahme der Vorlage wünschen, denn sie wird auch unter den Beamten eine so große Unzufriedenheit erregen, daß den Parteien, die sie jetzt befürworten, die Luft daran vergehen dürfte. Gerade dem Frieden im Osten dienen wir durch Verweigerung der Vorlage. Und jeder, der den Frieden wünscht, muß mit uns die preussische Politik bekämpfen, die gar keine großen Ziele mehr hat, sondern nur noch einzelne Persönlichkeiten mit Kadefischen traktiert. Die Angriffe sind so frivol, daß die Polen sich wie ein Mann dagegen erheben müssen. Sie müssen ihre „heiligsten Güter“, die Mutterprache wahren. Wenn man an die Nichtbestellung der Briefe und an das Verbot der polnischen Sprache in den Prozessen denkt, so wirkt es geradezu komisch, wenn von Seiten der Regierung behauptet wird, die Polen händelten die Deutschen. Umgekehrt ist es der Fall. Und weil die Vorlage ein Glied in der Kette dieser Chikanen ist, darum werden meine Freunde sie ablehnen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Ich leugne keineswegs, daß diese Forderung eine Folge der preussischen Polenpolitik ist, die wir stets unterstützen werden. Jetzt verfolgt die Regierung eine kräftige konsequente Abwehrpolitik gegen die polnische Agitation, die sich längst bemerkbar gemacht hat, ehe die preussische Regierung ihre Maßnahmen ergriff. Die Selbstbestimmung des Deutschtums ist erst die Reaktion auf diese nationalpolnische Bewegung. Die Regierung erfüllt nur ihre Pflicht, wenn sie dagegen das Deutschtum stützt.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Wir stimmen nur dann für die Vorlage, wenn das Wort „widerruflich“ gestrichen wird. Sonst müssen wir uns gegen die Zulagen erklären. (Beifall bei den Antikemiten.)

Abg. Gamp (Rp.): Ich muß doch Betwahrung dagegen einlegen, daß Herr Singer sich für berechtigt hält, für die Würde der Postbeamten im Osten einzutreten. Die Beamten wünschen die Ostmarkenzulagen und werden sich eine Wahrung ihrer Würde durch Herrn Singer nicht gefallen lassen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Herr v. Jazdzewski wird mir zugesehen, daß ich nie zu den Polensklämpfern gehard habe —, ich bin eine sehr friedliche Natur. (Große Heiterkeit.) Aber warum schreiben die Polen Adressen, die der deutsche Postbeamte mit dem besten Willen nicht verstehen kann? (Unruhe und Widerspruch bei den Polen.) Deutsche Namen werden in ganz unverständlicher Weise polonisiert. Es liegt doch auf der Hand, daß der Postdienst im Osten zwei- oder dreimal so schwer ist als der Dienst in andern Gegenden. Sie (zu den Polen) sollten doch dankbar dafür sein, daß Sie die besten Postbeamten bekommen sollen. (Heiterkeit.) Die Beamten bekommen die Zulage, damit sie möglichst lebenswürdig und anwohnend gegen die Polen sind. (Schallendes Gelächter v. d. Polen und links.) Die Ostmarkenzulagen sind durchaus berechtigt. Im Westen haben die Beamten alle Annehmlichkeiten: schöne Gegend und schöne Weine. (Große Heiterkeit.) Nehmen Sie die Forderung an! (Beifall rechts.)

Abg. Dove (fr. Sp.): Meine Freunde werden gegen die Zulagen stimmen, gleichviel ob sie widerruflich oder unwiderruflich sind. Zwar werden wir für den Antrag Liebermann stimmen, uns aber dadurch nicht veranlassen lassen, für die Statposition einzutreten. Die Ostmarkenzulagen bringen das Prinzip: „do ut facias“ in die Beamtenschaft hinein. Dagegen legen wir Betwahrung ein. (Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion. Der Eventual-Antrag Liebermann v. Sonnenberg wird angenommen, die Regierungsforderungen im Titel 29b und 29c aber entsprechend dem Kommissionsantrag abgelehnt. Für die Bewilligung stimmen Konservativ, Reichspartei und Nationalliberale.

Beim Titel „Posthilfsstellen“ bemängelt Abg. v. Gerlach (Hosp. d. fr. Sp.), daß im Bezirk Kassel Postboten, die seit 1899 beschäftigt sind, noch heute einen Tagelohn von 1,80 M. bekommen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Es läge im Interesse der Postverwaltung selbst, daß solche Leute nach jahrelanger Thätigkeit fest angestellt werden.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel Deckung von Verlusten am Eigentum der Post rügt Abg. Erzberger (C.), daß vielfach Postbeamten für Verlust der Post erspottlich gemacht würden, obwohl sie gar kein Verschulden an dem Verlust treffe.

Staatssekretär Kraetke erwidert, daß die Reichspostverwaltung nur gegen Beamte vorgehe, wenn wirklich ein Verschulden derselben vorliege. Jeder Fall werde eingehend geprüft.

Der Titel wird bewilligt; ebenso der Rest der fortbauenden Ausgaben.

Es folgen die einmaligen Ausgaben.

Für die Herstellung einer Telegraphenlinie im Innern von Deutsch-Ostafrika von Tabora nach Ujiji (Fortsetzung der bereits bestehenden Linie von Dar-es-Salaam über Uspuwa nach Tabora) werden als erste Rate 300 000 M. gefordert.

Die Kommission beantragt die Forderung zu streichen.

Abg. Dr. Spahn (C.) befragt diesen Antrag. Die Vergrößerung der Regierung, daß die von Süden und Norden durch Deutsch-Ostafrika geplante Telegraphenlinie der Transcontinental Telegraph Company Ujiji erreicht habe und daß der Anschluß des deutschen Telegraphennetzes namentlich mit thalischer Beschleunigung hergestellt werden müsse, ist nicht stichhaltig.

Staatssekretär Kraetke: Ich möchte das Haus bitten, wenn gegenwärtig keine Reizung bestehen sollte zur Bewilligung der Linie Tabora-Ujiji, denselben Betrag von 300 000 M. zur Herstellung der Telegraphenlinie Tabora-Mwawa zu bewilligen.

Abg. Dr. Spahn (C.): Nach den Ausführungen des Staatssekretärs beantrage ich unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß damit auf die Linie Tabora-Ujiji verzichtet wird, im Dispositiv des Etats einzustellen, statt: „nach Ujiji“ „aber St. Michael nach Mwawa“ und mit dieser Veränderung die Position anzunehmen.

Abg. Dr. Sattler (natl.) beantragt die Position mit dem Antrage Spahn an die Kommission zurückzuerweisen.

Der Antrag Dr. Sattler wird nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte angenommen. Der Rest der einmaligen Ausgaben ohne Debatte bewilligt.

Bei den Einnahmen bittet Abg. Singer (Soc.) den Staatssekretär, den Krankenkassen dieselben postalischen Erleichterungen zu teil werden zu lassen wie den Berufsvereinigungen und den Versicherungsanstalten.

Abg. Gräber (C.) befragt nochmals die Resolution Erzberger auf Postfreiheit der Soldatenpakete.

Staatssekretär Kraetke erklärt, auf seinem ablehnenden Standpunkt verharren zu müssen.

Abg. Grenter (natl.) wünscht Ermäßigungen im Fernsprechverkehr.

Unterstaatssekretär Sydow rechtfertigt das jetzige Gebührensystem. Der Einheitsstarf könne kaum herabgesetzt werden. Gewisse kleine Unebenheiten müsse man mit in den Kauf nehmen. Die Einnahmen werden bewilligt, die Centrumsvorlage auf Postfreiheit der Soldatenpakete angenommen.



# III. Wahlkreis.

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung des Wahlvereins**  
in Franks Festsälen, Sebastianstraße 39.  
Tages-Ordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten  
Schöppin: „Der Krieg in Ostafrika“. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch erwünscht. Gäste willkommen.  
Donnerstag, 25. Februar: Zahlabend in den bekannten Lokalen.  
Der Vorstand.

# Achtung! 5. Wahlkreis! Achtung!

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr,  
im Schweizergarten, Königsthor (Friedrichshain):  
**Volks-Versammlung.**

Tagesordnung:  
1. Alkoholismus und Klassenkampf.  
Referent: Genosse Dr. Frölich aus Wien.  
2. Diskussion.  
Zahlreiches Erscheinen erwarten Die Vertrauensleute.

# Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Zwei Versammlungen**

1. Wedding: „Köliner Hof“, Kölinerstr. 8.  
Tagesordnung: Vortrag des Genossen Wetzker über: „Das  
Verbrechen und seine Bekämpfung.“ 2. Diskussion.  
2. Rosenthaler Vorstadt: Bei Hensel, Annalindenstr. 1a.  
Tagesordnung: Vortrag des Genossen Bartels über: „Ent-  
wicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.“ 2. Diskussion.  
In beiden Versammlungen haben Gäste, auch Damen, Zutritt.  
Zu zahlreichem Besuch laden ein Der Vorstand.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der nächste Zahlabend am Mittwoch,  
den 9. März, stattfindet. 246/9

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
**Achtung! Einsetzer. Achtung!**  
Heute, Dienstag, den 23. Februar, abends 8 Uhr:

# Ausserordentliche Versammlung der organisierten Einsetzer Berlins u. Umgeg.

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal IV.  
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Verhandlungskommission über  
das Ergebnis der Tarifgemeinschaft mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion.  
3. Mitgliedsbuch jeder Organisation legitimiert. Ohne  
dasselbe kein Eintritt. 4. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. — Die Kommission erscheint  
um 7 Uhr. Der Obmann.

# Bezirk Friedrichsberg. Achtung! Bautischler. Achtung!

Heute, Dienstag, den 23. Februar, abends 6 1/2 Uhr:  
**Bautischler-Versammlung**  
bei Lutterbüse, Friedrichsbergstr. 11.

Die Kollegen, die in Friedrichsberg arbeiten, sind hierdurch  
besonders eingeladen. — Die Tagesordnung wird in der Versammlung  
bekannt gemacht. [79/14] Die Kommission.

# Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung der Drechsler

im Gewerkschaftshause (Saal VIII), Engel-Ufer 15.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Stusche.  
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

# Branche der Modell-Fabrikantischer. Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstr. 13:

**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Wollheim:  
„Stille Luft“. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Kommission.

# Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung der Stellmacher

bei Pfeffer, Rosenthalerstr. 57.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Wollheim:  
„Lebenshaltung und Menschenrecht“. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Ver-  
schiedenes. Die Kommission.

# Achtung! Achtung! Dienstag, den 23. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:

in Schmidts Gesellschaftshaus, Gartenstr. 13:  
**Volks-Versammlung.**

Tages-Ordnung: „Unsere Waffen im Befreiungskampfe  
des Proletariats“. Referent: Reichstags-Abgeordneter v. Elm.  
Diskussion. 106/5  
Am Mittwoch, den 3. März, spricht Genossin Steinbach-Hamburg  
im „Zwinnmünder Gesellschaftshaus“, Zwinnmünderstr. 42.  
Um zahlreichem Besuch bittet Der Einberufer.

# Die Tuchfabrik-Niederlage

# Verband der Wäsche- und Krawattenbranche Deutschlands. (Filiale Berlin.)

Mittwoch, den 24. Februar 1904, pünktlich abends 8 1/2 Uhr  
**Fortsetzung der General-Versammlung**  
in den Luna-Sälen, Neue Königstr. 7.

Tages-Ordnung:  
1. Wahl der örtlichen Verwaltung. 2. Beratung des Verbands-Statuts.  
3. Abrechnung von der letzten Urania-Vorstellung. 4. Wahl eines ständigen  
Verbands-Komitees. 5. Verschiedenes.  
Kollegen und Kolleginnen! Aus obiger sehr wichtigen Tagesordnung  
erhebt sich die Pflicht eines jeden ist. Wir bitten, den erhaltenen Statutenentwurf mitzubringen.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Man beachte § 7 des Statuts.  
Die Ortsverwaltung.  
J. H.: P. Keller, Vorsitzender, Greifswalderstr. 218.

# Sonntag, den 27. Februar 1904: Grosses Kostümfest

in den Gefamträumen der Brauerei Friedrichshain.  
Ein Sommertag in Buddewitz.  
Der Saal ist festlich dekoriert.  
Um Mitternacht:  
Gastspiel des Cirkus Sardadelli.  
Sensationell! Noch nie dagewesen!  
Sprung über 12 Pferde durch'n Reifen.  
„Pierrot-Quadrille“  
ausgeführt von 16 Kindern.  
Ferner: Vortreten der sehr beliebten urkomischen  
Buddewitzer Sänger-Gesellschaft.  
Aus dem Festplatz:  
Rutschbahn, Riesenfernrohr, Würfel-, Gurken-, Schiessbuden  
sowie andre Lustbarkeiten.  
Dem Fest entsprechende Kopfbedeckungen sind am Platze.  
Die Teilnehmer werden gebeten, in möglichst originellen Sommer-  
kostümen zu erscheinen.  
Anfang 8 Uhr 50 Minuten. Eintritt 1/2 Mark.  
Billets sind bei den nachfolgenden Komitee-Mitgliedern: Paul Keller,  
Greifswalderstr. 218, v. 2 Tr., Karl Ue, Kastanien-Allee 56, v. 4 Tr., Fran  
Lahnholz, Oberbergerstr. 37, v. 1 Tr., Max Jemle, Neu-Weihenlee, Bübelm-  
straße 47a, v. 1 Tr., Max Stanowitsch, Köchlestr. 48, v. 1 Tr., Emil Hubold,  
Straußbergerstr. 13, v. 2 Tr., Paul Kehl, Straußbergerstr. 2, v. 4 Tr.;  
ferner bei Ue, Köchlestr. 24, Dergt, Landwehrstr. 1, Mündner, Linien-  
straße 19, bei den Vorstandsmitgliedern, den Vertrauenspersonen und  
Zahlstellen zu haben. 251/2

# Sonntag, den 27. März 1904, nachmittags 1 Uhr: Urania-Vorstellung

Taubenstraße 47/48.  
„Die deutsche Ostseeküste von den Wanderdünen  
bis zum Alsenund.“  
Billets a 60 Pfennig sind in allen bekannten Stellen zu haben.  
Die Ortsverwaltung.  
J. H.: Paul Keller, Vorsitzender, Greifswalderstr. 218.

# Verein für soziales Genossenschaftswesen. Dienstag, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr präcise: Versammlung

im Englischen Hof, Neue Köstr. 3.  
Tages-Ordnung: 296/16  
Die Organisation des Berliner Konsumvereinswesens.  
Die Kapitalbeschaffung, Referenten die Herren Steinschneider und Mücke.  
Diskussion. — Vereinsangelegenheiten.  
Gäste sind willkommen.

# Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend. Mittwoch, den 24. Februar 1904, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung

im „Fürstehof“, Köpnickstraße Nr. 137.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Friedländer-Dreuer. 2. Diskussion.  
Es ist Pflicht eines jeden Vereinskollegen mit seiner Frau zu erscheinen. Gäste haben  
Zutritt! 186/8 Der Vorstand.

# Zweigverein Berlin. Mittwoch, den 24. Februar 1904, abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29: General-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Zahlstellen der Maurer, sowie der Section der Putzer und der  
Section der Gips- und Cementbranche, gleichzeitig der Gruppe der Fliesenleger.  
Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1903. 2. Wahl der Delegierten  
zu der am 6. März stattfindenden Gaukonferenz. 3. Diskussion über die zur Zweigvereins-Verwaltung vor-  
geschlagenen Kandidaten.  
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt. 130/20\*  
Um regen Besuch erlucht Der Zweigvereins-Vorstand.

# Central-Verband der Zimmerer. Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4, Nr. 2789.  
Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:  
**Grosse ausserordentliche Versammlung**  
aller Bezirks-Zahlstellen Berlins und der Vororte.  
Tages-Ordnung:  
Die Socialpolitik im Deutschen Reich. Referent Reichstags-Abgeordneter August Bebel.  
Wir ersuchen unsere Mitglieder dringend, recht pünktlich und vollständig zu erscheinen.  
Der Vorstand. J. H.: W. Witt. 254/5

# Central-Verband der Zimmerer. Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 32. Fernsprecher: Amt 4, Nr. 2789.  
Donnerstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:  
**Grosse ausserordentliche Versammlung**  
aller Bezirks-Zahlstellen Berlins und der Vororte.  
Tages-Ordnung:  
Die Socialpolitik im Deutschen Reich. Referent Reichstags-Abgeordneter August Bebel.  
Wir ersuchen unsere Mitglieder dringend, recht pünktlich und vollständig zu erscheinen.  
Der Vorstand. J. H.: W. Witt. 254/5

# WAS IST EUREKA?

Antwort siehe Rückseite!

# Steinarbeiter!

Donnerstag, 25. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engel-Ufer 15, Saal I: 172/6\*  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Anträge und Delegiertenwahl zum Verbandstag. 2. Bericht der  
Lohnkommission über die Verhandlungen mit der Innung. — Ohne  
Mitgliedsbuch kein Zutritt. Da jedenfalls wichtige Beschlüsse  
gefasst werden, erwartet zahlreicher Besuch Die Ortsverwaltung.

# Fliesenleger-Hilfsarbeiter!

Verband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl.  
Dienstag, 23. Februar, abends 7 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 20:  
**Gruppen-Versammlung der Fliesenleger-Hilfsarbeiter.**  
Tages-Ordnung:  
1. Der Stand unserer Bewegung und unsere weitere Stellungnahme.  
2. Verschiedenes.  
Gesperrt sind die Firmen Villeroy & Boch; E. Ende; Rosenfeld & Co.  
und Bielski & Co.  
Das Erscheinen aller Fliesenleger-Hilfsarbeiter ist erforderlich.  
Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heldmann.

# Achtung! Bauhandwerker. Achtung!

Seit dem 16. d. M. stehen die Fliesenleger-Hilfsarbeiter in  
einer Lohnbewegung. Alle Versuche seitens der Organisation, auf  
gütlichem Wege eine Regelung der Sache herbeizuführen, lehnte die  
Mehrheit der Arbeitgeber entschieden ab. 32/15  
Da nun ein Teil der Arbeitgeber die Forderung der Arbeiter  
bereits unterschriftlich anerkannt hat, so hat die Organisation rote  
Arbeitsberechtigungskarten ausgegeben.  
Wir richten deshalb das Ersuchen an die organisierten Arbeiter  
der Bauberufe, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, indem sie die  
auf den Bauten beschäftigten Fliesenleger-Hilfsarbeiter nach der  
Berechtigungskarte befragen.  
Jeder Fliesenleger-Hilfsarbeiter, der ohne diese Karte angetroffen  
wird, arbeitet entgegen den Forderungen der Streikenden und läßt  
sich somit als Arbeitwilliger bezeichnen.  
Die Ortsverwaltung  
des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter.  
Wir bringen zur Kenntnis, daß die diesjährige 2031b

# Ordentliche Generalversammlung

am Sonntag, den 6. März 1904,  
in unserem Geschäftslokal  
Grüner Weg 56 (Badriftgebäude)  
partiere, stattfindet.  
Tages-Ordnung:  
1. Vorlage des Jahresabschlusses.  
2. Renewal des Vorstandes und  
Kassendirektors.  
3. Statutenänderung.  
4. Anträge.  
5. Geschäftliches.  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand

# Genossenschafts-Tischlerei Ostend

(Eingetragene Genossenschaft mit  
beschränkter Haftung)  
Paul Lehmann, H. Breilbarth,  
Geschäftsführer. Kassierer.  
Wir machen darauf aufmerksam,  
daß die Bilanz den Genossen im  
unserem Comptoir, Grüner Weg 56,  
zur Einsicht vorliegt. D. D.

# Gesichtspickel.

Milteser, Haut- u. Nasenröte,  
Hautunreinigkeiten, Sommer-  
sprossen, Leberflecke, Mutter-  
male, Gesichtswarzen etc.  
worden unter Garantie  
durch glänzend bewährte Special-  
mittel beseitigt. Preis nebst wissen-  
schaftl. Ratgeber über rationelle  
Schönheitspflege M. 2.50. 12jähriger  
Erfolg! Otto Reichel, Berlin 32,  
Eisenbahnstrasse 4.  
5 3/4 Pfund Brot  
6 Sachware 50 Pf.  
6 Stück 10 Pf.  
Albrechts Bäckereien:  
Wrangeistrasse 9, Krautstrasse 19,  
Falkenkreuzstr. 28, Lanierstr. 2,  
Bertholdstr. Bäckerstr., Stand 222/23,  
Rackhalle Andreasstr., Stand 16/18.

# Koch & Seeland

Berlin C., Ross-Strasse 2  
verkauft spottbillig  
direkt an Private  
**Herren-Stoffe**  
für Anzüge, Paletots, Kinderanzüge etc.  
Damen-Kostüme.  
Damen-Tuche, feinste Glanzware.



Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung, Montag, 22. Februar 1904, 12 Uhr.

Am Ministerische: Justizminister v. Schönstedt und Kommissarien, Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein. Präsident v. Arschner eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Etats der Justizverwaltung.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Friedberg (nall.), der die Regierung wegen des Königsberger Geheimbund-Prozesses interpellieren will, wird zunächst hierüber die Debatte eröffnet.

Abg. Dr. Friedberg (nall.):

Die Vorgänge im Reichstage am 10. Januar geben mir Veranlassung, auch hier im Landtage diese Sache zur Sprache zu bringen. Im Reichstage hat man es sich etwas leicht gemacht. Im Königsberger Prozeß lag ein Strafantrag der russischen Regierung nicht vor; er ist erst später nach dem Beginn des Prozesses extrahiert worden, wenn man den Versicherungen der socialdemokratischen Interpellanten glauben darf. Aus Entgegenkommen gegen Rußland sind Reichsdeutsche in den Anklagezustand und in Untersuchungshaft genommen worden. Aus den Verhandlungen im Reichstage ist weiter hervorgegangen, daß eine Reihe russischer Polizeispione hier bei uns umher schweiften, nach allen Klassen, nicht bloß nach solchen, die als Anarchisten gelten. Alles dies soll geschehen sein, ohne daß unsere Justizverwaltung und unser Ministerium des Innern eingeschritten wären. Auch unsere Post- und Telegraphenbeamten sollen bespioniert sein und das Briefgeheimnis verlezt haben. Es klingt geradezu ungläublich, wenn man alle diese Dinge hört. Auch unsere eignen Polizei-Organen sollen in unerhörter Weise Handlungen unter Verletzung der Gesetzesbestimmungen vorgenommen haben. Ausweisungen sind ohne jeden Grund verfügt, so z. B. gegen Dr. Wiczislaw. Ich glaube, es ist kaum glaublich, daß fremde Agenten staatliche Funktionen ausüben, Verbrechen und Vergehen begehen, ohne als lästige Ausländer ausgewiesen zu werden. Auf alle die Vorgänge im Reichstage ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes nur mit wenigen Worten eingegangen. Ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf. Wir müssen uns im Gegenteil dagegen verwahren, daß im Reichstage Dinge behandelt werden, die in den preussischen Landtag gehören. Ich halte es für eine Pflicht der Regierung Gelegenheit zu geben, sich hier an kompetenter Stelle über diese Vorgänge zu äußern. Ich hoffe, daß diese Erklärung so ausfallen wird, daß wir alle die Maßnahmen der Regierung billigen und gegen die agitatorische Ausnutzung dieser Vorgänge durch die Socialdemokratie einschreiten können. (Beifall.)

Justizminister Dr. Schönstedt:

Ich bin dem Abg. Dr. Friedberg dankbar dafür, daß er der Regierung Gelegenheit giebt, gegenüber den Angriffen, die in Bezug auf den Königsberger sogenannten Geheimbund-Prozeß und auf die Behandlung russischer Staatsbürger durch die preussische Polizei im Reichstage und demnachst in der socialdemokratischen Presse erhoben sind — daß er mir Gelegenheit giebt, diesen Angriffen gegenüber den Sachverhalt an derjenigen Stelle klarzustellen, an welcher allein die Regierung als verantwortlich angesehen werden kann, sich zu äußern und zu verantworten. Mit vollem Recht hat der Abg. Friedberg hervorgehoben, daß in der Verhandlung vom 19. Januar im Reichstage die Vorgänge, die den Gegenstand der Interpellation bildeten, als außerordentlich harmlos hingestellt wurden, so daß es nicht zu begreifen wäre, wie die preussischen Justizbehörden von Amts wegen eingegriffen, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen zu veranlassen Anlaß gehabt hätten. Gewiß hat der Abg. Haase, der als Verteidiger an dem Königsberger Prozeß der Angelegenheit besonders nahesteht und sicherlich von seinem Standpunkt aus recht wohl informiert war oder wenigstens es sein konnte, alles gethan, um die Sache als möglichst unbedeutend hinzustellen, so daß die öffentliche Meinung sehr leicht zu einer falschen Auffassung gelangen konnte.

Auch andre Herren im Reichstage haben sich dieser Auffassung angeschlossen. Der Abg. Haase hat hervorgehoben, daß die Schrift, um deren Unterdrückung es sich von russischer Seite handelte, durchaus harmlos von Inhalt gewesen sei, daß die Annahme, sie sei hochoberverräterisch oder anarchisirend von Inhalt gewesen, schon durch die Person des Abenders ausgeschlossen erscheine, der ein harmloser junger Mann sei und ein entschiedener Gegner der Propaganda der That. Der Abg. Webel hat dann gesagt, daß, wenn es sich um Anarchisten handle, doch zunächst einmal Anarchisten da sein müßten, und sogar ein Mitglied der deutschfreisinnigen Partei, ich glaube der Abg. Schröder, hat seine Meinung dahin ausgesprochen, daß die Anarchisten im russischen Sinne nicht zu verwechseln seien mit andern Anarchisten. (Lachen rechts.) Als Anarchist werde in Rußland jeder betrachtet, der mit den bestehenden Zuständen nicht zufrieden sei. Dem gegenüber lege ich Wert darauf, so weit es möglich ist, nach Lage der Verhältnisse, die sich allerdings im Stadium der gerichtlichen Voruntersuchung befinden und bezüglich deren ich mir daher eine gewisse Zurückhaltung hier auferlegen muß, wenigstens in großen Zügen den Sachverhalt klarzulegen. Was die Thätigkeit der Polizei betrifft, so wird der Minister des Innern die nötigen Aufklärungen geben. Die Sache hat folgendermaßen begonnen: Im Herbst vorigen Jahres, ich glaube im Oktober, kam es zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft in Königsberg, daß in verschiedenen Städten Ostpreußens an der russischen Grenze bedeutende Mengen von Schriften in russischer und lettischer Sprache aufgestapelt waren, welche bestimmt waren, über die Grenze zu gehen. Eine Einsicht in die einzelnen Schriften ließ sofort erkennen, daß sie zum Teil hochoberverräterischen, beziehungsweise anarchisirenden Inhalts waren. Es bestand infolge verschiedener Umstände der dringende Verdacht, daß dieser Schriftenschatz nach Rußland nicht etwas Neues war, sondern daß er schon seit Jahren von der Schweiz, besonders von Zürich aus in systematischer Weise teils auf dem Seewege, teils auf dem Landwege durch verschiedene Vertrauensmänner betriebe wird, die sich an russische Agenten weiter abgeben. Diese Angelegenheit hatte sich der Kenntnis der Behörden bis dahin vollständig entzogen. Es ergab sich aus verschiedenen Anzeichen, deren nähere Ausführung mir wohl erlassen werden kann, die Sache ist nicht nur von der russischen, sondern auch von der preussischen Regierung als geheim behandelt, — es ergab sich also, daß Dekretadressen vorhanden waren, und daß alles geschehen war, um das Bekanntwerden dieser Dinge vor den preussischen Behörden zu verhüten. Der Staatsanwalt in Königsberg glaubte deshalb zu der Annahme berechtigt zu sein, daß es sich um eine geheime Verbindung handelte, die ihre Thätigkeit vor der Regierung geheim zu halten gewillt sei und nach der Richtung hin sich zur Geheimhaltung verbunden habe. Die Staatsanwaltschaft erkannte deshalb den Thatbestand des § 128 des Strafgesetzbuches als vorliegend und auf Grund dieses Paragraphen leitete sie die Untersuchung gegen die Personen ein, bei denen solche Schriften gefunden worden waren bezw. von denen ihr bekannt war, daß sie an dem Vertriebe beteiligt waren.

Es wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen und eine Reihe solcher Bücher, teils in russischer, teils lettischer Sprache gefunden. Man hat sich, um den Inhalt der Schriftstücke zu studieren, an Uebersetzer gewandt. Das war keine leichte Aufgabe, da es sehr schwer ist, einen lettischen Uebersetzer zu finden. Und diese gewaltige Arbeit ist auch bis jetzt noch nicht vollständig beendet. Es ergab sich, daß die Schriften sehr verschiedene sind. Ein Teil, vielleicht der größte Teil bewegt sich nur im

alten Geleise socialdemokratischer Aufklärungen, die seitens der preussischen Behörden zu beanstanden keine gesetzliche Handhabe gegeben ist. Ein andrer, auch nicht geringer Teil, war zweifellos der russischen Regierung gegenüber hochoberverräterisch und anarchisirend. Im Reichstage hat der Abg. Haase behauptet, daß der ihm offenbar bekannte Abender der Schriften ein maßvoller, der Propaganda der That und dem Terror entschieden ablehnend gegenüberstehender junger Mann sei. Ich werde Ihnen den Inhalt der Schriften zum Teil mitteilen und ich glaube, daß Sie dann in die Charakteristik des Abgeordneten Haase über die Person des Abenders nicht vollständig einstimmen werden. Es wurden zunächst in Königsberg bei einem gewissen Katwogroßki 93 Exemplare einer Schrift beschlagnahmt, die von einem Herrn in Zürich an ihn gesandt sein sollten. Da heißt es unter der Ueberschrift „Wiedergeburt des Revolutionismus in Rußland“ am Eingange: „Wenn auch die Gegner des Terrorismus es für nötig halten, gegen ihn anzukämpfen, so dürfen wir doch keine Stunde und keinen Tag in diesem Kampfe nachlassen, der zum Begräbnis der gegenwärtigen politischen Ordnung und Gründung einer neuen führt. Das ist das Ziel, welches der Terror verfolgt. Hat einmal die Agitation unter den Massen begonnen, so ist keine Rolle erfüllt. Ob der Terror dann seine Eigenschaft behält oder etwas andern Platz macht, darüber mag die Zukunft entscheiden. Weder ein Jaum von Vojonetten, noch die Anten der Gendarmen, noch das Geheiß der Unterthanen, noch die Autorität des Zaren werden auf die dunkle Masse des Volkes wirken. Nichts kann sie bewahren vor der blutigen Vergeltung, welche der Terror an Alexander II. genommen hat. (Hört! hört!) Bildet also ein Centralarbeitskomitee der russischen socialdemokratischen Partei 1. für plattformartige Leitungen der Bewegung; 2. für Ausnutzung der Gärung und 3. zur Organisation eines systematischen Terrors als besonderes indikatives Mittel zur Bewegung der Massen.“ An andern Stellen heißt es: „Gehen wir über zur Darlegung einer Beweisführung über unsere Ansichten über den Terror oder genauer über den politischen Werd und fragen wir: Sind sie erforderlich im gegenwärtigen Kampfe des Proletariats, so kann nach unserer Ansicht die Antwort eine Befragung sein. Plechanow sagt, in jedem Socialdemokraten müsse ein Stück eines Terroristen oder eines Robespierre freiden. Ich bin auch der Meinung, aber ich ziehe es vor, daß Nikolaus II. nicht durch die Kugel stirbt, sondern auf dem Schafott. Ob er nun auf dem schmutzigen Lastwagen dahin geschleppt wird oder ob er auf der Straße baumelt oder ob er wie Ludwig der Sechzehnte, das ist Sache der Zukunft. Bei denselben Herrn Katwogroßki in Königsberg wurde eine Schrift beschlagnahmt, „Vollfreiheit oder der Volksbegleiter“ herausgegeben von der Gruppe der Volksbegleiter. Da heißt es: „Das hat der Volkswille vorzüglich verstanden und das bildet sein Hauptverdienst in der Geschichte, die Bestimmung des Volkstretungsismus, das dahin geht, den Zaren hinzurichten. Ohne Kampf mit dem Zaren kann es in Rußland keinen ersten politischen Kampf geben. Der Kampf muß gipfeln im Zarenmord und wenn nötig in einer ganzen Reihe von Zarenmorden und einem systematischen politischen Terror. Das muß unser Programm des Minimums sein.“ Dann eine andre Stelle: „Es muß viel Brennstoff unter den Arbeitern angehäuft sein, daß wir nun den Aufruf zum alttestamentarischen Kampfe hineintragen. Das Volk muß gewappnet werden, nicht nur mit Sächern, sondern auch mit denjenigen Dingen, die die Volksmassen wirklich zu einer drohenden Gefahr machen. Eine zweite Beschlagnahme fand bei einem Arbeiter Kleh in Memel statt. Da heißt es unter der Ueberschrift „Nieder mit dem Zaren“. Der Gedanke der Vernichtung des Zaren ist natürlich richtig. Schritte sind erforderlich, sonst fängt die Gesellschaft von neuem an zu zaudern. Her mit dem alten Terrorismus des Blutes und der Kasse. Schläge, Schläge brauchen wir von allen Seiten. Ich erinnere an das Wort des verstorbenen Stepanow: „Wir sind Revolutionäre, nicht nur durch Volkserhebungen, sondern auch mit Militärverfälschungen, nachlässigen Ueberfällen der Paläste, mit Bomben und Dynamit. Unsere Kampfweise ist die Revolution in diesem Sinne, wir wenden uns an die in Rußland arbeitenden Revolutionäre, so schnell als möglich müssen sie den Weg beschreiten der Schellialoff, Perowskaja usw.“ Ich bemerke, daß es sich um den bekannten Schellialoff handelt, der an drei Attentaten auf Alexander II. beteiligt war, und Perowskaja war an zwei Attentaten beteiligt, beide sind am gleichen Tage hingerichtet. An andrer Stelle heißt es: „Der Hinblick auf den früheren systematischen Terror muß uns beleben, die Attentate im Winterpalast, die Explosionen, die Zarenmorde. Auf zum direkten Angriff mit bewaffneter Hand wider den Zaren Nikolaus II. Wir rufen dazu auf. Nehmt Revolver und Bomben in die Hand und nehmt so den Kampf gegen das jetzige reaktionäre System auf; man muß sie zum Jittern bringen. Tod Nikolaus II., Tod allen Reactionären! Es lebe die Volkstretung!“

Rum haben am Freitag in Berlin eine Reihe von Volksversammlungen stattgefunden, in denen mit der bekannten Einstimmigkeit eine große Resolution angenommen worden ist, die auch den Sachverhalt: „Die Versammlung protestiert dagegen, daß deutsche Staatsbürger in Deutschland verhaftet werden, weil sie an der Auslösung des russischen Volkes mitarbeiten (Lachen rechts), und daß gegenüber der russischen Regierung von preussischen Behörden um Stellung eines Strafantrages erlucht wird. Ich habe eine Probe aus den Schriften verlesen. Das nennen die Socialdemokraten Mitarbeit an der Auslösung des russischen Volkes! Ich nenne es Anreizung zum Zarenmord, zur Revolution, zum Umsturz der bestehenden Gewalt. (Sehr richtig! rechts.) Wenn solche Dinge vorliegen, dann ist der Thatbestand der §§ 102/103 des Strafgesetzbuchs: Anreizung zum Hochverrat gegen befreundete Mächte, Majestätsbeleidigung gegenüber auswärtigen Fürsten gegeben. Die Verfolgung kann allerdings von der Stellung des Strafantrages ab. Was den letzteren angeht, so hat zunächst der russische Generalkonsul mitgeteilt, daß nach Maßgabe der russischen Gesetzgebung die Gegenseitigkeit verbürgt sei. Rum kommt ferner hinzu, daß, wenn allerdings auch der Antrag auch noch nicht eingelaufen war, doch auf Grund der Reichs-Strafprozessordnung die vorläufige Festnahme und Verhaftung auch vor der Stellung des Antrages zulässig ist. Der Richter, der den Haftbefehl erläßt, hat nur dem Antragberechtigten sofort Kenntnis davon zu geben. Es wurde also der Haftbefehl, der schon vorlag, wegen Teilnahme an einer verbotenen Verbindung nun auf die Vergehen aus § 102, 103 des Reichs-Strafgesetzbuches ausgedehnt. Von der Verhaftung ist mir Mitteilung gemacht, genau den Vorschriften entsprechend wurde an mich berichtet, zum Zwecke der Festnahme der russischen Regierung. Ich habe die Sache pflichtgemäß weitergegeben an das Auswärtige Amt. Die russische Regierung hat den Antrag gestellt und durch ihren Vorkämpfer nochmals ausdrücklich erklären lassen, daß Gegenseitigkeit verbürgt sei. Es schwebt die gerichtliche Voruntersuchung und die sämtlichen Beteiligten erkennen sich der Schutzmittel, die in Preußen einem Angeklagten zu teil werden. Sei der Ausgang der Untersuchung wie er wolle, unter keinen Umständen kann den preussischen Behörden der Vorwurf gemacht werden, daß sie pflichtwidrig oder gar entgegen dem Gesetz gehandelt hätten oder daß sie der russischen Regierung Schergendienste geleistet hätten.

Der Kampf gegen den Anarchismus ist eine gemeinsame Angelegenheit aller zivilisierten Staaten, und wenn die Staaten sich nicht hilfreiche Hand leisten, werden wir einer solchen Bewegung nicht Herr werden. (Beifallige Zustimmung rechts.) Rum möchte ich noch herv. erwähnen, welche Personen es nur eigentlich waren, die sich an dem russischen Schriftenschatz beteiligten. Die sämtlichen Personen,

gegen welche die Untersuchung ausgedehnt ist, im ganzen sind es 12 oder 13, gehören der socialdemokratischen Partei an, derjenigen Partei, die sonst immer befreit ist, zwischen sich und dem Anarchismus einen dicken Strich zu ziehen, die sehr weit abrickt von den Anarchisten, sie in ihren öffentlichen Erklärungen verleugnet und, wie sie meint, am besten zur Bekämpfung des Anarchismus fähig ist. Es sind also nur Socialdemokraten, nur Genossen, die bei der ganzen Angelegenheit beteiligt sind. Es ist eine Korrespondenz beschlagnahmt worden, aus der mit ziemlich hohem Grade von Wahrscheinlichkeit der Schluß gezogen werden kann, daß dieser ganze Schriftenschatz von der Socialdemokratie als Barriere behandelt wird und daß sogar die Centralleitung in Berlin der Sache nicht vollständig fernsteht. (Erneutes Hört! hört!) Der Minister verliest eine Anzahl von Briefen aus dieser Korrespondenz. Bei einem gewissen Ehrenport fand eine Hausdurchsuchung statt und sind dort Briefe gefunden worden, von denen Ehrenport behauptet, daß sie nicht von ihm herrühren. Es ist auch in hohem Grade wahrscheinlich, daß diese Aussage zutrifft, daß die Briefe einen andern zum Verfasser haben. Wenn aber gesagt wird, diese Briefe seien von einem Polizeispion angefertigt, so fehlt dafür jede Grundlage und nach dem Protokoll hat auch Ehrenport selbst dies nicht behauptet. Ein Brief ist ganz interessant, weil er für die Disziplin in der Socialdemokratie einen Beleg bietet. Von einem Redakteur der Königsberger „Volkzeitung“ ist an einen andern Genossen ein Brief gerichtet worden, worin ihm Vorwürfe gemacht werden wegen der Behandlung eines Koffers mit Papieren, daß er von den russischen Genossen Geld hätte haben wollen usw., kurz, daß er das Vertrauen, das die Partei ihm entgegengebracht hätte, schäfer gemißbraucht habe. Es heißt dann weiter in diesem Briefe: „Wir — also die Königsberger Leute — nehmen an, daß Sie aus Not gehandelt haben, und aus diesem Grunde sehen wir davon ab, Ihren Ausschluß aus der Partei zu beantragen; aber wir müssen Sie in Zukunft für dauernd ungeeignet zur Betreibung von Parteigeschäften erachten.“ Der Mann wird also in Acht und Bann gethan, aber er steigt doch noch nicht hinaus. (Heiterkeit.) Später hat er sich wohl über diese Disziplinarmaßregel beschwert und, wie es scheint, Gnade gefunden vor dem Parteivorstande. In einem andern Briefe, der auch die russische Angelegenheit behandelt, wird einem Genossen geschrieben, daß er in allem, was er thue, als Vertrauensmann der Partei handle. Das ist also die Art, wie die deutschen Socialdemokraten mit den russischen Anarchisten verkehrt haben. Es handelt sich nicht um Dienste, die die deutsche Regierung Rußland geleistet hat, sondern um bewußte oder unbewußte Dienste der deutschen Socialdemokratie gegenüber den russischen Anarchisten. (Beifallige Beifall rechts.)

Minister Freih. v. Hammerstein:

Ich habe die Mitteilungen und Erklärungen des Justizministers noch zu ergänzen und bedauere, wenn ich Ihre Zeit etwas länger in Anspruch nehmen muß. Es ist der preussischen Regierung bekannt, daß sich in Deutschland ein Angehöriger der russischen Botschaft aufhält, welcher den speziellen Auftrag hat, das Verhalten verdächtiger russischer Anarchisten zu beobachten. Es ist der preussischen Regierung nicht bekannt, daß eine Uebertragung preussischer Untersuchungen durch diese russischen Beamten stattgefunden hat, und ebenso wenig ist es mir bekannt, daß dieser russische Beamte Agenten unterhält, die in Deutschland lebende Russen zu Verbrechen zu bestimmen versucht haben. Wie gesagt, ich weiß von diesen Agenten nichts. Im Reichstage hat der Abg. Webel dagegen protestiert, daß es sich bei den Russen um Personen handelt, die zu Gewaltthätigkeiten geneigt sind. Vielleicht ist die Auffassung des Herrn Webel über den Begriff des Anarchismus von dem meinigen durchaus verschieden. Herr Webel sagt, das sind ganz harmlose Menschen, sie wollen in durchaus lokaler Weise die Schäden und Auswüchse Rußlands bekämpfen. Ich kann dem gegenüber mitteilen, daß selbst die Anarchisten von dieser Kritik des Abg. Webel nichts wissen wollen, wie aus den Ausführungen des anarchisirenden Organs hervorgeht. In einer Versammlung hat Frau Klara Zetkin den polnischen und russischen Revolutionären die Gräße der Socialdemokraten übermittelte, und in ihrer Resolution die Verantwortung für das Vorgehen der polnischen und russischen Revolutionäre unter andern auch Ihnen, meine Herren, zugeschoben; es ist der Satz aufgenommen, daß gebrauchbar werden muß der moralische und politische Versuch des deutschen Bürgerthums, dessen Freiheit und Verfall an den Idealen des Liberalismus an den Vorgängen schuld ist. Also Sie, meine Herren, die Sie die Rettung des deutschen Bürgerthums in seiner Gesamtheit bilden, empfangen dieses Urteil aus dem Munde der Genossin Zetkin. Es ist selbstverständlich Pflicht der Deutschen, gegen die russischen Anarchisten vorzugehen. Der Justizminister hat ja über den Inhalt der in Königsberg zu Tage getretenen revolutionären Tendenzen Ihnen hier Aufklärung gegeben und hat bewiesen, daß es ihnen auf die Aufregung der Massen, oder, um den technischen Ausdruck zu gebrauchen, auf den Terror, auf das Vorgehen mit Gewalt ankommt. Das ist das Ziel der socialdemokratischen Revolutionäre, also der Anarchisten.

Zu einer Schrift, die wir fanden, waren die Mittel angegeben, mit denen die Revolution arbeiten könne. Da hieß es, lediglich der Terrorismus werde eine wirksame Waffe bieten, die Todesstrafe müsse an allen vollzogen werden, welche der Ausbreitung der Ideen hinderlich seien. Auf diese Art müßten alle mit Grauen erfüllt werden, die Gendarmen, Gouverneure und Minister. Die Großfürsten und der Zar müßten aus dem Wege geräumt werden, erst dann werde eine Aenderung der politischen Verhältnisse eintreten. Ähnlichen Inhalt hatte eine Gedächtnisrede, die begam mit den Worten: Voran zum blutigen Kampfe! Endlich wurde noch ein kleines Werk gefunden, das ausschließlich eine Anweisung über Vorbereitungen zur Revolution und anarchisirenden Aufschüben enthielt. Solche Leute will kein Kulturstaat. (Sehr richtig! rechts.) Solche Leute muß man nicht nur zu entfernen suchen, sondern auch nicht andern Staaten zuführen, sondern auf direktem Wege nach ihrer Heimat zurückbefördern. Das, gelte ich, geschieht im gemeinsamen Interesse aller Staaten der gesamten bürgerlichen Gesellschaft. Ich will bemerken, daß sonst bei Ausweisungen den Wünschen der betreffenden Personen, über welche Grenze sie Deutschland verlassen wollen, nach Möglichkeit entsprochen wird. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat im Reichstage schon vollständig richtig erklärt, daß es in das Belieben jedes Staates gestellt sei, diejenige Grenze zu wählen, welche der Staat für die richtige halte. Ich persönlich glaube auch, daß nur die ausweisende Behörde richtig erkennen kann, wohin der Betreffende abzuschieben ist. Es muß der ausweisenden Behörde überlassen sein, ob sie die betreffende Person unmittelbar entfernen will, oder ob sie durch unmittelbaren Zwang, durch Androhung ihn veranlassen will, das Land zu verlassen. Bei uns in Preußen ist es die Regel, daß bei Ausweisung mittels Zwangsandrohung der Ausgewiesene das Land verlassen kann an der ihm zugewiesenen Grenze. Ebenso findet die zwangsweise Entfernung über die Grenze an derjenigen Grenze statt, die der Ausgewiesene wünscht. Andererseits hat aber auch der Staat, welcher ausweist, die Verpflichtung, daran zu denken, daß die Gefahr der Zurückweisung besteht. In diesem Falle muß die ausweisende Behörde natürlich unwirgerlich über die Grenze des Heimatstaates ausweisen.

Von dieser Regel giebt es nur eine Ausnahme, die die Anarchistengefahr mit sich bringt. In der Bekämpfung der Anarchisten sählen sich alle Staaten solidarisch. Daher erfolgt bei Anarchisten die Ausweisung stets nach dem Heimatstaate. Das beruht zum Teil auf besonderen Verabredungen, zum Teil auch auf dem

gleichen Empfinden aller Staaten, die solche Elemente einem dritten Staate nicht zuführen wollen. Die Zurückweisung an der Grenze erfolgt, wenn sie notwendig ist, selbstverständlich über die Grenze, über welche die Personen geflohen sind. In den Reichstags-Verhandlungen und in den sich anschließenden Artikeln sozialdemokratischer Blätter und anderer Zeitungen ist eine große Anzahl von Fällen angeführt, in welchen sich russische Agenten in Deutschland amtliche Rechte angeeignet haben. Es ist selbstverständlich, daß amtliches Einschreiten russischer Agenten in Deutschland vollständig ausgeschlossen ist, und daß jeder Versuch, sich solche Hoheitsrechte anzumessen, unbedingt Remedur erfordert und schärfste Ahnung findet. Ich bin auch sehr überzeugt, daß in einem solchen Falle die russische Votschaft alsbald Abhilfe schaffen würde. Nötigenfalls würde in einem solchen Falle auch die Igl. Staatsregierung sich nicht scheuen, sofort einzugreifen. Es scheint mir deshalb von vornherein sehr zweifelhaft, ob die von den Herren Haase und Veber angeführten „Thatsachen“ wirklich bei einer genauen Untersuchung standhalten würden. Ich habe deshalb alle Mitteilungen, die hierüber in der Presse gemacht wurden, von vornherein als Fälschung und Klatsch angesehen. Davon hat mich auch die Antwort des Abg. Veber abbringen können, der mit Empfange erklärte, diese Fälle seien nachgewiesen. Ja, ich verstehe unter Nachweisung etwas ganz anderes, als daß irgend eine Person solche Sachen erzählt. Wenn es sich lediglich um Erzählungen handelte, so wären für den Abg. Veber ja auch die berühmten Thaten des Freiherrn v. Münchhausen sämtlich nachgewiesene Thaten. (Heiterkeit.) Bei der Untersuchung hat sich nun herausgestellt, daß vielfach die angegebenen Namen nicht den Namen der Personen selbst gar nichts mehr wußten; weiter, daß ein großer Teil der angeführten Fälle so weit zurückliegt, daß sich überhaupt nichts mehr ermitteln läßt. Wehrhaft sind die Personen, um die es sich handelt, längst aus dem Lande verschunden. Ueber die einzelnen Fälle kann ich folgende Mitteilungen machen. Die Abgg. Veber und Haase haben sich in erster Linie immer auf den Fall des Dr. Weichseloff bezogen. Der Abg. Veber ist dabei sehr insequent gewesen. Einmal hat er behauptet, die deutsche Polizei sei in diesem Fall der elendeste Handlanger der russischen Polizei gewesen. Kaum fünf Minuten später wirt er dann aber der preussischen Regierung vor, daß sie den Dr. Weichseloff ausgewiesen habe, obwohl ihm von der russischen Regierung der Aufenthalt in Deutschland erlaubt war. Ich verstehe das nicht. Das ist doch gerade ein Beweis dafür, daß die preussische Regierung lediglich nach eigenem Ermessen die Ausweisung verfügt und nicht etwa der russischen Handlangerdienste geleistet hat. Die materiellen Gründe für die Ausweisung sind darin zu finden, daß der Dr. Weichseloff eine unangenehme Persönlichkeit war, die uns lästig wurde. Es ist dem Herrn übrigens nur gelang, daß er ausgewiesen werden würde, wenn er bis zu dem und dem Tage nicht das Gebiet verlassen hätte. Es ist ihm inzwischen sogar der Aufenthalt um mehrere Wochen verlängert worden. Angesichts dieser Thatsachen bringt es Abg. Veber fertig, im Reichstag zu behaupten, der Herr hätte keine Auskunst geben können, weil er ja ausgewiesen sei. Ich bemerke noch ausdrücklich, daß der Herr sich zur Zeit der Reichstagsverhandlungen auf freiem Fuße befand und mit meinem Referenten unterhandelte, ob er nicht noch ein paar Wochen länger in Deutschland bleiben könne. (Heiterkeit.) Zur Begründung der Ausweisung brauche ich wohl hier nichts zu sagen. Es handelt sich lediglich darum, daß die Legitimation, die nach dem Rufstand gegenüber erforderlichen polizeilichen Vorschriften erforderlich ist, nicht genügt. Es ist im Reichstage weiter davon gesprochen worden, daß in Hermsdorf in dieser Sache ein Eindruck verübt worden sei. Diese Eindrucksgeschichte ist sehr breitgetreten worden. Ich kann heute nur hier feststellen, daß die Frau vom Hause ausdrücklich erklärt hat, sie wüßte von der ganzen Geschichte nichts. Alle Angaben, die darüber gemacht seien, waren ihr unbekannt. Nun hat Abg. Veber in dieser Angelegenheit erklärt, die Frau habe eine wahre Auslöse nicht gemacht aus Angst, daß ihrem Manne Unrecht geschehe. Der preussische Beamte, der darüber vernommen ist, bleibt aber dabei, daß die Frau ausdrücklich erklärt habe, sie höre jetzt von der ganzen Geschichte zum erstenmal. Abgeordneter Veber hat uns auf den Rechtsanwalt verwiesen und gesagt, der wäre bereit, wenn er ermächtigt würde, Auskunft zu erteilen. Dieser Rechtsanwalt ist Dr. Liebknecht. Auch er hat mir jede Auskunft verweigert und erklärt, er werde sich nicht vernehmen lassen. Wenn ich aber irgend einen Beamten zu ihm schicken wollte, würde er vielleicht bereit sein, irgend eine Auskunft zu erteilen. Ich kann in der Einbruchssache heute hier nur sagen: Die preussische Behörde ist nicht die Stelle, die verpflichtet ist, zu dem Rechtsanwalt des angeblich Geschädigten zu gehen, um Erkundigungen einzuziehen. Damit ist dieser Fall wohl erledigt. Es ist jedenfalls nirgends festgestellt, daß ein Agent irgend etwas Derartiges unternommen hat, wie es ihm vom Abg. Veber im Reichstage vorgeworfen ist. Wenn der Herr Dr. Weichseloff und Genossen die Sache selbst näher aufzuklären wüßten, würden sie wohl mit ihrem Materiale hervorgetreten sein. Ich komme dann zu dem zweiten Hauptfalle, den der Abgeordnete Haase im Reichstage angeführt hat. Ein Briefträger sollte beschossen sein und der russische Polizei einen Brief übergeben haben, die russische Polizei sollte diesen geöffnet, vom Inhalte Kenntnis genommen und dann wieder geschlossen haben. Es wurden zunächst in dieser Angelegenheit in Charlottenburg Ermittlungen angestellt, die aber resultatlos verliefen. Da wurde in einem Artikel des „Vorwärts“ mitgeteilt, daß der Fall sich in Königsberg ereignet habe. Nachdem auch dort die Polizei nichts ermittelt hatte, hat die Staatsanwaltschaft in Königsberg ein Verfahren gegen den Unbekannt eingeleitet, in dem sie den Abg. Haase vernommen hat. Der Abgeordnete Haase hat dabei aber verlagert, er hat erklärt, darüber keine Auskunft geben zu können. Auch diese im Reichstage aufgestellte Behauptung war also vollständig unsubstantiiert. Im Reichstage ist sodann besprochen, daß am 15. Februar 1902 und am 25. Februar 1902 russische Studenten auf Verlangen der russischen Polizei ausgewiesen seien. Die Ausweisung am 15. Februar ist ohne jedes Zutun der russischen Polizei erfolgt, weil diese russisch-polnischen Studenten sich sehr unwürdig benommen hatten. Sie hatten in der Universität eine Demonstration unternommen, die von den akademischen Behörden im Disziplinarwege geahndet war. Wir hatten deshalb die Pflicht, diese Leute auszuweisen, da sie bei uns die Gastfreundschaft mißbraucht hätten. Daß die russischen Behörden gegen sie nichts einzuwenden hatten, konnte dabei nicht in Rücksicht gezogen werden, da das uns nichts angeht.

Ein weiterer Fall: Am 4. Februar wurde die Alarmanricht in die Zeitungen gesetzt, daß zehn russische Deserteure verhaftet und den russischen Behörden ausgeliefert worden seien. Sie sind weder verhaftet noch ausgeliefert worden. Das Ganze ist nichts als eine infame Lüge, die man gemacht hat, um die preussische Polizei zu diskreditieren. — Redner geht auf die im Reichstage vorgebrachten Fälle ein und sucht nachzuweisen, daß sie teils unwichtig dargestellt seien, teils auf Erfindung beruhen. Insbesondere habe es sich auch in allen Fällen, wo von russischen Agenten gesprochen sei, nicht um solche gehandelt. Bezüglich der russischen Studenten bemerkt der Minister noch, daß sie sich hier vollständiger Freiheit erfreuten, daß sie aber sich vielfach gemüht hätten, trotz ihrer jungen Jahre selbst in die Politik einzugreifen. Angesichts dieser Thatsache sei es ganz gerechtfertigt, daß man mit der Universitätsbehörde vereinbart habe, sich gegenseitig auf solche Studenten aufmerksam zu machen, die sich in dieser Art aufzuführen. Der Minister schließt: Nach dem Vorgetragenen frage ich: Was kommt heraus aus all den Angriffen? — Kein gar nichts, trotz des großen Apparates, den die sozialdemokratische Partei in Bewegung gesetzt hat. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich auch diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, ihren Haß gegen die russische Regierung zu zeigen. (Sehr richtig!) Die vorhin verlesene Resolution ist durchaus antimonarchisch und revolutionär. Die deutsche Polizei geht aus der Sache blank hervor und wird fortfahren, ihr wachsamem Auge auf alle Behauptungen von Ausländern und Ausländern zu richten, die den Frieden des Staates untergraben; sie wird den anarchischen und revolutionären Hand-

lungen und den Vorbereitungen dazu, mögen sie sich nur gegen den eignen Staat oder gegen fremde Staaten richten, mit allen gesetzlichen Mitteln entgegenzutreten und sie mit Gottes Hilfe unterdrücken. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Defer (fr. Sp.):

Ich hätte doch gewünscht, daß die Erklärung der preussischen Regierung schon frühzeitiger, bei Gelegenheit der Interpellation im Reichstage, erfolgt wäre. Im übrigen hat uns die Erklärung im allgemeinen befriedigt. Den tiefsten Eindruck hat es wohl gemacht, daß von Seiten derer, die die Ausbildung jetzt erheben, in den einzelnen Fällen früher nicht Beschwerde geführt worden ist. Fraglich ist es, ob die Ausweisungen des Herrn Justizministers über den Königsberger Geheimbundesprozess nicht angeht des noch schwebenden Prozessverfahrens etwas zu weit gingen. Was die Handhabung der Ausweisungspolizei und Fremdenpolizei betrifft, so hat der Herr Minister die einzelnen Fälle zu widerlegen versucht, und es ist ihm im großen und ganzen auch gelungen. Er hat uns dabei auch Mitteilungen gemacht über die Grundsätze, nach denen Ausweisungen vorgenommen werden. Sie erinnern sich, daß bei Gelegenheit der Interpellation im Reichstage nichts so beunruhigend gewirkt und die Entrüstung weiter Kreise hervorgerufen hat, als die Mitteilung des Staatssekretärs des auswärtigen Amtes über die Handhabung der Ausweisungspolizei in Preußen. Aus den Darlegungen des Herrn Ministers haben wir nun mit Beugung entnehmen können, daß in der Hauptsache demjenigen, der aus irgend einem Grunde aus Preußen ausgewiesen wird, es frei steht, die Grenze zu wählen, über die er Preußen verlassen will. Eine prinzipielle Ausnahme hat der Minister gemacht für Anarchisten. Wir haben nicht Neigung, uns für Leute zu erwärmen und besonders ins Zeug zu legen, die blutige Verbrechen begangen haben oder begehen wollen. Der Terror steht im Widerspruch mit jeder vernünftigen Politik, ist eine Gefahr für die Kultur und stört nur die reaktionären Gelfüste. Eine große Gefahr liegt aber in der Auslegung des Begriffs „Anarchist“. Ich fürchte, man wird nur allzu bereit sein, jeden Russen, der sich irgend mißlieblich gemacht hat, ohne weiteres als Anarchisten anzusehen, abgesehen davon, daß es auch Anarchisten giebt, die durchaus nicht Anhänger des Terrors sind, sondern die persönlich durchaus ehrenwert sind und von einer hohen Auffassung aus die Zusammenhänge des Weltganzen beurteilen. Ich erinnere nur an Leo Tolstoj und Gaido. Es ist doch außerordentlich gefährlich, wenn jeder, der eine Umänderung der inneren politischen Zustände Rußlands anstrebt, schon als Anarchist bezeichnet wird. Peter v. Struve hat in Nummer 5 der „Freiheit“ in einem Artikel: „Die russischen Anarchisten“ dargestellt, daß drei Strömungen in Rußland vorhanden sind. Er bespricht, daß es überhaupt Anarchisten im politischen Sinne dort giebt. Er unterscheidet Sozialdemokraten, die den Terror nicht verhorreskieren, Sozialdemokraten, die ihn grundsätzlich verwerfen, und russische Liberale. Man kann es auch durchaus verstehen, daß in einem absolut regierten Lande Strömungen und Kräfte erwachen müssen, die eine Lockerung erstreben im Interesse der Kultur, des wirtschaftlichen Fortschritts des Landes selbst, daß da hochstehende Charaktere, durchaus einwandfreie Leute aus gleichem Patriotismus heraus eine andere Staatsverfassung herbeiführen wollen. Bei der sie mit teilnehmen können, um bessere Zustände zu schaffen. Es ist auch klar, daß diese Personen je nach Temperament mit dem Willen, aus dem sie hervorgegangen sind, sich in verschiedene Richtungen teilen werden. Wer entscheidet nun darüber, zu welcher jeder einzelne der sich in Deutschland aufhaltenden Russen gehört? Jeder Russe, der im Ausland lebt und irgendwelche politischen Interessen hat, wird der russischen Polizei leicht als Anarchist erdienen. Russische politische Bestrebungen sind innere Angelegenheiten Rußlands, die uns als solche nichts angehen. (Doch! rechts.) Daß es russische Agenten giebt, ist in Preußen eine gewisse Ueberwachungsmaßnahme auszuüben, hat der Herr Minister zugegeben. Er hat gesagt, ob man russischerseits mit preussischen Detektivbüros in Verbindung getreten sei, wisse er nicht; es scheint fast der Fall zu sein. Alle derartigen Tätigkeiten sind Eingriffe in die Oberhoheit Preußens. Wir haben keine Veranlassung, einem fremden Staate derartige Rechte einzuräumen, sondern müssen uns auf Mitteilungen beschränken. Wenn Ausländer strafbare Handlungen begehen, so sollen sie von preussischen Richtern mit allen bei uns bestehenden Rechtsgarantien abgeurteilt werden. — Der deutsch-russische Auslieferungsvertrag hat, als er 1884 dem Reichstage vorgelegt wurde, einen derartigen Entrüstungsturm entzündet, daß Fürst Bismarck ihn zurückzog. Er ist dann 1885 von Preußen und von Bayern mit Rußland abgeschlossen worden. Dieser Vertrag verpflichtet Preußen in weitgehendster Weise gegenüber Rußland zur Auslieferung aller Personen, die Rußland irgendwie anschnldigt, es ist ausdrücklich betont, daß der politische Charakter eines Vergehens kein Hindernis der Auslieferung bildet. Es ist dies der schärfste Vertrag in Bezug auf die Auslieferung, der überhaupt existiert. Die Ausweisungen mit Auslieferung an Rußland können schließlich in jedem Falle stattfinden, denn jeder verdächtige Russe wird leicht als Anarchist angesehen werden. Darin liegt eine außerordentliche Gefahr, und wenn wir uns daran erinnern, welches Schicksal die Ausgewiesenen in Rußland erwartet, so werden wir wünschen, daß hier größere Rechtsgarantien geschaffen werden, als heute vorhanden sind. Als im Jahre 1870/71 ein russischer Geisteslicher wegen angeblicher nihilistischer Bestrebungen ausgewiesen und über die russische Grenze gebracht wurde, erregte dies einen derartigen Sturm der Entrüstung, daß die Kommission dieses hohen Grades geradezu einflussreich beschloß, an die Staatsregierung das Ersuchen zu richten, diese Ausweisung rückgängig zu machen und den Mann wieder aus Rußland zurückzuholen. Das Plenum beschloß dann in diesem Sinne. Sie erfahren daraus, wie empfindlich man damals in dieser Beziehung war. Sie werden sich erinnern, daß ein ganz ähnlicher Fall vor kurzem in Italien passiert ist. Es ist im Reichstage auch darauf hingewiesen, daß wir von Rußland nicht immer so freundlich behandelt werden, wie wir uns Rußland gegenüber erweisen. Im Handelsvertrag mit Rußland ist bestimmt, daß unsere Geschäftsberechtigten das Recht haben, Rußland zu besuchen und dort Geschäfte zu machen. Dieses Recht wird aber von Seiten Rußlands auf Mitglieder der christlichen Konfession beschränkt, während die Juden schlechter behandelt werden. Wir müssen verlangen, daß jeder Reisende nur als Deutscher für Rußland in Betracht kommt. Gegen Massenausweisungen russischer und galizischer Arbeiter hat übrigens gerade die Rechte dieses Hauses seiner Zeit Stellung genommen. Wir wünschen, daß Preußen in jeder Beziehung als Rechts- und Kulturstaat dasteht, wir verlangen, daß man friedlichen Ausländern das Gastrecht gewährleistet und daß der Auslieferungsvertrag von 1885 beibehalten wird. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Dr. v. Heydebrand und der Lasa (natl.):

Ich glaube, wir können es der Regierung überlassen, zu entscheiden, wer ist Anarchist und wer nicht. Wir wissen, daß das Leute sind, die den Umsturz mit den Mitteln der Gewalt und des Schreckens zum Ziele haben. Daß sich die Grenzen zwischen den Sozialdemokraten und den Anarchisten sehr schwer ziehen lassen, wissen wir genau. Es ist ein Verdienst der heutigen Verhandlungen, klar bewiesen zu haben, wie diese Parteien ineinander übergriffen. Ich kann nicht umhin, mein Ersäunen darüber auszusprechen, daß die sozialdemokratischen Versammlungen in den letzten Tagen, wo über diese anarchischen und hochverräterischen Dinge gesprochen wurde, erkannt worden sind. Ich kann nur fragen, wo ist die Ueberwachung gewesen, als die Resolutionen angenommen wurden. Wir haben selbst deutsche Agenten im Ausland, die die deutschen Anarchisten überwachen. Wir wollen nicht so lange warten, bis das Dach uns über dem Haupte brennt. (Lebhafte Beifall rechts.) Wir wollen uns gegen die Anarchisten wehren. Das ist der Standpunkt des gesunden Menschenverstandes, des natürlichen Rechts. Von diesem Standpunkte werden wir uns in keiner Weise abbringen lassen. Ich freue mich, daß die Staatsregierung in allen ihren Organen von dem unbedingten Willen befehle ist, die anarchische und sozialistische Bewegung mit allen nur möglichen, aber gesetzlichen Mitteln

zu bekämpfen. (Lebhafte Beifall.) Wir müssen die Hand anlegen, ehe ein Unglück geschehen ist. Wir sind der Ueberzeugung, daß die Staatsregierung bei dem Standpunkt, den sie heute vertritt, die preussische Volkvertretung umdingt auf ihrer Seite haben wird. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Pestalohn (fr. Sp.): Aus den Worten des Justizministers klang es, als ob der Abg. Schrader, mein Fraktionsgenosse im Reichstage, die Ansicht des Abg. Haase in der Russeninterpellation geteilt habe. Gegen diese Auffassung möchte ich Verwahrung einlegen. Nach dem, was hier erklärt ist, stehe ich nicht an, zu erklären, daß ein Grund zum Einschreiten aus § 128 des Reichs-Strafgesetzbuchs vorlag. Ich kann mich im übrigen nur den Ausführungen des Abg. Defer anschließen.

Justizminister Dr. Schönfeldt: Es hat mir fern gelegen, den Abg. Schrader auch nur in einer Beziehung mit dem Abg. Haase zu identifizieren. Ich wollte nur antworten, daß der Abg. Schrader die Sache zu harmlos aufgefaßt hat. Im übrigen weiß ich den Unterschied zwischen dem Abg. Schrader und dem Abg. Haase wohl zu würdigen. Auch ich freue mich über den sachlichen Ton, in dem der Abg. Defer sich geäußert hat. Ich möchte auf seine Äußerung aber erwidern, daß ich über den Königsberger Fall nur in einer gewissen Kollage mich geäußert habe. Daß bei einer strafrechtlichen Untersuchung dem Ausländer dieselben Rechte wie dem Inländer zustehen, ist nach unfern Gesetzen selbstverständlich.

Abg. Freiherr v. Jellig (fr.):

Ich erkenne an, daß es richtig gewesen ist, diese Angelegenheit hier zur Sprache zu bringen, denn hier liegt die Verantwortung. Ich erkenne auch das Verhalten der Justiz- und politischen Behörden nach dem Ergebnis der Untersuchung als vollkommen gerechtfertigt an. Die Angriffe der Sozialdemokratie in dieser Sache stellen sich dar als Ankererren der schlimmsten Art. Es liegt System in der Sache und diese Methode kann nicht genug stigmatisiert werden. Die Sozialdemokratie wird, wenn was Gott verhüten möge, wir in ernste Beweiselungen kommen, sich nicht auf unserer Seite befinden, sondern mit Gewalt ihre revolutionären Ideen zur Geltung bringen. (Sehr wahr! rechts.) Aber immer schafft man neue Organisationen, in die die Sozialdemokratie sich einmischen kann. Diese Bahnen der Sozialpolitik erhöhen das Ansehen und das Prestige der Sozialdemokratie bei den großen Massen. Es ist physiologisch durchaus verkehrt, die Sozialdemokratie mit den Arbeiterinteressen zu identifizieren. Der Glaube an die Macht der Sozialdemokratie stärkt ihren Einfluß. Auch die heutige Verhandlung hat die Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Bewegung erwiesen und fordert uns dringend auf, wachsam zu sein und alle Kräfte zusammenzunehmen, die Sozialdemokratie nicht zur Macht werden zu lassen, sondern sie zu vernichten. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Es ist der Staatsregierung gelungen, alle Vorwürfe, die ihr im Reichstage gemacht sind, zu entkräften. Daß der Herr Minister auf den Königsberger Fall auch materiell eingehen mußte, war nach Lage der Sache geboten. Es hat mich besonders interessiert, daß alle die Vorwürfe, die innerhalb und außerhalb dieses Hauses erhoben sind, von Sozialdemokraten ausgehen. Der Minister des Innern hat mit Energie erklärt, daß russische Beamten sich bei uns keine staatslichen Funktionen angeeignet haben. Ich freue mich außerordentlich über diese Erklärung. Auch der Umstand, daß keine Beschwerde von Rußen, die bei uns leben, an den Minister gelangt ist, hat mich merkwürdig berührt. Typisch für das Verhalten der Sozialdemokraten ist die Haltung des Rechtsanwalts Haase. Er verweigert erst und verweigert dann, Rede und Antwort zu geben. Der Herr Minister des Innern hat uns Auskunft über die Grundsätze, nach denen wir auszuweisen, gegeben. Wir weisen nur Anarchisten nach Rußland aus. Wir haben es bei der Reichstags-Interpellation mit einer großen Phantasie-Arbeit der Sozialdemokraten zu thun gehabt. (Lebhafte Beifall.) Die Phantasie des Abg. Veber ist ja belanant; er macht Elefanten aus Mücken. Es kommt bei der heutigen Verhandlung aber darauf an, den vernünftigen und gesunden Elementen unres Vaterlandes die Ueberzeugung beizubringen, daß untre Regierung nach Recht und Gerechtigkeit verfährt. Diese Ueberzeugung werden Sie aus der heutigen Verhandlung gewinnen. (Beifall.)

Die Diskussion über die Russen-Affäre schließt hiermit. Es folgen die Einnahmen. Bei Tit. 1 „Kosten“ erklärt auf eine Anregung des Berichterstatters Abg. Dr. Am Jahnhoff (C.).

Justizminister Schönfeldt: Die Frage der ungenügenden Besetzung der Gerichte ist seit Jahren Gegenstand meiner lebhaftesten Sorge. Ich bin nach Kräften bemüht, für eine Vermehrung der Richterstellen zu sorgen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## 5. Gankonferenz für den Gau IV des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Am Sonntag, den 21., und Montag, den 22. Februar, hielt der Gau IV des Holzarbeiter-Verbandes seine 5. Konferenz im Berliner Gewerkschaftshaus ab. Der Gau umfaßt die Provinz Brandenburg werkschaftshaus ab. Der Gau umfaßt die Provinz Brandenburg mit Einschluß von Berlin sowie einer Teil der Provinzen Schlesien und Posen nebst einigen sächsischen Ortshäusern.

Erster Verhandlungstag.

Anwesend waren außer den Mitgliedern des Gauvorstandes 92 Delegierte aus 72 Zahlstellen sowie der Vorsitzende des Verbandes-Abgeordneter Robert Schmidt. Gauleiter F. Stucke-Verlin erstattete den Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes für die seit der letzten Konferenz verfloßenen beiden Jahre. Die Agitation im Gau war außerst reg. Im Jahre 1902 wurden 227 und im Jahre 1903 sogar 278 Versammlungen und Besprechungen in den verschiedenen Orten abgehalten. Ferner hat der Vorstand auf seinen Agitationsreisen oder bei Verhandlungen wegen Streiks usw. eine Anzahl Kasseneinzahlungen vorgenommen. Neue Zahlstellen wurden gegründet in Bogasen (Prov. Posen), Schönwalde i. d. Mark, Gabelberg, Krossen, Königs-Wusterhausen, Sellen und Klosterfeld, so daß im Gau gegenwärtig 73 Zahlstellen mit 21 233 Mitgliedern bestehen. Davon entfallen auf Berlin 15 614 und auf die Provinzialorte 5619 Mitglieder. Während der letzten beiden Jahre hat der Gau 5190 neue Mitglieder gewonnen, davon Berlin 3631 und die übrigen Zahlstellen 1559. Im Jahre 1903 allein ist die Mitgliederzahl in Berlin um 3248 und in den anderen Zahlstellen um 578 gewachsen. In 101 Ortshäusern, wofür noch keine Zahlstellen eingerichtet werden konnten, sind Einzelmitglieder vorhanden, die ihre Beiträge teils direkt an den Hauptvorstand in Stuttgart, teils bei benachbarten Zahlstellen entrichten. Trotz der erstenlichen Mitgliedszunahme liegt der Agitation immerhin noch ein reiches Tätigkeitsfeld offen, sind doch in sämtlichen Zahlstellen des Gaues rund 45 000 organisationsfähige Holzarbeiter beschäftigt, davon allein in Berlin über 34 000 und im übrigen Gau distrikt ca. 11 000. Nach Branchen geordnet sind im Gau organisiert: Bärstamm 44 (beständig 720), Drechler 878 (1569), Hilfsarbeiter 186 (1902), Storbmacher 302 (1315), Russifizierten-Arbeiter 1381 (6246), Maschinenarbeiter 439 (3828), Pantinenmacher 12 (266), Perlmutter- und Anspolner 90 (277), Polierer 299 (2432), Stellmacher 591 (2042), Stodarbeiter 319 (647), Tischler 16 299 (22 712), verschiedene Branchen 197 (1119), Arbeiterinnen 57 (401).

In den Zahlstellen des Gaues (außer Berlin) mußten im vergangenen Jahre 34 Streiks angefaßt werden, darunter waren 13 Angriffstreiks, 13 Abwehrstreiks und 8 Streiks wegen Maßregelung. Von diesen endeten 19 mit und 13 ohne Erfolg; 2 Streiks sind noch beendet. 20 Streiksifferenzen, die ohne Streik durch Verhandlungen beigelegt wurden, gab es 31. Insgesamt kamen (außer Berlin) bei den Streiks und Differenzen in Frage: 163 Werkstellen mit 2723 Seelen, wovon 1870 dem Verbands angehörten. Es konnten Lohnforderungen und Arbeitszeitverlängerung durchgesetzt respektive Abzüge und Maßregelungen zurückgewiesen

werden in 129 Betrieben für 2263 Gesellen, wovon 1584 Verbandsmitglieder waren. Bei den verlorenen Streiks handelt es sich dagegen nur um 32 Betriebe mit 442 Gesellen, darunter 272 Verbandsangehörige. Die Zahl der Verbandsmitglieder in allen Branchen 223 Verbandsdifferenzen zu erledigen. Davon wurden 158 Fälle ohne Arbeitsniederlegung beigelegt, in 75 Fällen kam es dagegen zum Streik. Hiervon endeten 47 mit Erfolg, 21 ohne Erfolg und 7 mit teilweisem Erfolg. Rechnet man nun sämtliche Differenzen zusammen, so ergibt sich für den ganzen Bau folgendes Gesamtergebnis:

Differenzen	Verstärkt mit Differenzen	Darin beschäftigte Gesellen	Davon sind im Verhandlung
Lohnhöhen ohne Streit	245	5854	4736
Siegreiche Streiks	80	1517	1320
Verlorene Streiks	53	739	551
Teilweise erfolgreiche Streiks	7	95	78
Noch nicht beendigte Streiks	2	18	14
Differenzen in Summa	397	8223	6679

Von den Lohnhöhen im vierten Bau hatten also 333 mit 7371 Kollegen einen vollen Erfolg, während 53 mit 739 Kollegen mit einem Misserfolg endeten.

Nur 20 Proz. der Werkstätten, in denen Differenzen vorkamen, streikten ohne Erfolg, und von den beteiligten Kollegen waren es sogar nur 9 Proz., deren Streit resultatlos verlief, während für 91 Proz. der an Lohnhöhen beteiligten Kollegen ein Erfolg erzielt werden konnte.

Der Referent bemerkte hierzu, an diesem Resultat zeige sich recht offenkundig der Wert der Organisation. Er empfahl sodann, noch mehr wie bisher den Bauvorstand möglichst immer schon vor einer Arbeitsniederlegung zu Rate zu ziehen, weil doch vielfach durch rechtzeitige Vermittlung leichter eine Verständigung mit den Unternehmern zu erzielen sei, als wenn es bereits zum Ausbruch gekommen ist, ganz abgesehen von den einseitigen statistischen Nachteilen, die den Mitgliedern bei nicht genehmigten Streiks erwachsen können.

Die zahlreichen Diskussionsredner hatten an dem Bericht des Vorstandes im wesentlichen nichts auszusagen; sie beschränkten sich meistens auf die Darlegung minder wichtiger Wünsche und Beschwerden lokaler Natur.

Den Kassenbericht erläuterte Leopold-Berlin. An Einnahmen erzielte der Bau 9289,27 M., denen eine Ausgabe von 9026,67 M. gegenübersteht. Der weitaus größte Teil der Ausgaben ist zur Bezahlung der Agitationskosten verwendet worden.

Zum Punkte „Agitation“ referierte Voelke-Berlin. Redner zeigte, wie sich die Massenerregung ständig verschärft, daher auch die Ausbreitung der Interessensorganisationen. Auf der einen Seite der Holzarbeiter-Verband, auf der anderen der Arbeitgeber-Schutzbund, und als freiwillige Helfer der Unternehmer die behördlichen Organe. Besonders bereitet die Polizei den Arbeitern der verschiedenen Ortschaften allerhand kleinliche Schwierigkeiten. In mehreren Orten der Provinz Posen wie auch in Angermünde überschüttet die Polizei die Verbandsbeauftragten mit Strafmandaten wegen irgend einer erfolglosen Nicht-An- oder -Abmeldung von Mitgliedern. Doch nicht genug hieran, haben die Unternehmer Einsichtnahme in die Mitgliederlisten ermöglicht, so daß es auf Grund solcher behördlichen Gefälligkeitsdienste häufig zu Entlassungen oder Maßregelungen „mühseligster“ Verbandsmitglieder kommt. Das einzige Hilfsmittel gegen den Uebermut des behördlich unterstützten Unternehmertums liegt in der Stärkung des Verbandes, die nur durch eine intensive Agitation zu erzielen ist. Redner gibt nun eine Reihe von praktischen Fingerzeigen zur besseren Ausgestaltung der agitatorischen Kleinarbeit in den einzelnen Zahlstellen. Unter anderem warnte er dringend vor persönlichen Differenzen, die häufig dadurch entstehen, daß „besonders kritisch veranlagte“ Kollegen den Leitenden und häufig am besten tätigen Personen unnötigerweise das Leben sauer machen. Er empfiehlt sodann möglichst Ausbau des Vertrauensmänner-Systems, Abhaltung von Werkstattbesprechungen und Bildung von Kontrollkommissionen, die unabhängig von den übrigen Funktionären, die Innehaltung der vereinbarten Arbeitsbedingungen überwachen. Ferner thunlichste Auffklärung der Verbandsangehörigen durch zweckentsprechende Behandlung belehrender Themen in den Versammlungen, damit die Mitglieder auch wissen, weshalb sie Mitglieder sind und das Wesen der gesamten Arbeiterbewegung auch völlig kennen lernen. Wenn in dieser Art mit dem nötigen Takt und Geschick verfahren wird, dann dürfte auch die Zerstückelungsarbeit der Hirsch-Dunderschen oder der sogenannten Lokalorganisationen eingebremst werden und die Erkenntnis der Klassenlage sowie auch das einmütige Zusammenwirken der eignen Organisationskollegen gute Fortschritte machen. (Beifall.)

Die Diskussion war auch hier eine äußerst rege. Sämtliche Redner pflichteten den Ausführungen Voelkes bei und brachte vielfach

recht bezeichnende Einzelheiten aus der agitatorischen Tätigkeit in den verschiedensten Zahlstellen vor.

#### Zweiter Verhandlungstag.

Ueber die Taktik bei Lohnbewegungen referierte Klingner-Berlin. Er empfahl eine sorgfältige Vorbereitung bei allen Differenzen, die etwa zu Streiks führen können. Jedes impulsive, unüberlegte Vorgehen könne den Arbeitern unberechenbaren Schaden zufügen. Besonders erforderlich sei die Anbahnung von Verhandlungen mit den Unternehmern, ehe die Arbeit niedergelegt werde. Allzuweit sei auf eine ungefähre, rein sachliche Information der Verhandlungsinstanzen über die Anlässe und näheren Verhältnisse bei Differenzen ein größeres Augenmerk wie bisher zu richten. Die Forderungen selbst müßten stets klar und bestimmt, allen in Betracht kommenden Verhältnissen (Konjunktur, Stärke der Organisation usw.) entsprechend formuliert werden. Was das Verhalten bei Streiks anbelange, so seien zunächst die Bestimmungen des Streikreglements strikte zu beachten; dann möge man sich der Rechtsprechung bezüglich des Verhaltens gegen Arbeitswillige möglichst anzupassen suchen, damit Prozesse und Verurteilungen aus diesen Anlässen nach Möglichkeit vermieden werden. Das Hauptgewicht sei auf eine gute Disziplin und Schulung der am Streik beteiligten Arbeiter zu legen; Ruhe und Besonnenheit seien von vornherein Hauptfordernisse zur Durchführung eines Streiks. Zu erwägen gebe er vor dem Eintritt in eine Lohnbewegung auch eine rechtzeitige Verständigung der Vorortzahlstellen mit Berlin wie ebenfalls der kleinen benachbarten Zahlstellen untereinander. Werde alles dieses genügend berücksichtigt, so könne man dem Verlauf einer Lohnbewegung auch lähnen Ruines entgegensehen. Selbst absolut erfolglos verlaufene Streiks könnten dann der Bewegung keinen dauernden Schaden zufügen. (Beifall.)

Obigen Ausführungen stimmten die Diskussionsredner im allgemeinen zu, wobei auch einige Unbefonnenheiten bei Streiks in mehreren kleineren Zahlstellen zur Sprache gebracht wurden.

Es folgt die Beratung der vorliegenden Anträge, die von den Vertretern der betreffenden Zahlstellen begründet wurden.

Angenommen wurde:

1. Antrag Guben: Jede Zahlstelle ist verpflichtet, gleichzeitig mit der Abendung der Abrechnung an den Hauptvorstand ein besonders dazu bestimmtes Abrechnungsformular ausgefüllt an den Hauptvorstand einzusenden. Gleichzeitig ist der Antrag dem nächsten Verbandstage zur Veräußerung zu empfehlen.

2. Antrag Straßberg: Der Hauptvorstand wird beauftragt, den kleinen Zahlstellen auf Verlangen möglichst oft einen Referenten zu stellen.

3. Antrag Schöneberg: Berlin und Vororte sind zu einem Streikgebiet zu vereinigen, zu welchem die Orte gehören, die gleiche Verhältnisse haben oder deren Mitglieder in Berlin arbeiten. (Der Antrag wurde der Vorortkonferenz zur Veräußerung überwiegen.)

4. Antrag Freiwald: Die Gaukonferenz beschließt, dem Hauptvorstand zu empfehlen, die Streikgebiete der kleinen Zahlstellen mit niedrigen Löhnen und einer längeren wie 9 1/2 stündigen Arbeitszeit zu bevorzugen.

5. Antrag Sommerfeld: Die Gaukonferenzen sollen nicht immer in Berlin, sondern auch in Mittelstädten abgehalten werden.

6. Antrag Klingner-Berlin: Die Zahlstellen-Verordnungen werden ersucht, von den dortigen Krankenkassen die in Frage kommenden Statuten an den Hauptvorstand einzusenden.

Außerdem gelangten noch eine Anzahl Anträge untergeordneter Natur zur Annahme; auch soll dem Wunsche der Posenischen Zahlstellen nach polnisch sprechenden Referenten nach Möglichkeit Rechnung getragen werden.

Dem kommenden Verbandstage sollen folgende Anträge der Gaukonferenz zur Beschlußfassung vorgelegt werden:

1. Mitglieder anderer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehender Organisationen können mit ihren erworbenen Rechten in den Holzarbeiter-Verband übertreten, sobald sie in einem dem Verband angehörenden Verze beschäftigt werden und ein Jahr ihrer Organisation angehören.

2. Mitgliedern, die auf der Reise ihr Mitgliedsbuch verlieren, ist die Erlangung einer Ersatzlegitimation zu erleichtern.

3. Den selbständigen Mitgliedern ist an Stelle der für sie nicht in Betracht kommenden Arbeitslosenunterstützung in Krankheitsfällen eine Unterstützung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung zu gewähren.

4. Kollegen, welche innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verbands beitreten, kann Rechtsanspruch sofort, die übrigen Unterstützungen jedoch nach 6 wöchentlicher Karenzzeit gewährt werden.

5. Mitglieder, welche infolge ihrer Verbandsaktivität keine Arbeit am Orte erhalten können und abreisen müssen, sollen die vollen Anzugskosten erhalten.

Außerdem sollen beim Verbandstage Abänderungen der statistischen Bestimmungen, die den Beitragsabzug von der Arbeitslosenunterstützung und den Ausschluß von Mitgliedern betreffen, be-

antragt werden; ebenso eine Aenderung des Streikreglements dahingehend, daß die dreimonatlich vorherige Anmeldung eines Streiks nicht unbedingt erforderlich sein muß, sowie auch eine dauernde Unterstützung der gänzlich invalide gewordenen Mitglieder und eine höhere Streikunterstützung an kranken Familien ins Auge zu fassen. Schließlich erklärte sich die Konferenz für eine Verlegung des Hauptvorstandes von Stuttgart nach Berlin.

Bezüglich der Gründung eines Central-Arbeitsnachweises für den Gau IV führte der Referent Leopold-Berlin aus: Der Arbeitsnachweis-Frage ist eine erhöhte Bedeutung zugemessen als bisher. In dieser Hinsicht könnten die Arbeiter von den Unternehmern noch viel lernen. Es muß Bedacht darauf genommen werden, den Arbeitslosen möglichst schnell Beschäftigung zu verschaffen. Dies ist nun bei lokalen Arbeitsnachweisen, besonders wenn gemahregelte Kollegen in Frage kommen, nicht immer leicht möglich. Ist jedoch der Arbeitsnachweis über einen größeren Distrikt centralisiert, so wird die Unterbringung von Verbandskollegen weit weniger Schwierigkeiten bereiten. Ganz abgesehen davon, daß dem Eindringen indifferenten Elements in die Werkstätten besser vorgebeugt werden kann, läßt sich auch ein größerer Einfluß auf die Arbeitgeber gewinnen; auch zur Stärkung der Organisation dürfte ein centralisierter Arbeitsnachweis wesentlich mit beitragen. Es liegt im dringendsten Interesse der Kollegen, rechtzeitig zu verhindern, daß die Arbeitgeber das Arbeitsnachweis-Wesen ganz allein in die Hände bekommen, denn es ist ja hinlänglich bekannt, daß die ganzen Schmarbener-Verbände und nicht zuletzt der habsburgische Arbeitgeber-Schutzbund auf die Gründung von Arbeitsnachweisen über größere Distrikte des Reiches bedacht sind. Hier können nicht nur die arbeitserfindlichen Bestrebungen der Unternehmer paratisiert werden, sondern es ist auch bei zweckmäßiger Leitung des Central-Arbeitsnachweises eine wesentliche Vereinfachung und Erleichterung in der Placierung der arbeitssuchenden Kollegen zu erzielen.

Die Diskussion bewegte sich durchweg in zustimmendem Sinne. Stussche-Berlin stellt den Ortschaften die rechtzeitige Information betreffs Regelung aller Einzelheiten in Aussicht und bittet ebenfalls, frisch ans Werk zu gehen mit der Ausgestaltung der allseitig empfohlenen Einrichtung. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des Vorstandsantrages, für den Gau IV einen Central-Arbeitsnachweis zu gründen. Ebenfalls soll dem Hauptvorstand empfohlen werden, auch in den übrigen Gauen die Gründung solcher Arbeitsnachweise in die Wege zu leiten.

Nachdem noch unter Verschiedenem eine Aussprache über Mitgliedschaften bei der Einzahlung der Reise-Unterstützung in verschiedenen Ortschaften stattgefunden hatte, schloß der zweite Verbandstag die Konferenz mit einem Hoch auf den Holzarbeiter-Verband.

#### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist (eben das 21. Heft des 22. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die gelbe Gefahr. — Arbeiter-Rationalismus. Von Karl Kautsky. II. (Fortsetzung). — Ant und Warr. Von Franz Rehring. — Die Arbeiterbewegung im modernen Japan. Von Gustav Schlein. (Schluß). — Der Streikbros von Kerat. Von K. K. — Literarische Rundschau: August Rehm, Geschichte, Theorie und Technik der Statistik. Von W. n. Statistisches Jahrbuch für den preussischen Staat. Von n. n. — Notizen: Technischer Fortschritt und Arbeiterzahl in der Industrieindustrie. Von J. G. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Poststellen und Postportale zum Preise von 1,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist und (eben das 14. Jahrgangszugang) erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Es steht ihnen nicht an! — Die Hausindustrie und die soziale Gesetzgebung. Von ad. br. — Die roten Bürgerkriegsmaßnahmen in Hamburg. Von Louise Jeth. — Zur Geschichte der Kindererziehungsanstalt. Von W. D. — Aus der Bewegung. — Heulstein: Verba. Von Gu. de Bauhofst. Deutsch von Wilhelm Thal. (Fortsetzung). — Notizen: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Vereinsrecht der Frauen. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf., unter Kreuzband 35 Pf.

Der „Wahre Jacob“ hat (eben die fünfte Nummer seines 21. Jahrganges) erschienen. Aus dem Inhalt derselben heben wir die beiden farbigen Bilder hervor: „Centrum und Burnkrankheit“ und „Militärische Aufstellung“, ferner die Illustrationen „Die macedonische Frage und die Rechte“, „Anfernung“, „Hellsiele“, „Nach Vorbesicht des Hofzuges“, „Weltpolitik“, „Die Minister haben einen sehr schweren Posten“, „Sein Programm“, „In der Wohlthätigkeitsvorstellung“, „Außerdem enthält die Nummer ein Portrait unfers zu früh verstorbenen Parteigenossen Emil Plonow nicht Rahtus für derselben. Der textliche Teil der Nummer bringt sodann die Gedichte „Eine Eheirung“, „Konstitutionell“, „Büchereis Gedel vor der Schlacht“, „Die Champagnerfüllerin“ (ausgeführt), „Mein Deutschland“, „Bedenklische Jellen“, und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Heulsteins „Der Plennig“ und „Samborgisches“. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist zehn Pfennig.

#### Neubecker

zu seinem 60. Geburtstag ein dreimal sommerndes Hoch, daß die ganze Bude macht.

#### Die Kollegen der Bauschleierei von H. Zeller.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Postcauller **Bruno Rothe** nach langem schweren Leiden am 20. Februar sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Gethsemane-Gemeinde, Kleber-Schönhausen-Kordens, aus statt. 20376  
Um stillen Beisid bittet  
Die trauernde Witwe  
Helene Rothe.

#### Verband der Portefeniller

Am 20. Februar starb nach langen Leiden unser Mitglied, Kollege

#### Bruno Rothe

im Alter von 33 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes in Kordens aus statt. 109/3  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Die Ortsverwaltung.

#### Meino im Verortverkehr ca. 40 Min. Bahnfahrt, dicht am Bahnhof

in herrlicher Landschaft, an fischreichem Teich belagene Baustelle verkauft billig mit Baugeld und Hypothek. Offerten unter G. C. 365 an Rudolf Mosse, Berlin, Leipzigerstr. 103.

#### Gewinn-Verteilung.

Die Auszahlung der Gewinn-Anteile für das Jahr 1903 nach § 54 der Betriebsordnung wird am

**Freitag, den 26. Februar d. J.,**

nachmittags 5 Uhr, erfolgen. Die im abgelaufenen Jahre von mir beschäftigten Arbeiter werden zu der der Auszahlung vorangehenden Versammlung der Zahlstellenmitglieder hiermit eingeladen.

Berlin, 23. Februar 1904.

#### Heinrich Freese.

**Hofjäger-Palast**

Hasenheide **Felsenkeller** Hasenheide 52-53. Sende sowie täglich: **Grosser Bockbier-Rummel** bei freiem Entree. 42932\* Sonntags: **GR. BALL.**

#### Vereine.

Zimmer für 80 und 20 Personen, auch für Gefangene. Neues Pianino. Tischentr. 39. I. Etage, **Karl Grosser.** (Zwischen Bahnhof Böge und Alexanderplatz.) Telefon: Amt III, 1813. Bezirksklub des Verbandes deutscher Gastwirtsgesellen. 42906\*

#### Allen Lesern dieser Zeitung

lieferung um meinen nach 1000 zählenden Kunden- 2,95 M. Verpackungskreis zu vergrößern, für sage um schreibe **frei**

45-50 fl. delikate Heringe i. fl. Sauce  
30-25 fl. Spr. Goldbücklinge fl. geräuch.  
1 Dose fl. Gel-Sardinen fett fett  
1 Stück fl. Rauchlachs, mild und zart  
1 fl. Kleiner Rauchsalz, zart im Fleisch  
Swinemünde No. A. 56.  
Fischerei-Import-Export.

#### E. Napp Nachf.,

**J. Kurzberg**  
Neue Königstr. 47  
direkt am Alexandropol.  
liefert eleg.  
nach Mass bei nur geringer Teilzahlung.  
Werkstatt im Hause.

#### Kranz- und Blumenbinderei

von **H. Rodewald,**  
Alexandrienerstrasse 1a.  
Kranz- und Blumenbinderei, Bouquets, Topfgewächse jeder Art. Preiswert.

6  
Wact □. Rt. Straßenland gratis, s. Centrum Berlins 2 1/2 Meile, idyllische Lage, prima Boden, verk. Schulz, Nizdorf, Lenaustr. 12

#### Stettin. Filialen Berlin. Mass-Anzüge Mass-Paletots 24 und 30 Mark

Unter Garantie des tadellosen Sitzes bei peinlichst gewissenhafter Anprobe liefere ich von prima Partio-Stoffen mit guten Zuthaten Anzüge nach Mass zu obigen Preisen.

Indem gewesene Angestellte sich speziell auf mein gutes Renommee stützen, mache ich darauf aufmerksam im Interesse des werten Publikums, sich direkt zu wenden an 42741\*

#### Sonnenschein Herren-Moden

nach Mass Chausseestr. 54 I - Lindenstr. 95 I.

#### Andreas-Garten

Andreas-Strasse 26.  
Kleine und große Säle zu Versammlungen, Hochzeiten und Festlichkeiten noch einige Sonnabende zu vergeben. Fremdenlogis. Regelmäßig für gute Speisen und Getränke in bester Gerat. 42772\*

#### Masken-Garderobe

von 38242\* Schneiderstr. 126, 1 Tr. Größte Auswahl! Billigste Preise! Vorgesicht dieser Annonce erhält 10% Preisermäßigung.

#### Kranz- und Blumenbinderei

von **Robert Meyer,**  
nur Mariannen-Strasse 2.  
Kranz- und Blumenbinderei, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

So lg. Vor. frei g. Rdn. v. 3 1/2 M. 2 echte Rauch 56 Brastr. u. marinierte 1 D. Dessard. 1/2 Bb. Rauch u. 30 Goldspieß. Fischerei-Exp. E. Degenor, Swinemünde. E. 71.

#### Dr. Wenders Nerventhee

Veronica montana-Berggarnbeil-mittel arztlich empfohlen. Schi nur in verschlossenen Originalpacketen mit obigen Namenzeichen in Apotheken und Drogerien oder durch den Generalvertrieb Franco Hans Willy Tomaska, Drogerien und Apothekenwaren, Falkenstr. 44. 717\*

#### Berliner Uk-Trio.

Felix Scheuer U. Kreislerstr. 1.

#### 10% Inventur-Rabatt

auf

#### Echte Perser Teppiche

und handgeknüpfte Smyrna, indische u. türkische Fabrikate.

#### Emil Lefevre,

Oranienstr. 158, Berlin S. Selten günstige Kaufgelegenheit.

#### Secreta

Bewegliche künstl. Menschen-Augen fertigt direkt nach der Natur in Gegenwart der Patienten

#### W. Müller, Albrechtstr. 16.

Einziger Augenärzter Berlins. Anatomisch richtige Formen für jede Augenhöhle, ohne jede Beschwerden, unter Garantie. Künstliche Augen vom Lager zu Optiker-Berlin. 41462\*

#### Zahn-Klinik.

Olga Jacobson, beliebige Teilzahlung, Invalidenstrasse 145.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, 23. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Geschlossen.  
**Schauspielhaus.** Baum wie alter.  
Die Romantischen.  
**Deutsches. Faust.**  
Berliner. Vaterland.  
Leffing. Papstentwurf.  
Wespen. Der Tempel und die Jüdin.  
Neues. Medea.  
Residenz. Der leuchtende Casimir.  
Der: Die Empfehlung.  
Central. Das Schwalbennest.  
Belle-Alliance. Götterweiber.  
Thalia. Der Hochtourist.

**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Die Bildende.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmsstädt.)  
König Lear.  
Pulcinella.  
Richard. Nachtstuhl.  
Trianon. Madame X.  
Gari Weiss. Zwei Frauen.  
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.  
Wehr. Herrschaft. Nur eine Nacht.  
Casino. Entführung.  
Winter-Garten. Cléo de Mérode.  
Specialitäten.  
Apollo. Frühlingluft. Blütenhochzeit. Specialitäten.  
Metropol. Durchlaucht Radisches.  
Reichshallen. Steffner Sängers.  
Passage-Theater. Lo To. Fred Blauel. Specialitäten. Anf. 5 Uhr.  
Urania. Taubenstraße 48/49.  
Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens.  
Invalidentheater. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Central-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Das Schwalbennest.**  
Operette in 3 Akten v. H. Debonair.  
Musik von Henry Herzlich.  
Sonntagsnachm. 4 Uhr halbe Preise:  
Sindernochstellung. Jeder Erwachsene ein Kind mit Extrablatt frei.  
Der gekielte Kater.  
Abends Das Schwalbennest.

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Medea.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Minna von Barnhelm.  
**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Kean.**  
Mittwoch: Minna von Barnhelm.  
Donnerstag: Eine leichte Person.  
Freitag: Versteig. Billi Krugenschütz zum erstenmal: „Uriel Acosta“.  
Sonntags: Kean.  
Sonntagsnachmittag: Die goldene Eva. — Abends: Uriel Acosta.  
Montag: Eine leichte Person.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Heute: Köpnickstrasse 67.  
Zum **181.**  
Anfang 8 Uhr.  
Ende 10 Uhr 30 Min.  
GASTSPIEL  
**A. Philipp.**  
Ueberr grossen  
Male: **TEICH.**

**Residenz-Theater**  
Direktion S. Rautenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Empfehlung.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der leuchtende Casimir.**  
**Metropol-Theater**  
Durchlaucht Radisches!  
Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
**Nachtschl.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Elektra.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
Zum erstenmal: **Die Wildente.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Henrik Ibsen.  
Deutsch von Ernst Braunemetter.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Die Wildente.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Die Kinder der Exzellenz.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Joan Kren und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Abends 7 1/2 Uhr. Zum **175. Male:**  
**Der Hochtourist.**  
Guido Thielscher in der Titelrolle.  
Morgen u. folg. Tage: Der Hochtourist.  
Sonntagsnachmittag: Charleys Tante.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direktion Joan Kren und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Täglich abends 7 1/2 Uhr:  
**Götterweiber.**  
Musikl. Fosse mit Gesang und Tanz.  
Sonntagsnachm. 3 Uhr, keine Preise:  
**Hofgunst.**

**Cirkus Schumann.**  
Deute Dienstag, den 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr:  
**Besonders gewähltes Programm.**  
Direktor Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.  
Neuherausgeben: Der preisg. **die leuchtenden Spiegel-Terrassen.**  
getrocknete Ger Zug und Herrn. Lill. South einzig dastehende Löwendressuren **25 männliche Löwen.**

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**Der Erdball als Träger des Lebens.**  
Invalidentheater. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.  
**CASTANS PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
**Ein Naturwunder:**  
Die bildschönen **Herkules-Brüder**  
Der Indianer-Riese **Mianko Karoo.**

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntag, 3. Wochentags 5 Uhr.  
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
**To To**  
der mysteriöse Zitherspieler.  
**Fred Edlawi**  
der beste Verwandlungskünstler.  
Sonntags, den 27. Februar:  
Gr. Artisten- und Künstler-Ballfest.  
**„Nach dem Zapfenstreich.“**  
Eintritt 5. reservierte Terrasse 10 M. Billets bei A. Wertheim, Invalidendank, Künstlerdank und Passage-Theater.

**Apollo-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
mit dem **Blütenhochzeit.**  
9 1/2-11 Uhr:  
Die erstklassigen Specialitäten.  
**Robert Steidl** mit neuen Schlagsern.  
Cronin. X. Joscarys. X. Logays.  
Drei Zagas. X. Messors Kosmograph.  
**??? Nordini ???**  
der Mann mit den Wundermuskeln.  
Original-Trick: Befreiung aus der Zwangsjacke.  
Sonntag, den 28. Febr., nachm. 3 Uhr:  
Ermässigte Preise: **Lysistrata** und Specialitäten mit **Nordini.**

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Straße 132.  
Abends 8 Uhr:  
Benefiz. 25-jährigen Bühnenjubiläum des Regisseurs **Leo Gadel.**  
Zum erstenmal:  
**Zwei Frauen.**  
Morgen nachm. 4 Uhr: Schiller-Vorstellung: **Wilhelm Tell.** Abends: **Zwei Frauen.**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
**Brannenstrasse 16.**  
**Graf Essex.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Mittwoch: **Grosses Bockbier-Fest.**  
Theater. Ball. Ueberraschungen.  
**Fröbels Allerlei-Theater**  
fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.  
Gastspiel der Freien Vereinigung für Litteratur und Kunst.  
**Adrienne Lecouvreur.**  
Drama in 5 Akten.  
Nach der Vorstellung: **Freitanz.**  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.  
**Madame X.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntagsnachmittag: „Biscotte.“

**Steidl-Theater**  
Linienstrasse 132. Oranienburger Thor.  
**Gänzlich neues Programm.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. (Vorverl. 40 Pf.)  
**Gebüder**  
**Herrnfeld-Theater.** Sonntags 7 Uhr.  
Die anerkannt erfolgreichste Revue!  
**Nur eine Nacht!**  
2 Akte aus einer Ehe.  
Romödie von A. und D. Herrnfeld mit den Prachtfiguren **Will Waldheim** . . . Donat Herrnfeld.  
Taschek . . . . . Anton Herrnfeld.  
Dambisch . . . . . Ferd. Grünocker.  
Berner: Das neue Februar-Künstler-Programm.  
Lyrico-Quartett, Italienisches Opern-Ensemble, 5 Schwestern Longonelli in Ihren Delig.-Gesängen u. Tänzen.  
Marka Freya. — Milda Stadthagen.

**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sängers und Tanzkänzchen.  
Dienstag:  
**Theaterabend.**  
Vorzugskarten gültig.  
Dienstag, den 23. Februar: „Ein Mann aus dem Volke.“

**Steidl-Theater**  
Linienstrasse 132. Oranienburger Thor.  
**Gänzlich neues Programm.**  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. (Vorverl. 40 Pf.)  
**Gebüder**  
**Herrnfeld-Theater.** Sonntags 7 Uhr.  
Die anerkannt erfolgreichste Revue!  
**Nur eine Nacht!**  
2 Akte aus einer Ehe.  
Romödie von A. und D. Herrnfeld mit den Prachtfiguren **Will Waldheim** . . . Donat Herrnfeld.  
Taschek . . . . . Anton Herrnfeld.  
Dambisch . . . . . Ferd. Grünocker.  
Berner: Das neue Februar-Künstler-Programm.  
Lyrico-Quartett, Italienisches Opern-Ensemble, 5 Schwestern Longonelli in Ihren Delig.-Gesängen u. Tänzen.  
Marka Freya. — Milda Stadthagen.

**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sängers und Tanzkänzchen.  
Dienstag:  
**Theaterabend.**  
Vorzugskarten gültig.  
Dienstag, den 23. Februar: „Ein Mann aus dem Volke.“

**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sängers und Tanzkänzchen.  
Dienstag:  
**Theaterabend.**  
Vorzugskarten gültig.  
Dienstag, den 23. Februar: „Ein Mann aus dem Volke.“

**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sängers und Tanzkänzchen.  
Dienstag:  
**Theaterabend.**  
Vorzugskarten gültig.  
Dienstag, den 23. Februar: „Ein Mann aus dem Volke.“

## Cirkus Busch.

Rur noch wenige Tage:  
**Wunder-Dressur** des **Dr. Richard Sawade** mit seinen **wilden Königstigern.**  
Rur noch wenige Tage!  
Fr. Martha Mohrke, Schulkreierin.  
Rhe. de Holstein, Schulkreierin.  
Eine **Wiener Damenkapelle**  
höchst feines Intermezzo von sämtlichen Clowns.  
Zum 62. Male:  
**Aus den Alpen.**  
Bemerkenswert:  
**Der Automobilsturz.**

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Dienstag, den 23. Februar:  
**Bernhard Rose-Theater-Ensemble.**  
**Minna von Barnhelm.**  
Ein Lustspiel in 5 Akten von G. G. Lessing.  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag, den 25. Febr.: **Lanone.**

**Palast-Theater**  
Burgstraße 22, früher Feen-Palast.  
Deute und folgende Tage 8 1/2 Uhr:  
**Goldene Berge.**  
Fosse mit Gesang in 4 Akten von G. G. Lessing.  
Vorher: **Konzert** und im **Specialitäten-Teil:**  
Les Raffale, Duo-Randhalsmaler.  
Lilli Eriston, Gesangs- und Tanz-Gesellschaft.  
Mr. C. Jürgensen, Mimiker. Die Familie Gumbert.  
O. C. Shields, Excentrique-Jongleur.  
Grete Walter, Intern. Niederjägerin.  
Signora Ernesto mit ihrem mysteriösen Uelanten.  
Freitag, den 24. Februar, abends 8 Uhr: **Kabale und Liebe.** Trauerspiel von Fr. v. Schiller. Hervorragende Gasse, halbe Klassenpreise.

**Casino-Theater.**  
Lothringersstr. 37. Anf. 8, Sonntag 7 1/2.  
Die feinste Operette.  
**Die Cirkusfee.**  
9 1/2 Uhr:  
Voch: Das glänz. Februarprogramm.  
Sonntagsnachm. 4 Uhr: **Wie einst im Mal.**

**Königstadt-Kasino**  
Polzmarstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Täglich:  
**Franz Sobanski.**  
Neu! **The Byrons, Flimm u. Flumm, Eugen Nighon.**  
Die Februar-Specialitäten.  
Neu! **Der Ehrenpokal.** Neu!  
Nach der Vorstellung: **Wiltmoos, Sonntags u. Sonntag: Tanz.**

**Baustellen** (Landparzellen)  
in herrlicher Lage, prachtvolle Landschaft von Hochwald umgeben, vorzügl. Strassen, Bahnstation bequem gelegen, Vorortverkehr, mit kl. Ans. preiswert zu verk. Solv. Käufern gewähre zwecks Bau auskömm. Hyp. Offerten unter **G. N. 311** an **Rudolf Mosse, Berlin W., Leipzigerstr. 103.** 74/19

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-lifer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 3853.  
Mittwoch, den 24. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgeoffen  
im „Dresdener Garten“, Dresdenerstraße 45  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Geoffen **Waldeck Manasse.**  
2. Diskussion.  
3. Berathungsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 24. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
der Chirurgischen Branche  
im Lokale von **Wilke, Brunnenstraße 188.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Branchenvertretung und Arbeitsvermittlung.  
2. Neuwahl des Branchenvertreter, der Agitationskommission und der Arbeitsvermittler.  
3. Unsere Gummiarbeiterkonferenz.  
4. Verschiedenes.  
111/20

Die Ortsverwaltung.  
**Orts-Krankenkasse**  
für den Gemeindebezirk **Lichtenberg.**  
Einladung zur **Wahlversammlung.**  
Mit dem Inkrafttreten der neuen Satzungen ist in Gemäßheit des § 71 Absatz A derselben die **Neuwahl der Delegierten** zur Generalversammlung erforderlich geworden.  
1. Zu wählen sind durch die Klassenmitglieder zufolge des § 51 der Satzungen **61 Delegierte** und **30 Erfahmänner.**  
Wähler und wahlberechtigt sind nur Mitglieder, die großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.  
2. Durch die Herren Arbeitgeber sind zu wählen für je 200 beschäftigte Klassenmitglieder, für welche erstere Beiträge aus eignen Mitteln zahlen, je 1 Delegierter, zusammen **20 Delegierte.**  
Jeder Arbeitgeber, welcher Beiträge aus eignen Mitteln leistet, führt bei der Wahl eine Stimme.  
3. Zur Vornahme der Wahlen laden wir die Klassenmitglieder und die Herren Arbeitgeber hiermit ergebenst ein.  
Die Klassenmitglieder, welche in den Betrieben beschäftigt sind, die Pflicht des Stimmzuges: **Gürtelstraße, Dorfstraße, Weihenacker Weg** (ausschließlich der zwei genannten Straßen) belegen sind und die in **Wilmersberg** beschäftigt sind, bilden die **erste Wahl-Abteilung** und wählen am **Dienstag, den 1. März 1904, abends von 6-8 Uhr.**  
Die Klassenmitglieder, welche in den Betrieben in der **Gürtelstraße, der Dorfstraße, dem Weihenacker Weg** und dem Ortsteil **weillich** dieses Stützbezuges beschäftigt sind, bilden die **zweite Wahl-Abteilung** und wählen am **Mittwoch, den 3. März 1904, abends von 6-8 Uhr.**  
Die Klassenmitglieder, welche Selbstzahler (freiwillige Mitglieder) sind, üben ihr Wahlrecht in der **Abteilung aus, in der ihre Wohnung belegen ist.**  
Die Arbeitgeber wählen in ungetrennter Wahlversammlung am **Donnerstag, den 3. März 1904, abends 8-9 1/2 Uhr.**  
Die Wahlen finden an allen drei Tagen in der **Gloahalle des Schwarzen Adlers** (Höllisch), **Frankfurter Chaussee 120** statt.  
Zu wählen sind:  
durch die **erste Wahl-Abteilung** **38 Delegierte** und **10 Erfahmänner,**  
durch die **zweite Wahl-Abteilung** **23 Delegierte** und **11 Erfahmänner,**  
von den **Arbeitgebern** **20 Delegierte.**  
Die Wahlhandlungen für die Klassenmitglieder werden von dem 1. Vorsitzenden **Herrn W. Lehmann** geleitet, während die Wahlhandlung für die Herren Arbeitgeber von dem 2. Vorsitzenden **Herrn G. Groß** geleitet wird. Als Legitimation wird das **Wahlzettelbuch** gefordert und erlangen wir die Herren Arbeitgeber dieses abgestempelt den Klassenmitgliedern zu diesem Zweck auszufolgen.  
**Der Kassenvorstand.**  
W. Lehmann, Vorsitzender.

**WINTER GARTEN**  
„Pas de Deux“ getanzt von Sign. Fiorentini u. Sgr. Cerutti.  
Kaufmann-Truppe Weibl. Radfahrer. Sisters Moulter Rockturnerinnen. Brothers Damm Excentric Akrobat. Paul Baty Drossierte Bären. O'Neil und Topp Excentrics.  
**Dora Keplinger** Sängerin vom k. k. priv. Theater a. d. Wien.  
**Costantino Bernardi**  
In einer Komödie mit 9 Personen v. Bernardi allein dargestellt.  
**Georg Hartmann** Zauberkünstler. **Athleta & Brada** Kraftproduktion. **Tanzbilder** mit **Cléo de Mérode** Biograph.

**Victoria-Säle**  
**Rixdorf, Hermannstraße 49:**  
Heute Dienstag, den 23. Februar:  
**Grosses**  
**Humoristisches Konzert**  
und **Bockbierfest.**  
Entree 30 Pf., im Vorverkauf 20 Pf.

**Bruch-Pollmann**  
empfiehlt sein Lager in **Bruchbandagen, Leibbinden, Gasaehältern, Spritzen, Suspensors, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.**  
**Eigene Werkstatt.**  
Elefant, Oxid- u. Holz-Krankentafeln **Berlin C., 30. Finien-Strasse 30.**  
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Bellothen, angenehm und weich am Körper. 38252\*

# Zu ermässigten Preisen

verkauft jetzt, so lange der Vorrat reicht, die in der

## Kochkunst = Ausstellung

ausgestellt gewesenem, zum Teil angeschmutzten

Tischtücher	Handtücher	Leinen- und
Mundtücher	Wischtücher	Baumwollstoffe
Gartendecken	Bettwäsche	Gardinen

### Ferner kleine Restbestände:

Wollene Blusen	Gardinen und Stores
grössere Weiten.	vorjährige Muster.

# Berlin W. F. V. Grünfeld

Landeshuter Leinen- und Gebild-Weberei.  
Leipzigerstr. 25.

### Gänsefedern 60 Pf.

gr. Pfand (größer zum Waschen). **Schlachtfedern**, wie sie u. d. Hans fallen, mit allen **Dannen M. 1.50**, kleineren **Dannen M. 2.00**, bessere **Schlachtfedern M. 2.50**, beste **Schlachtfedern M. 3.50**, russische **Dannen M. 3.50**, weißbäum. **Dannen M. 5.00**, grüner **Dannen M. 1.50**, 2.00, 2.50, prima **geriffelte M. 3.00**, 3.50, **Dannen** gegen **Nachnahme**. **Berlin S.**  
**Gustav Lustig**, Prinzstraße 48a.  
Echte **Wasserdichtfedern** m. **stern.** Beschrift. **Viele Annehmlichkeiten.**

**Reichshallen**  
Steffner Sängers  
Zum Schluss neu:  
Die Berliner bei den Hereros.  
Anfang 8 Uhr.  
Nachmittags 7 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Sanssouci.**  
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sängers und Tanzkänzchen.  
Dienstag:  
**Theaterabend.**  
Vorzugskarten gültig.  
Dienstag, den 23. Februar: „Ein Mann aus dem Volke.“

# Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

Reichenbergerstraße 5. **A. Schulz**, Reichenbergerstraße 5.  
in mir anerkannt gediegener Ausführung, auch einzelne Stücke, zu äusserst billigen Preisen.  
Empfehle Einrichtungen von **240 bis 5000 M.**  
Etwas reelle und gewissenhafte Bedienung. (42592\*)  
Günstigste Zahlungsbedingungen.

Konferenz der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Am Sonntag begann in Berlin, Dragonerstr. 15, die Konferenz der Vereinigung der Zimmerer (lokaler Richtung). Anwesend waren 21 Delegierte, außerdem Vertreter der Geschäftsleitung, des Ausschusses, der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, der lokalen Arbeitervereine und anderer.

Im Jahre 1899: 10 Vereine mit 1736 Mitgliedern.
1900: 16 " " 1990
1901: 22 " " 2058
1902: 26 " " 2114
1903: 29 " " 2232

Im vergangenen Jahre sind 3 Vereine eingegangen, es sind also nur 26, die Mitgliederzahl ist aber auf 2232 stehen geblieben. Da die Organisation sich meist auf kleinere Orte erstreckt, so sei die Mitgliederzahl der einzelnen Vereine nicht groß, aber die Organisation werde weitere Fortschritte machen.

Ferner führte der Redner aus, daß die Organisation für Streikunterstützungen ausgegeben hat:

Table with 2 columns: 'Für die eigene' and 'für andere Organisationen'. Rows list years from 1899 to 1903 with corresponding monetary values.

In den Jahren 1902 und 1903 wurden 14 Lohnbewegungen geführt; davon endeten 8 mit vollem, 3 mit teilweisem Erfolge, 2 mit einem Verzicht, 3 mit dem Abschluß eines Tarifvertrages, 3 ohne Erfolg.

Aus dem Geschäftsbericht sei noch erwähnt das Ergebnis der Arbeitslosenrechnung im Jahre 1903. Im 1. Quartal waren bei 2100 Mitgliedern 2408 Wochen Arbeitslosigkeit und 760 Wochen Krankheit zu verzeichnen, im 2. Quartal bei 2186 Mitgliedern 1381 Arbeitslosigkeit, 517 Krankheitswochen, im 3. Quartal bei 2209 Mitgliedern 318 Arbeitslosigkeit, 363 Krankheitswochen, im 4. Quartal bei 2232 Mitgliedern 1150 Arbeitslosigkeit, 580 Krankheitswochen.

Den Bericht des Ausschusses erstattete Tzeminaki. Er gab hauptsächlich einen Überblick über die zu Gunsten der Vereinigung entfaltete Agitation.

Juppenlay, der als erster Diskussionsredner sprach, stimmt dem günstigen Urteil Fischers über die Haltung des „Vorwärts“ gegenüber der lokalen Richtung nicht zu. Der „Vorwärts“ stehe unter der Fuchel der Centralverbände. (Beifälliges lebhaftes: Sehr richtig!) Der heilige Stuhl sei wohl nur deshalb von Hamburg nach Berlin verlegt worden, um nicht nur den „Vorwärts“, sondern auch die Parteileitung im Sinne der Centralverbände zu beeinflussen.

Die Sitzung am Montag begann mit der Behandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung: Presse. Der Referent Juppenlay sprach sich im allgemeinen anerkennend über die Haltung der „Einigkeit“ aus, sie solle für Aufklärung, aber, da sie das Organ von 23 Verufen ist, sei sie nicht in der Lage, die Interessen der Zimmerer so wahrzunehmen, wie es gewünscht werden müsse; insbesondere habe die „Einigkeit“ nicht den Raum zur Verfügung, um Angriffen des Verbandes in so ausgiebiger Weise entgegen zu treten, wie es das Interesse der Vereinigung erfordere.

Als Gegenstück zu der Angelegenheit des Prinzen Arenberg, des münchener für geisteskrank erklärten Mörders, veröffentlicht der Schriftsteller Karl Schneid in der „Zeit am Montag“ eine Anzahl Altentwürfe, welche darthun, daß die Bluttat an dem Justizrat Lebz in Oktober 1896 wenigstens von einem der jugendlichen Zeitschmer im geistig unzurechnungsfähigen Zustande begangen worden ist. Die beiden Mörder, Werner und Grosse, sind am 1. Dezember 1896 zu je 15 Jahren Gefängnis, also der höchsten in diesem Falle in Betracht kommenden Strafe verurteilt worden; besonderes Aufsehen erregte in der Verhandlung das Verhalten der Verteidigung.

ihres Berufs selber bearbeiten und in der ihr geeignet erscheinenden Form und Ausdehnung in der „Einigkeit“ zur Veröffentlichung bringen könne. Die weitere Diskussion bewegte sich vorwiegend im Sinne der letzten Ausführungen Fischers. Kater bemerkte noch, daß die Redaktion der „Einigkeit“ die Wünsche der Zimmerer stets in weitestem Maße berücksichtig habe, und daß es auch in Zukunft so bleiben werde.

Die Vormittagsitzung endete mit einem von Dahms erstatteten Bericht über den 6. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, dem eine kurze Diskussion folgte. Auf eine Anfrage, wie es mit den vom Parteivorstand eingeleiteten Verhandlungen zwecks Einigung der beiden gewerkschaftlichen Richtungen stehe, bemerkte Kater, daß eine neue Verhandlung am 13. März stattfindet, und daß für die Vertreter der Freien Vereinigung nur die vom 6. Kongreß angenommene Resolution maßgebend sei.

In der Nachmittagsitzung referierte Gramann-Halle über die Bauarbeiterbewegung in Deutschland. Er führte aus: Die bestehenden Unfallverhütungs-Vorschriften und Verordnungen bieten, weil sie nicht ausreichend befolgt werden, keine genügende Garantie für den Schutz der Bauarbeiter. Es müsse eine reichsgerichtliche Regelung des Bauarbeiter-schutzes gefordert werden und zwar in dem Sinne, der in dem von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Gesetzentwurf zum Ausdruck kommt.

Hierauf folgte eine längere Beratung des Regulativs der Organisation. Dasselbe wurde in der bisherigen Fassung mit einigen nicht erheblichen Änderungen angenommen. Ferner wurde eine Reihe von Anträgen, welche für die Deffektivität kein Interesse haben, erledigt. Ein von Juppenlay gestellter Antrag, den internationalen sozialistischen Kongreß in Amsterdam durch einen Delegierten zu beschicken, wurde abgelehnt und statt dessen beschlossen, die Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften zu ersuchen, ihrerseits zu dem internationalen Kongreß Stellung zu nehmen.

Hierauf folgte eine längere Beratung des Regulativs der Organisation. Dasselbe wurde in der bisherigen Fassung mit einigen nicht erheblichen Änderungen angenommen.

Erster Wahlkreis. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20, eine öffentliche Versammlung des Wahlkreises statt. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Georg Schöpplin über: „Der Krieg in Ostasien“. Diskussion. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet.

Fünfter Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Schweizer Garten, Am Königsberg, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Dr. Frühlich aus Wien über „Alkoholisimus und Klassenkampf“ spricht. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Vertrauensleute.

Spandau. Am Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 Uhr, in Köpnick-Saal (Flora), Wichelshöfstr. 39: Volksversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Jubel über: „Das Urteil der Spandauer Arbeiter über den neuesten Sozialkurs in Preußen“.

Köpenick. Der Wahlverein hat heute Dienstag, abends 8 Uhr, im Lokal „Kaiserhof“ seine Vereinsversammlung ab, in der unsere Stadtverordneten Bericht über ihre Tätigkeit im Stadtparlament erstatten. Auch über die Raifeier soll in dieser Versammlung verhandelt werden.

Lokales.

Ein Irrenniger im Kerker.

Als Gegenstück zu der Angelegenheit des Prinzen Arenberg, des münchener für geisteskrank erklärten Mörders, veröffentlicht der Schriftsteller Karl Schneid in der „Zeit am Montag“ eine Anzahl Altentwürfe, welche darthun, daß die Bluttat an dem Justizrat Lebz in Oktober 1896 wenigstens von einem der jugendlichen Zeitschmer im geistig unzurechnungsfähigen Zustande begangen worden ist. Die beiden Mörder, Werner und Grosse, sind am 1. Dezember 1896 zu je 15 Jahren Gefängnis, also der höchsten in diesem Falle in Betracht kommenden Strafe verurteilt worden; besonderes Aufsehen erregte in der Verhandlung das Verhalten der Verteidigung.

Der Rechtsanwaltschreiber Werner ist, wenn wir nicht irren, im Gefängnis gestorben, der Schlosserlehrling Grosse aber leidet seit über fünf Jahren an Verfolgungswahn und befindet sich, wie das erwähnte Montagsblatt meldet, trotz alledem noch hinter den Kerkermauern von Plönssee. Das Blatt bringt u. a. ein Altentwurf, worin der Anstaltsdirektor Wirth schon begründete Zweifel an der geistigen Zurechnungsfähigkeit des jungen Grosse äußert.

Am 22. 1. 00, nachmittags, erschienen die Mutter und der Bruder des Strafgefangenen Willa Grosse — 2110 — zur Sprechstunde mit demselben. Da p. Grosse sich seit Sonntag auf meinen Befehl in der Zohle befindet, weil er an zwei aufeinanderfolgenden Tagen die Fenster seiner Arrestzelle zerbrochen hatte, und vom Arzt noch nicht wieder entlassen war, so untersagte ich die Vorführung desselben zur Sprechstunde. Darauf ließen sich seine Angehörigen bei mir vormelden und stellten mich wegen dieser und anderer ihrem Sohn bezw. Bruder gegenüber ergriffenen Maßregeln in einer geradezu unverschämten Weise zur Rede.

ermutung brachte, es mit einem ganz verblissenen Socialdemokraten zu thun zu haben. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß Mutter und Bruder den allergrößten Einfluß auf den Strafgefangenen Grosse ausüben, und bitte daher die königliche Direktion, diesem den Verkehr mit seinen Angehörigen bis auf weiteres nicht zu gestatten, da sie ihn gegen die Gefängnisverwaltung aufreizen und das Wenige an Neue, was Grosse in guten Stunden über seine That empfindet, vernichten, indem sie ihn als Epileptiker, als nicht verantwortlich für dieselbe hinstellen.

Pl. 23. 1. 1900.

Auf diesen Bericht hin wurde dann wirklich vom Direktor verfügt, daß dem Willa Grosse bis auf weiteres keine Unterredung mehr mit seiner Mutter und seinen Brüdern gestattet sein solle! Am 20. Juli 1900 erklärte der Anstaltsarzt abermals den Grosse für geistig nicht gesund. Zum Ueberflus werden in dem Montagsblatt noch zwei Briefe des Grosse abgedruckt, die zur Evidenz darthun, daß ein Irrenniger sie geschrieben hat. Dafür, daß der junge Mensch schon die Bluttat nicht im Zustande geistiger Zurechnungsfähigkeit begangen hat, scheint auch noch der Umstand zu sprechen, daß sein Vater an Sauerwahnstium gestorben und er selbst Epileptiker ist.

Trotz solcher erdrückenden Beweise für die geistige Unzurechnungsfähigkeit des Unglücklichen schmachtet dieser heute noch hinter Kerkermauern und ist der strengen Gefängnisdisciplin unterworfen, die an ihm Verfehlungen, für die er nicht verantwortlich gemacht werden kann, mit den üblichen harten Strafen löst.

Auch heute noch scheint man sich in Plönssee dem Grosse gegenüber von den unglaublichen Anschauungen des Inspektors Freiherrn v. Malgahn leiten zu lassen, der der Socialdemokratie in seiner Unschuld eines der ehrenvollsten Zeugnisse ausstellt, indem er den Bruder des Verurteilten deshalb für einen „ganz verblissenen Socialdemokraten“ hält, weil er in seiner Bergehung zu erreichen trachtet, daß Recht Recht bleibe, daß ein Irrenniger auch als Irrenniger behandelt und der in diesem Falle doppelt qualvollen Gefängnisdisciplin entzogen werde. Die Aufdeckung dieses Falles ist ein Verdienst der „Zeit am Montag“. Wird die Veröffentlichung wenigstens die Folge haben, daß der geistesranke Grosse dahin gebracht wird, wohin er gehört, nämlich ins Irrenhaus, und daß man an zuständiger Stelle sich damit beschäftigt, ob es denn angängig ist, daß Beamte von der Art des Freiherrn v. Malgahn noch ferner folgenschwere Urteile über irrsinnige Gefangene abgeben?

Die Schule zur Ausbildung von Krankenpflegerinnen, die von der Stadt Berlin im Krankenhause Moabit eingerichtet ist, wird am 1. März eröffnet. Die Anmeldung zur Aufnahme geschieht durch schriftlichen Antrag und persönliche Vorstellung bei der Direktion des Krankenhauses Moabit (Turnstr. 21), die über Gehalts- und Pensionsverhältnisse usw. Auskunft giebt. Den an die Direktion zu richtenden Aufnahme-Anträgen sind beizufügen ein Geburtszeugnis, ein ärztliches Gesundheitszeugnis und ein Impfzeugnis, ein von der Bewerberin selber verfaßter und von ihr selber geschriebener Lebenslauf, ein von der Ortsbehörde ausgestelltes Führungszeugnis. Die Krankenhaus-Deputation des Magistrats macht das jetzt bekannt. Sie legt auch die Bedingungen für die Aufnahme hinzu und nennt als solche: unbescholtener Ruf, Alter nicht unter 20 Jahre und nicht über 35 Jahre, guter Gesundheitszustand, ausreichende allgemeine Bildung.

Rechtwärtigerweise sind hier nicht mit aufgeführt die „besonderen Bestimmungen“, die nicht minder wichtig sind als die allgemeinen Aufnahmebedingungen. Wir wollen die hauptsächlichsten davon hierherheben, damit jede Bewerberin weiß, woran sie ist. Beim Eintritt in die Pflegerinnenschule muß die Schülerin sich schriftlich verpflichten, nach Ablauf des ihrer Ausbildung gewidmeten Jahres noch fernere drei Jahre der städtischen Schwefelanstalt anzugehören. Zur Sicherung dieser Verpflichtung hat die Schülerin beim Eintritt in die Schule eine Kaution 200 M. zu leisten, deren Fünfen ihr zusteht. Die Kaution verjährt, wenn die Schülerin ausscheidet, ohne zu kündigen. Ausscheiden darf die Schülerin nur in der ersten Hälfte des Lehrjahres und nur nach vierzehntägiger Kündigung; nur in diesem Falle erhält sie ihre Kaution zurück. Nachher giebt es kein Kündigen und Ausscheiden mehr bis zum Ablauf des vierten Jahres. Wer vorher geht, verliert die 200 M. Die Direktion kann die Schülerin jederzeit und die ausgebildete Schwester nach dreimonatiger Kündigung entlassen, wenn sie sie für ungeeignet hält; in beiden Fällen wird die Kaution zurückgezahlt.

Bei der Beratung der Satzungen für die Pflegerinnenschule sind diese und noch einige andre „besondere Bestimmungen“ von der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion bekämpft worden, aber die Freisinnigen haben nichts gegen solche Aufnahme-Erschwerung und nichts gegen die Ungerechtigkeit solcher Beiträge einzuwenden gehabt. Man rechnet darauf, daß auch aus der minder bemittelten Bevölkerung sich Mädchen zur Aufnahme melden werden. An Befähigung dürfte es hier nicht fehlen, und Volksschulbildung genügt. Aber für die Mädchen aus unbemittelten Familien, nicht nur aus den Familien der Arbeiter, sondern auch der kleinen Gewerbetreibenden und der kleinen Beamten, wird namentlich die 200 Mark-Kaution oft ein Hindernis sein, in die Schule einzutreten.

Tuberkulose-Sterblichkeit in Charlottenburg und Berlin.

Das statistische Amt der Stadt Charlottenburg veröffentlicht interessante Daten über den Unterschied der Tuberkulose-Sterblichkeit der beiden Nachbarstädte.

Table with 3 columns: 'Jahr', 'in Berlin', 'in Charlottenburg'. Rows list years from 1890 to 1903 with corresponding mortality rates.

Im Durchschnitt der genannten Jahre betrug die Sterblichkeit auf 10 000 in Berlin 23,45, in Charlottenburg 14,31, im Durchschnitt der Jahre 1890/96 in Berlin 25,18, in Charlottenburg 15,60, im Durchschnitt der Jahre 1897/1903 in Berlin 21,43, in Charlottenburg 13,03. In beiden Städten ist also die Tuberkulose-Sterblichkeit zurückgegangen. Den großen Unterschied in der Sterblichkeit führt das statistische Amt in erster Reihe auf die verschiedene Zusammensetzung der Bevölkerung beider Städte zurück. Während bei der letzten Volkszählung die abhängigen, in Handel und Gewerbe beschäftigten Personen mit ihren Angehörigen in Berlin 53 Proz. der Bevölkerung ausmachten, betrug die Zahl für Charlottenburg nur 34,2 Proz. Auch die günstigeren Wohnungsverhältnisse in Charlottenburg, das alte Wohnviertel wie Berlin so gut wie gar nicht besetzt, sollen nicht ohne Einfluß sein. Das dürfte aber nur auf die Gesamtsterblichkeit zutreffen; ein

klüßiges Bild gewinnt man erst, wenn man die einzelnen Stadtviertel in Betracht zieht. Ob die eigentlichen Arbeiterviertel Charlottenburgs, wo das System der Mietskasernen herrscht, dann auch noch günstiger stehen als die Berliner Arbeiterviertel, erscheint zweifelhaft. Endlich spielen auch die Altersklassen, aus denen sich die Bevölkerung zusammensetzt, eine Rolle. Jedenfalls liegen die Verhältnisse in Charlottenburg viel günstiger als in Berlin, und es ist nur zu begrüßen, daß die Armenverwaltung erklärt, soweit das durch die zu Gebote stehenden Maßnahmen möglich ist, auf eine weitere Herabminderung der Sterblichkeit hinzuwirken zu wollen. Auch die Stadt Berlin sollte diesem Zweige der öffentlichen Armenpflege größere Aufmerksamkeit widmen.

Der Staatsauschuss erledigte gestern Abend eine Anzahl kleinerer Etats. Zu einer längeren Debatte gab der Etat der Desinfektionsanstalt Veranlassung. Hier wurde zunächst von unserer Seite auf die für die Desinfektoren geltende Instruktion hingewiesen und betont, daß dieselbe beim besten Willen gar nicht eingehalten werden könne und zu Uebertretungen herausfordere. Mindestens sieben Stunden, vielfach aber länger seien die Arbeiter unterwegs, ohne irgend etwas genießen zu dürfen. Wird dem Direktor hinterbracht, daß ein Arbeiter auf einige Minuten ein Lokal betreten habe, um ein Glas Bier zu trinken oder etwas zu essen, so folgt die Entlassung auf dem Fuß. Der Magistratsvertreter verteidigte die Instruktion mit dem Bemerkung, daß es nicht anders ginge, wolle man den Zweck der Desinfektion nicht vereiteln. Ein praktisches Ergebnis hatte die Debatte nicht.

Weiter lag zu diesem Etat eine von sozialdemokratischer Seite gestellte Resolution vor, die Versammlung möge beschließen, die Wohnungsdesinfektion vom Jahre 1905 ab unentgeltlich zu machen. Es wurde dargelegt, daß die Unentgeltlichkeit für unser Gesundheitswesen förderlich erscheine. Klage doch der Verwaltungsbericht des Magistrats selber, daß die Hinterhausbewohner — und das sind doch die ärmeren Klassen — gewöhnlich erst auf polizeiliche Anforderung desinfizieren lassen. In finanzieller Beziehung falle die Ausgabe nicht ins Gewicht; seien doch im Jahre 1902 nur 23 446 M. eingenommen worden und müsse ein großer Teil der Kosten niedergeschlagen werden. Dagegen wurde geltend gemacht, daß dann auch alle Wohlhabenden von den Kosten befreit seien. Das Resultat war Ablehnung wie in früheren Fällen. Ebenfalls abgelehnt wurde ein Antrag, den Mindestlohn der Desinfektoren, die noch 3,30 resp. 3,40 M. beziehen, auf 3,50 festzusetzen. Eigentümlich hätte es gar keinen Antrages bedürfen müssen, da der Oberbürgermeister in der letzten Etatsberatung bestritten hatte, daß Dollarbeiter in städtischen Betrieben unter dem Mindestlohn von 3,50 beschäftigt würden; wenn man es könne, solle man ihm die Fälle nur namhaft machen, damit er Abhilfe schaffen könne.

Die Uebernahme des Rettungswesens in eigene Verwaltung wurde für dringend erachtet und vom Magistrat gewünscht, dieser Sache baldigst näher zu treten.

Beim Etat der Straßenreinigung wurde von einer Seite die Bitte ausgesprochen, im nächsten Etat eine Lohnerhöhung der Straßenreiniger wohlwollend in Erwägung zu ziehen.

Der Etat der Ständesämter gab Veranlassung zu dem Hinweis, daß es angebracht sei, von den Ständebesetzern ein Benehmen zu verlangen, das dem Alte der Eheschließung ein etwas feierlicheres Gepräge gebe. Jetzt komme man sich öfter vor, als wenn man zu einem Termin vorgeladen wäre. Das sei allerdings kein Wunder, wenn man bedenke, daß vielfach pensionierte Offiziere zum Ständebesetzern als die geeigneten Personen befunden würden. Eine entsprechende Resolution soll der Versammlung vorgeschlagen werden.

Vom Berliner Krankenhaus-Comité. Dringend gewarnt werden Frauen, sich auf gutes Glück hin nach der Erblindungsanstalt der Charité zu begeben. Die Anstalt ist immer noch überfüllt und muß alle Besuche um Aufnahme ablehnen. Unbedingt nötig ist, daß sich die Angehörigen solcher Frauen erst durch den Fernsprecher erkundigen, bevor sie die Charité aufsuchen. Die Zurückweisung von Frauen, namentlich von solchen aus den Vororten, kann zu ernstlichen Mißbilligungen führen.

Der Selbstmord eines Kavallerie-Offiziers wird uns aus der Luisenstraße 22 gemeldet. Dort wohnte der 27 Jahre alte Oberleutnant v. Benzh und Petershede, der vom Magdeburgischen Infanterieregiment Nr. 10 in Stendal zu einem Kursus der Kavallerie-Abteilung der Militär-Telegraphenschule in der Köpcke-straße abkommandiert war. Am vergangenen Mittwoch war er in der Reitbahn gestürzt und gegen eine Säule gefallen. Am Sonnabend schied der Oberleutnant um 1/2 8 Uhr abends seinen Verstorbenen. Dieser fand, als er um 1/2 7 Uhr wieder zurückkehrte, seinen Herrn tot auf dem Sofa liegen, einen Revolver, aus dem er sich in die rechte Schläfe geschossen hatte, neben ihm. Der aus der Nachbarschaft in der Charitéstraße gerufene Oberarzt Döring konnte nicht mehr helfen. Die Leiche wurde nach dem Garnisonlazarett I gebracht und besichtigt. Es wird berichtet, daß der Offizier durch den Sturz geistig gelitten habe.

Bei einem Rettungsversuch ertrunken. Am Sonntagmorgen um 9/10 Uhr befand sich der 27jährige Fischer Fride von der 11. Compagnie des 2. Garde-Regiments z. B. auf dem Wege zu der Wohnung seines Hauptmanns Siegmundshof 20, wo er als gelernter Metzger bei einer Familienfeier verwandt werden sollte. Als er an die Dichtensteinbrücke kam, sprang ein junges Mädchen in den Landwehrkanal. Der Soldat warf Zeitengewehr und Uniformrock ab und sprang dem Mädchen nach, das unter der Brücke hindurch nach der Schenke zu getrieben wurde. Er hatte die um Hilfe Schreiende noch nicht erreicht, als er, wie das Mädchen vor den Augen mehrerer Zuschauer verankert. Schiffer fanden nach einigen Stunden die Leiche des Mädchens.

Bewaffneter Widerstand versuchte eine Einbrecherbande bei ihrer Festnahme durch die Polizei. Seit einiger Zeit hatte die Kriminalpolizei den 27jährigen Karl Bauer, den gleichaltrigen Arbeiter Wilhelm Fleischer und den 26 Jahre alten Klempner Willy Rubin, die sämtlich bei dem als Dealer verdächtigten Handelsmann Koch in der Linienstraße wohnten, scharf beobachtet. Die Bande, deren Mitglieder tagsüber in eleganten Anzügen, Lackstiefeln und Zylindern auftraten, sollte wegen Einbruchdiebstähle im Hansaviertel am Abend in der Postingerstraße 65 festgenommen werden. Den Fleischer faßte man bei einem Stehbüchlein mit einem Mädchen ab; er griff zum Revolver, wurde aber rechtzeitig entwaffnet. Bauer wurde in einem Barbierladen, den er aufgesucht hatte, von den Beamten überrascht. Rubin wurde beim Abendbrot gefürst; er feuerte aus seinem Revolver drei Schüsse auf die Beamten ab, zwei Augen freifreien die Kleidung der Angegriffenen, die dritte Angel ging fehl. Mit einem vierten Schuß verletzte sich Rubin am Kopf. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht. Der Fehler Koch wurde ebenfalls verhaftet.

Ein abnormer Unfug. Unter der Androhung eines Familienmordes wurde gegen den Propst Malgou von der russischen Votschaft ein Erpressungsversuch verübt. An der Hede, die den Garten des Propstes in der russischen Kolonie zu Regel nach der Straße zu abschließt, wurde ein Brief an einer in die Augen fallenden Stelle befestigt, der die Aufschrift trug: „An den Propst Malgou von der russischen Votschaft“. Das mit Bleistift abgefaßte Schreiben forderte den Geistlichen auf, an einem bestimmten Grabhügel des dem Garten gegenüberliegenden Friedhofes der russischen Kolonie die Summe von 250 M. niederzulegen. Für den Fall, daß der Propst dies unterlassen oder der Polizei von dem Brief Kenntnis zu geben wagen würde, würden die bis an die Zähne mit Revolvern und Dolchen bewaffneten fünf Mann sein Haus in Brand setzen und ihn und seine Familie vergiften. Der Drohbrief, der die Zeichnung eines Totenkopfes enthielt, trug die Unterschrift: „Fünf Räuber“. Der Geistliche übergab das Schreiben dem Amtsvorsteher in Regel, der die Berliner Kriminalpolizei in Kenntnis setzte.

Der Einbrecher im Schlafzimmer. Durch ein Fenster über ein Glasdach hinweg gelangte in der Nacht zum Sonntag ein Einbrecher in die Konditorei „Edelweiß“ in der Mohrenstraße, nachdem er einen Lichtreflektor zerbrochen hatte. Aus dem Comptoir holte er die

Schlüssel zu den Vorratsschrank und erbeutete daselbst rund hundert Mark. Dann stieg der verwegene Mensch zu den Räumen des fünften Stocks empor, die den ausgestellten Geschäftsdamen als Wohnung dienen. Die Thür war nicht verschlossen und er betrat leise den Raum, in dem vier Mädchen schliefen. Trotzdem erwachten zwei von ihnen, bemerkten auch den Mann, waren aber vor Schreck wie gebannt, so daß sie keinen Laut von sich zu geben und kein Gesicht zu rühren wagten. Sie sahen in dem Dämmerlicht, wie der Einbrecher bei jedem Mädchen unter das Kopfkissen fahnte, auch an den Fußenden der Betten forschte, um Geld oder Wertgegenstände aufzustöbern. Schließlich durchsuchte er noch die Kleider vor den Betten. Seiner Freiheit fehlte er die Krone auf, indem er ein vorgefundenes Schreibzeug benutzte, um auf einen Zettel die Worte hinzuzufügen: „Schlichte Cure Wunde möglichst besser zu. Domkühn, Häuberhauptmann.“ Nachdem er sich dann von der Thürschwelle aus vergewissert hatte, daß die Mädchen noch ruhig in den Betten lagen, verschwand er und entkam bei der Angst der überraschten Mädchen ungehindert.

Feuerbericht. Während die Wehr in den vorhergehenden Wochen fast jeden Tag über ein Dutzend Alarmierungen zu verzeichnen hatte, hat sie sich in den letzten vier Tagen einer großen Ruhe erfreuen können. Vom Donnerstag bis Sonnabend war Berlin feuerfrei. Im Laufe des Sonntags erfolgten auch nur zwei Alarme. In der Reinen Königsstraße 80 war in einem Keller allerlei Gerätschaften, alter Hausrat und Verpackungsmaterial in Brand geraten, der indes noch im Entstehen unterdrückt werden konnte. Kurz darauf kam in der Fruchtstraße 53 in einer Küche Feuer aus. Neben Küchenschränken wurde auch der Fußboden beschädigt.

Der Chimpanse Conjal, dessen Intelligenz seit einigen Wochen im Circus Schumann Aufsehen erregte, ist gestorben. An der Schwindmühl, wie gemeldet wird; er war tuberkulös und konnte das rauhe Winterwetter nicht vertragen. Auch sein leidenschaftliches Cigarettensuchen mag das Ende beschleunigt haben; kam doch hinzu, daß dieser Trid in den Vorstellungen des Tieres viel Aufsehen erregte. Der Chimpanse gehörte der Serpentinzüchterin Loie Jüller zu eigen, die ihn für die Kleinigkeit von 400 M. für jede Vorstellung weiter vermietet hatte.

Am 114. Beobachtungabend des Vereins von Freunden der Freytag-Sternwarte Mittwoch, den 24. Februar, abends 8 Uhr, findet zunächst ein Vortrag von Herrn Dr. Walter Wegewig im Hofsaal des Chemischen Instituts, NW, Bunsenstr. 1, über „Die Bestandteile unserer Atmosphäre nach den neuesten Forschungen“ statt. Der Vortrag wird von zahlreichen Experimenten begleitet über: Flüssige und feste Kohlenäure; komprimierten Sauerstoff; Verbrennen von Phosphor in Sauerstoff; Isolierung von Stickstoff in Luft; Kohlendioxid; flüssige Luft. Außerdem ist den Mitgliedern die Beobachtung des Mondes mit dem großen Fernrohr während der ganzen Woche freigegeben. Gäste haben zu dem Vortrag Zutritt.

Theater. Für die zu Gunsten Karl Swobodas heute Abend im Neuen Königlichen Opern-Theater stattfindende Vorstellung haben außer den bereits genannten Künstlern noch Fräulein v. Rahburg, Herr Voettker und Herrad vom königlichen Schauspielhaus ihre Mitwirkung in dem zur Aufführung gelangenden huldreichen Lustspiel „Unter vier Augen“ zugesagt. Außerdem Konzert und „Urlaub nach Zappensfreud“ mit ersten Kräften der königlichen Oper. Willets bei Vöte u. Vöde und an der Abendkasse.

Tolstoj ist der nächste Volkstunabend der Stadt Charlottenburg am 28. Februar, abends 7 Uhr, im Kaiser Friedrich-Gymnasium, Savignypfad, gewidmet. Erste Kräfte haben ihre Mitwirkung für diesen Abend zugesagt, der außer einem Vortrag über den Dichter Dutschke aus seinen vollständigen Werken, wie: Kreuzersonate, Auferstehung, Szenen aus dem Drama „Die Nacht der Finsternis“, auch Gedichte und weniger bekannte Erzählungen bringt. Um den Abend abwechslungsreicher zu gestalten, werden auch Lieder-Dichtungen von dem Vater Tolstoj's in Kompositionen von Tschaikowski sowie andere russische Volkslieder gesungen werden. Karten à 0,50 M., einige reservierte Reihen à 1,00 M. sind in allen größeren Buchhandlungen Charlottenburgs sowie im Verein zur Förderung der Kunst, Albrechtstraße 11, und Bloch, Brüderstraße 1, zu haben.

### Aus den Nachbarorten.

In Rixdorf finden die Gewerbegerichts-Wahlen statt und zwar

- für Arbeitgeber am Mittwoch, den 24. Februar,
  - für Arbeitnehmer am Donnerstag, den 25. Februar,
- von mittags 12 bis 8 Uhr abends in den aus 16 Stadtverordneten-Wahlbezirken gebildeten vier Gewerbegerichts-Wahlbezirken. Es sind zu wählen:
- im 1. Wahlbezirk 1 Arbeitgeber und 1 Arbeitnehmer. (Der Arbeitnehmer ist als Ersatzmann für einen ausgeschiedenen Weisiger zu wählen. Seine Wahlzeit läuft nur bis zum 1. April 1904.)
  - im 2. Wahlbezirk 1 Arbeitgeber und 4 Arbeitnehmer. (Unter den 4 Arbeitnehmern ist einer als Ersatzmann zu wählen. Seine Wahlzeit läuft nur bis zum 1. April 1904.)
  - im 3. Wahlbezirk 4 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer,
  - im 4. Wahlbezirk 2 Arbeitgeber und 3 Arbeitnehmer.

Charlottenburg. Die Arbeitslosen-Zählung findet heute statt. Wir machen noch einmal darauf aufmerksam, daß jeder Arbeitslose männlichen und weiblichen Geschlechts eine Zählkarte auszufüllen und im Laufe des Tages in eine der Urnen zu werfen hat, die im Rathaus, Bülowstr. 11/12; im Arbeitsnachweis, Kirchstraße 10; in der Orts-Krankenkasse, Rosinenstr. 3; in den Geschäftsstellen des Konsumvereins; Tauroggenstr. 10, Wilmersdorferstr. 27 und Potsdamerstr. 12; im Feuerwehr-Depot, Rankestr. 10; im Bürgerhause, Sophie Charlottenstr. 115 und im Statistischen Amt, Berlinerstr. 71, aufgestellt sind. An diesen neun Stellen können Arbeitslose, die eine Zählkarte nicht haben, heute noch Zählkarten erhalten.

Am 6 Uhr wird die Zählung geschlossen; um diese Zeit werden die Urnen nach dem Statistischen Amt gebracht, wo das Resultat ermittelt werden soll.

Aus Schönberg wird uns geschrieben: Nachdem die bürgerliche Mehrheit im Stadtparlament entgegen allen rechtlichen Voraussetzungen das Mandat des Genossen Wollermann im 7. Bezirk für ungültig erklärt hat, fangen die Gegner aller Schattierungen bereits an, ihre Fühler auszustrecken, um den Socialdemokraten den bisheriger Sitz wieder zu entreißen. Sie glauben auch, das Mandat an einen bekannten früheren Stadtverordneten schon „vergeben“ zu können. An den Parteigenossen liegt es deshalb, rechtzeitig auf dem Posten zu sein, umso mehr, als die Festsetzung der Nachwahl durch den Magistrat nicht lange auf sich warten lassen wird. Eine Degimierung unserer Fraktion würde den Gegnern nur hämische Freude bereiten, und so hoffen wir, daß es nur dieses Hinweises bedürfte, um unsre Parteigenossen rechtzeitig auf dem Plan zu setzen.

### Vermischtes.

Ueber ein furchtbares Betriebsunfall wird aus Posen berichtet: Am Sonnabendabend wurden in der Präparierkammer der Chemischen Fabrik Aktiengesellschaft, vorm. Moriz Mich, ein Arbeiter getötet und drei betäubt vorgefunden. Als Ursache werden die aus dem Kessel zu früh abgelassenen Dämpfe bezeichnet. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Ein Schiffuntergang auf der Havel. Der Schlepddampfer „Argis“ wollte ein mit 1000 Glasballons Schwefelsäure beladenes Fahrzeug von Oranienburg nach Berlin holen. Die Fahrstraße ist

zwar eisfrei, stellenweise ist der Fluß aber noch mit Eis bedeckt, auch schwimmen große Eisküde auf der Oberfläche des Wassers. Der Kahn stieß sich nun plötzlich mit Wasser, das durch eine von Eisküden verursachte Öffnung mit großer Schnelligkeit eindrang; die Bemühungen der Besatzung, das Fahrzeug zu retten, waren erfolglos. Es sank auf der Höhe von Heiligenlee mit samt der Ladung; die Mannschaft rettete nur das nackte Leben.

Ein postalisches Schilddrüsenstück hat sich die Postverwaltung in Cottbus zu Weihnachten geleistet. Etwa 20-30 verschiedene Adressaten erhielten am 22. Dezember zwar Begleitadressen mit dem vielversprechenden „Anbei“ ausgehängt, das erwartete Paket blieb aber aus. Schließlich reklamierten die in ihrer Hoffnung Getäuschten bei der Postverwaltung die angelobten Sendungen. Trotz aller Nachforschungen blieben aber die Pakete verschwinden und so mußte sich die Postverwaltung wohl oder übel bequemen, Schadensersatz zu leisten. Man spricht von einer Entschädigungssumme von 500 bis 600 Mark. Als einzige Möglichkeit, wo die Sendungen geblieben sein könnten, wurde angegeben, daß sie wahrscheinlich bei Hannover beim Brande eines Postbahnwagens mitverbrannt seien. — Nach Annahme der Postverwaltung mußten also die Pakete aus den verschiedensten Windrichtungen alle ihren Weg über Hannover nehmen! — Vor etlichen Tagen hat nun die Postverwaltung eine überraschende Aufklärung gefunden. Es erschien der Oberpostinspektor aus Frankfurt a. O., um den hiesigen Postbetrieb zu inspizieren. Unter andern befragte er auch die Wagentreibe, wo er einen Paketwagen sich vorfahren ließ, um denselben auf seine Brauchbarkeit zu prüfen. Er ließ sich den Schlüssel holen und befahl, den Wagen aufzufahren. Was kam zum Vorschein? Die vermissten Pakete! Tableau. —

### Briefkasten der Redaktion.

Zwei Weibende. Die Eisenbahnfahrt dritter Klasse nach Stettin kostet 5,40 M. Können Sie darum die Zeitung bemähen? — R. W. 68. Die städtische Bauverwaltung nimmt nur Kinder auf, die ganz oder halb verwaist sind oder wegen Abwesenheit, Verhaftung, Krantheit, Armut der Eltern ohne Pflege sind. Für die Pflege gegen Entgelt sind die Halbwaisen, deren Verzeichnis das Polizeipräsidium mittelt. Fragen Sie dort mündlich an. — Abonnent Nordost. Bisher, Reichs-Versicherungsgesetzgebung. 1,70 M. portofrei von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

### Juristischer Teil.

- Schmidt, Stettin. 1. Die unbefugte Führung des Ministerstils ist strafbar. 2. Es kann sowohl Unterschlagung wie Diebstahl vorliegend erachtet werden. 3. Die Klage hätte Aussicht auf Erfolg. — Pfeiffer. 1. Wenn der Zweck dem Gesetz entspricht, ja. Allgemeine Anträge ohne Verlegung des Sachverhalts sind nutzlos. 2. Ein laibbares Recht besteht nicht. — R. 12, R. 2, 39, 6, 87. Zur Heimat Volljähriger sind die Willkürpapiere und die Geburtsurkunde des Mannes sowie die Geburtsurkunde der Frau dem Standesbeamten vorzulegen. Volljährig ist, wer das 21. Lebensjahr vollendet hat. Die persönliche Anmeldung beim Standesbeamten durch einen der Verlobten vor dem Ausgabedat, das in Bremen in der Regel 14 Tage auszuhalten hat, kann vom Standesbeamten verlangt werden und ist zweckmäßig. — G. B. 1. und 2. Rein. — G. B. 33. 1. Bedenken Sie sich an Ihren Krankenfallen-Vorstand. 2. Ohne Kenntnis des Vorstands der Statuten ist Ihre Frage nicht zu beantworten. — R. 1. Die verschiedene Art der Nachlassregulierung kann darauf beruhen, daß ein Ehevertrag vorliegen hat, oder daß der eine Todesfall vor 1900, der andere nach 1900 sich ereignet hat. 2. Das hängt von dem getroffenen Willen ab; in der Regel ist nur etwa verwaaltetes Bargeld zu verzinsen. Das „Einzugsrecht“ hätten Sie direkt dem Vorstand überweisen sollen. — M. 5. Eine Rückzahlung findet nicht statt. — M. M. Lichtberg. 1. u. 2. Für Ihre Sünden haften Sie Mann in der Regel nicht. Haben Sie einen Vertrag geschlossen, so haben Sie ihn zu erfüllen. 3. Es ist ein eigenhändig ge- und unterschriebenes Testament erforderlich. — 2. in B. Das Militärgericht läßt nur bestimmte Anwälte zu, deren Namen veröffentlicht werden. Bedenken Sie sich an die dortige Militärbehörde mit einer Anfrage; uns sind die Namen nicht bekannt. — Hugo 88. Haben Sie den Nachlass geerbt, so kann Strafbefehl angenommen werden. — 105 G. B. Bedenken Sie Zahlung ab. Sie sind zu solcher nicht verpflichtet. — M. G. 1. Ist nichts anderes vereinbart, so ist die Kündigungssfrist für ein Dienstmädchen sechs Wochen zum Quartalsenden. Die Kündigungssfrist für eine gewerbliche Arbeiterin beträgt, falls nichts Gegenteiliges vereinbart ist, 14 Tage. Ihre Anfrage läßt weder erkennen, welche Stellung das Mädchen einnimmt, noch ob und welche Verträge getroffen ist. — M. G. 194. Da Sie nicht durch Weiterzahlung des Kassenbeitrages Selbstversicherer geworden sind, so haften leider weder die Kasse noch die Herrschaft. — C. 100. Sie sind krankenkassenversicherungspflichtig. — Erbe 100. Die Kinder erben in den Nachlass der Mutter. Das Grundstück gehört nicht zum Nachlass, da es dem Vater gehört. — G. B. 100. Zahlung wird weder für ein empfangenes noch für ein nicht empfangenes Abendmahl gefordert. Sie treten sich. Es wird die Forderung der Kirchensteuer sein. Kirchensteuer ist zu zahlen, falls Sie nicht aus der Kirche austritten. Zum Austritt aus der Kirche ist ein Plakat keineswegs erforderlich. — 393. Kapital, Abkündigung für Invalidenversicherung, Breitenstraße 24b oder Reichs-Versicherungsam, Königin Augustastr. — G. B. 10. Es läßt sich nur mit Zustimmung des Polizeipräsidiums der Name des Anaben ändern. Die Genehmigung macht 50 Mark Kosten und ändert an den sonstigen Rechtsverhältnissen des Anaben nicht. Zweifelhafte ist der Versuch, das Kind zu adoptieren. Dies kann mit Einwilligung des Amtsgerichts erfolgen. — R. W. 17. 1. Ja. 2. Nein. — J. G. 25. 1. Dafür gibt es keine Frist. 2. Bis zum 28. Jahre. — 24. 2. Sind Halbzahlgänger vereinbart, so sind diese in der vereinbarten Weise zu leisten. Hat eine Vereinbarung nicht stattgefunden, so ist die Gesamtsumme zu zahlen. Der Gläubiger braucht sich Halbzahlgänger nicht gefallen zu lassen. — M. G. 76. 1. — 3. Das von Ihnen entworfenen Testament wäre ungültig. Ein Testament kann eigenhändig ge- und unterschrieben sein und braucht dem Gericht nicht übergeben zu werden, muß aber bestimmte Erfordernisse enthalten und darf die Pflichtteilsberechtigten nicht verletzen. Ihr Entwurf läßt weder klar erkennen, wer Erbe sein soll, noch zu welchem Teile, und trägt Beschränkungen, die der Erbe nicht zu respektieren braucht. Beispiele für Testamente finden Sie Seite 238 und 239 des dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 4. Seite 293-300 des „Arbeiterrechts“. — M. G. 79. Ihre Absicht, aus der Landesliste auszutreten, teilen Sie schriftlich dem Amtsgericht Ihres Wohnortes mit. Innerhalb vier bis sechs Wochen nach Eingang Ihrer Zustchrift haben Sie — ohne Ladung — auf dem Bericht zu gerichtlichem Protokoll Ihren Austritt zu erklären. Kostenpunkt: etwa 50 M. Schreiblohn und 3 M. Gebühren. Verlangen Sie eine Ausfertigung Ihres Austritts oder des Protokolls, so kostet das abwärts 3 M., eine Protokollabschrift 109. Rein.

### Marktpreise von Berlin am 20. Februar 1904

nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Gr.	17,60	17,55	*Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00
mittel	17,50	17,45	Rindfleisch, Reude 1 kg	1,80	1,20
gering	17,40	17,35	da. Rauch	1,40	1,10
*Roggen, gut	13,40	—	Schweinefleisch	1,80	1,00
mittel	—	—	Kalbfleisch	1,80	1,20
gering	—	—	Dammfleisch	1,80	1,20
†Gerste, gut	14,00	13,10	Butter	2,60	2,00
mittel	13,00	12,10	Eier	60 Stück	5,00 3,00
gering	12,00	11,10	Karpfen	1 kg	2,40 1,20
†Hafer, gut	15,50	14,60	Kale	—	3,00 1,40
mittel	14,50	13,60	Hander	—	3,00 1,20
gering	13,50	12,70	Dedite	—	2,40 1,20
†Hirsekorn	3,82	3,32	Dorche	—	1,80 0,80
gering	7,40	5,00	Schale	—	3,00 1,40
Erbsen	40,00	25,00	Eis	—	1,40 0,80
Speisebohnen	50,00	25,00	Kreche	per Schof	15,00 3,00
Linien	60,00	25,00			

\* ab Bahn.  
† frei Wagen und ab Bahn.

### Witterungsbericht vom 22. Februar 1904, nachmittags 8 Uhr.

Stationen	Barometereinstellung	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Stationen	Barometereinstellung	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	
Eimniede	748	SE	2	Regen	2	Haparanda	747	SE	—	bedeckt
Hamburg	748	SE	4	Regen	6	Petersburg	747	SE	—	bedeckt
Berlin	751	SE	4	mäßig	7	Coet	765	SE	—	bedeckt
Frankfurt a. M.	756	SE	3	wolfig	8	Ardenen	—	—	—	—
München	759	SE	3	bedeckt	6	Paris	762	SE	—	bedeckt
Wien	759	SE	2	wolfig	—					

Wetterprognose für Dienstag, den 23. Februar 1904. Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch veränderlich mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.